

# Vorwort der Redaktion

Der 100. Jahrestag der historischen Zimmerwalder Konferenz im Herbst 2015 ist ein guter Anlass, sich mit dem Thema „Krieg dem imperialistischen Krieg“ zu beschäftigen. Wie die GenossInnen des Revolutionären Aufbaus in der Schweiz bei ihrer aus diesem Anlass organisierten Tagung herausgearbeitet haben, war die Zimmerwalder Konferenz eine wichtige Etappe auf dem Weg vom Verrat der II. Internationale zur Oktoberrevolution und zum Wiederaufbau der Kommunistischen Internationale.

Wie wenig die Beschäftigung mit solchen Fragen trockene Geschichtswissenschaft ist, zeigen sowohl die Beiträge von T. Derbent zur revolutionären Militärtheorie wie die Grußbotschaft der MLKP Rojava an die Tagung. Da sind wir dann mittendrin in der Gegenwart und einer – manchmal atemberaubenden – Zuspitzung der innerimperialistischen Widersprüche, die wir in den letzten Monaten und Wochen erleben:

Im Mittleren Osten, aber auch in Europa selbst, wo seit Mitte des Jahres die Ströme von Flüchtlingen, vor allem aus Syrien, neue Ausmaße angenommen und den deutschen Staat veranlasst haben, über seine offiziellen Organe eine beispiellose „Willkommenskultur“-Kampagne zu starten, während gleichzeitig abgeschoben wird wie nie zuvor und die faschistische Bewegung auf dem Vormarsch ist. Der Analyse dieser Entwicklung sowie einer allgemeinen Einordnung der Flüchtlingsfrage in den imperialistischen Kontext widmen wir uns im ersten Artikel dieser Ausgabe.

Im zweiten Artikel „Krieg dem Krieg“ wagen wir eine Einschätzung dazu, wie nah der Dritte Weltkrieg denn nun wirklich vor der Tür steht, was unter „permanentem Krieg“ zu verstehen ist und legen unsere Haltung zu Krieg und Gewalt dar und warum dabei die Frauenrevolution eine zentrale Rolle spielt.

Noch grundlegender widmen wir uns der Frage des Krieges in unserem theoretischen Text „Was ist Krieg und welche Haltung nehmen die KommunistInnen zum Krieg ein?“.

Danach werfen wir den Blick nach Kurdistan, wo die Theorie schon seit langem Praxis der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung ist:

Wir geben eine Einschätzung zur „Situation und Perspektive der kurdischen Befreiungsbewegung“, beginnend mit einer grundsätzlichen Darstellung der ökonomischen und politischen Lage der Kurden als unterdrückter Nation im Mittleren Osten. Im Zusammenhang damit skizzieren wir kurz die grundlegende Haltung des ML zur nationalen und kolonialen Frage. Wie hat sich die politische Linie der nationalen Befreiungsbewegung der Kurden in Gestalt der PKK verändert und wie ist sie einzuschätzen? Was passiert tatsächlich in der Rojava-Revolution und wieso finden wir den Aufbau einer revolutionären Staatsmacht gut?

In einem Interview lassen wir eine Kämpferin des „Internationalen Freiheitsbataillons“ zur Situation im Krieg um Rojava zu Wort kommen, an dem KommunistInnen aus verschiedenen Ländern beteiligt sind.

Eine ganz andere Form der Praxis ist die Kunst der Diplomatie und der revolutionären Realpolitik. Wir dokumentieren die „Abschlussklärung der 2. Konferenz Mittlerer Osten im November 2015“, an der wir teilgenommen haben.

Zuletzt gehen wir auf die zahlreichen Feedbacks und Kritiken ein, die uns nach den ersten drei Ausgaben unserer Zeitschrift erreicht haben. Damit wollen wir zu einer Intensivierung der Diskussion beitragen.

- *Redaktionskollektiv 'Kommunismus', Dezember 2015*



# Die Flüchtlingskrise 2015 und imperialistische Strategien zur Kontrolle der benötigten Arbeitsmigration



Seit dem Erscheinen unseres Artikels “Imperialismus, Proletariat und Flüchtlingsbewegung”<sup>1</sup> hat die Flüchtlingsfrage in Europa innerhalb weniger Monate eine neue Dimension erreicht. Die Zahl der Menschen, die insbesondere aus dem Mittleren Osten über die “Balkanroute” nach Mitteleuropa geflohen sind, ist seit dem Sommer 2015 sprunghaft in die Höhe gestiegen. In den Medien gingen Bilder von überfüllten Bahnhöfen in Budapest und München, von Menschenkarawanen durch den Balkan sowie den katastrophalen Zuständen an den Außengrenzen des Schengen-Raums um die Welt. Deutschland hat hunderttausende Menschen in kurzer Zeit aufgenommen – und gleichzeitig die Zahl der Abschiebungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum verdoppelt.

Angela Merkel ruft seit dem Sommer dazu auf, das “freundliche Gesicht” Deutschlands zu zeigen, während CDU und SPD die Verschärfung der Asylgesetzgebung vorangetrieben haben. Die von Faschisten angeführte Massenbewegung hat im braunen Gürtel von der Lausitz im Osten über das südliche Brandenburg, Sachsen bis nach Thüringen die Straßen erobert. Beinahe jede Nacht werden Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte verübt – eine Entwicklung, die selbst den Rechtsruck und die Pogrome zu Beginn der 1990er Jahre in den Schatten stellt. Im Windschatten der rassistischen Massenbewegung hat die Neue Rechte<sup>2</sup> mit der Entmachtung des neo-liberalen, konservativen Flügels um den abgesetzten Parteichef Lucke und Ex-BDI-Präsident Henkel die ‘Alternative für Deutschland’ (AfD) übernommen. Damit

<sup>1</sup>Siehe [www.komaufbau.org/imperialismus-und-fluechtlingsbewegung](http://www.komaufbau.org/imperialismus-und-fluechtlingsbewegung)

<sup>2</sup>Ausgehend von Frankreich, wo sich junge rechte Intellektuelle zusammenfanden und in der GRECE (Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne) seit 1968 eine Organisationsform für ihre Nouvelle Droite-Bewegung gefunden haben, hat das strategische Konzept der ‘Neuen Rechten’, das nicht mehr oder weniger als die Entwicklung eines modernen europäischen Faschismus ist, der sich von der Last der Ewiggestrigen (Hitleranhänger, Antisemiten, Deutschtümelei usw.) befreit, eine erschreckende Erfolgsgeschichte hinter sich.

---

bekommt die Eroberung der Parlamente durch die Faschisten einen massiven Schub. Bisher war innerhalb der Strategie des Kampfs um die Köpfe, Kampf um die Straße und Kampf um die Parlamente letzteres immer der Schwachpunkt der faschistischen Bewegung gewesen. Jetzt hat die AfD gute Chancen, 2017 in den Bundestag einzuziehen und damit dauerhaft eine faschistische Partei in den Parlamenten zu etablieren.

Nicht zuletzt brachte die Flüchtlingskrise auch die Reibungen zwischen den Staaten der EU zum Vorschein, wofür zeitweise unterbrochene Zugverbindungen und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen nur das sichtbarste Zeichen gewesen sind.

Wir müssen angesichts dieser politischen Zuspitzung zunächst feststellen, dass die allgemeinen Hintergründe und grundlegenden Fragen hinsichtlich der globalen Flüchtlingsströme heute immer noch dieselben sind wie vor einigen Monaten: Warum erzeugt der Kapitalismus eine weltweite Migrations- und Fluchtbewegung? Wie geht die Bourgeoisie strategisch mit Migration und Flucht um? Welche Rolle spielt die faschistische Bewegung bzw. Ideologie in diesem Zusammenhang? Und was bedeuten Migration und Flucht für die ArbeiterInnenklasse und die KommunistInnen in Deutschland?

Gleichzeitig müssen wir die besonderen Hintergründe der Entwicklung des Jahres 2015 analysieren: Wie kam es zur plötzlichen Massenfluchtwelle auf der Balkanroute? Handelte es sich um eine gezielte staatliche Eskalation eines längst bekannten „Problems“, etwa durch die öffentliche Ankündigung, das Dublin-Abkommen auszusetzen, demzufolge Asylsuchende in der EU ihren Antrag in dem Land stellen müssen, in dem sie zuerst europäischen Boden betreten haben? Ging es den europäischen Imperialisten, insbesondere Deutschland, darum, die Handlungshoheit in dieser Frage zurückzuerlangen? Geht es um die Behebung des lange schon vorhandenen Fachkräftemangels in der BRD, eine Diskussion in Kreisen der Bourgeoisie, die schon Anfang des Jahres intensiv geführt wurde? Geht es der Regierung tatsächlich um „humanitäre Imperative“ (O-Ton Merkel) oder strategisch doch eher darum, das linksliberale Bür-

gertum und alle sozial und humanitär eingestellten Sektoren der Gesellschaft über die HelferInnenkampagne wieder stärker einzubinden?

## I. Die Flüchtlingskrise von 2015 und ihr geopolitischer Hintergrund

*“Eine Republik oder ein Fürst müssen sich den Anschein geben, als täten sie aus Großmut, wozu sie die Notwendigkeit zwingt.”* (Niccolò Machiavelli, 1530<sup>3</sup>)

*“Das war nicht mehr und nicht weniger als ein humanitärer Imperativ.”* (Angela Merkel beim CDU-Parteitag zur Flüchtlingskrise, Dezember 2015)

### Imperialistische Machtspiele

Ziemlich offensichtlich ist die akute Flüchtlingskrise, die im Sommer 2015 begonnen hat, ein direktes Ergebnis der geopolitischen Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Mächten im Mittleren Osten.

Erstens, weil durch die Kriege in Syrien sowie in Afghanistan, welche die Imperialisten provoziert haben, Millionen Menschen durch die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen, die Perspektivlosigkeit und die permanente Angst um Leib und Leben zur Flucht gezwungen werden.

Zweitens, weil die Regionalmacht Türkei – einer der wichtigsten Transitstaaten für Menschen, die aus dem Mittleren Osten oder Asien nach Europa wollen – sich im Zuge des Machtkampfes zwischen den Imperialisten offensichtlich dazu entschieden hat, die Schleusen ein Stück weit zu öffnen. So sind hunderttausende Menschen in kurzer Zeit über den Seeweg auf griechische Inseln und von dort aus auf die “Balkanroute” nach Mitteleuropa gelangt.

Die Hintergründe dieses geopolitischen Zuges der Türkei liegen auf der Hand: Der Druck, der durch die Fluchtwelle auf die Staaten der Europäischen Union ausgeübt wurde, war eine gute Basis für die Verhandlungen im November 2015, bei

---

<sup>3</sup>aus: “Vom Staate”, Erstes Buch, Überschrift des 51. Kapitels

welchen die Türkei nicht nur Milliarden Gelder zu gebilligt bekam, sondern auch die Perspektive der Wiederaufnahme der zwischenzeitlich versandeten Beitrittsverhandlungen zur EU. Teil des schmutzigen Deals ist auch die freie Hand für den Krieg gegen die kurdische Bewegung im Südosten des Landes, die die Türkei von der EU (und den USA) erhalten hat.



*Treffende Karikatur zu den EU-Türkei-Verhandlungen, Dezember 2015*

Nicht zuletzt ist es das Interesse der Türkei, eine mögliche Einigung der imperialistischen Blöcke im Syrien-Krieg zu verhindern, die nach jetzigem Stand der Dinge und nach allem Ermessen nicht nur eine Stärkung der Clique um Assad und damit ihrer Konkurrenten Iran und Russland, sondern auch der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung mit sich bringen würde, auf die der US-Imperialismus seit einiger Zeit versucht, Einfluss zu gewinnen. Dass die Türkei eine solche Einigung zu sabotieren sucht, hat sie durch den Abschuss eines russischen Militärflugzeugs wohl mehr als deutlich gemacht.

Vor diesem komplexen, geopolitischen Hintergrund war das Öffnen der Grenzen eine Kriegslist, die gleichzeitig zu verstehen gibt: "Wenn Ihr uns nicht entgegen kommt, überschwemmen wir Euch mit Menschenmassen."

### **Imperialistische Notwendigkeit und propagandistischer Großmut**

Eine völlig unkontrollierte Bewegung von Millionen Flüchtlingen nach Europa hat das Potential, die Europäische Union zu sprengen – und damit

die ökonomische und politische Basis des deutschen Kapitals im imperialistischen Kampf um die Weltherrschaft. Um nicht mehr und nicht weniger geht es also aus Sicht der deutschen Bourgeoisie im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise.

Und weil so viel auf dem Spiel steht, haben sich die Strategen des deutschen Imperialismus auf Situationen wie die im Sommer 2015 ganz offensichtlich schon lange vorbereitet. Jedenfalls lässt trotz aller vernebelnden Diskussionen in den Medien über Merkels angebliche Planlosigkeit ein näheres Betrachten der politischen Maßnahmen der deutschen Regierung der letzten Monate nur diesen Schluss zu.

Platt gesagt: Die Option angesichts von hunderttausenden nach Europa Geflüchteten in kurzer Zeit bestand für die Führung der BRD nur darin, sie überwiegend ins imperialistische Zentrum, also nach Deutschland selbst, zu holen. Denn was wären die Alternativen gewesen?

Die innereuropäischen Grenzen zu schließen und damit die integrierte europäische Wirtschaftszone faktisch zu zerstückeln, von der vor allem das deutsche Kapital zehrt? Angesichts der Tatsache, dass 90% des innereuropäischen Frachtvolumens per LKW über die Straße transportiert wird, wäre dies erstens personell kaum umsetzbar gewesen. Zweitens würde eine flächendeckende Kontrolle des LKW-Verkehrs die Transportkosten in die Höhe treiben und z.B. die Just-in-Time-Zulieferketten der deutschen Autoindustrie mit Osteuropa zerreißern. Aber selbst wenn man sich ein Extremszenario mit Mobilisierung der Bundeswehr vorstellt, um das dafür benötigte Personal über Wochen und Monate zu garantieren, hätte dies doch nur eine Ausweichbewegung der Flüchtlinge auf andere Verkehrsmittel und über die grüne Grenze bewirkt. Überhaupt stellt sich die Frage, wie man hätte Menschen aufhalten wollen, die ihr Leben riskiert und absolut nichts mehr zu verlieren haben und sich kurz vor dem Ziel wähnen? In dieser Situation kehrt ja wohl niemand freiwillig um, nur weil ein paar finster dreinblickende Riot Cops im Weg stehen.



*Refugee-Widerstand*

Hätte man hunderttausende Menschen auf europäische Länder verteilen sollen, die teilweise gar nicht die staatliche Infrastruktur besitzen, um solche Massen an Menschen zu kontrollieren? Z.B. auf die europäischen Krisenstaaten Griechenland, Spanien, Italien, wo man die sozialen und politischen Widersprüche dank der freundlichen Hilfe von Leuten wie Alexis Tsipras gerade wieder halbwegs in den Griff bekommen hat?

Oder sie auf dem Balkan zu lassen, wo sich die gesellschaftlichen Widersprüche zu Beginn des vergangenen Jahres in Bosnien-Herzegowina noch in Massenaufständen entladen haben? Zur Erinnerung: Damals musste sich die Polizei vor der Wut der unterdrückten Massen zurückziehen und mehrere Regierungsgebäude aufgeben, die dann in Flammen aufgingen. Der oberste EU-Kolonialbeamte drohte daraufhin mit dem Einsatz der dort stationierten europäischen Armeeeinheiten, wenn die Marionettenregierung die Lage nicht in den Griff bekommt. Auch in Kroatien oder Serbien werden kommunistische GenossInnen beim Flyern vor Fabrikatoren schon mal gefragt, wann sie Waffen austeilen? Titos PartisanInnen sind im kollektiven Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse sehr präsent. Jetzt stelle man sich dazu noch zehntausende oder hunderttausende entschlossene Flüchtlinge vor, darunter zahllose junge Männer, die mit Waffen umgehen können. Einen besseren Plan zum Aufstand bzw. der Destabilisierung des Balkans könnte man gar nicht entwickeln – eigentlich schade, dass Seehofer nicht Bayerns Grenzen zugemacht hat und so die FPÖ in Kärnten zum selben Schritt veranlasst hätte.

Eine weitere Verschärfung der Widersprüche in der EU zu riskieren? Die Grenzen der Vormacht-

stellung des deutschen Imperialismus in der EU sind in der Flüchtlingsfrage schlagartig sichtbar geworden. Seit mehreren Monaten bemüht sich die Bundesregierung, eine Verteilung von 160.000 Flüchtlingen in der EU durchzusetzen und kommt damit nur im Schnecken-tempo voran. Wie will man auch rassistische und faschistische Regierungen, die noch dazu unter dem Druck ihrer Massenbasis stehen, zwingen, „muslimische Ausländer“ aufzunehmen, die gar nicht in ihr Land wollen? Orbans Handeln in Ungarn beweist, dass politischer und ökonomischer Druck dazu kaum ausreicht.

Bleibt also die Verteilung auf viele deutsche Städte und Landkreise, so dass die Situation für Polizei und Behörden kontrollierbar ist. Bleibt die deutsche Verwaltung, um hunderttausende Menschen zu registrieren und nach Verwendbarkeit für das deutsche Kapital zu katalogisieren. Ein Sachverhalt, der deshalb zu betonen ist, weil schon Monate vor der Eskalation in der Flüchtlingskrise entsprechende Diskussionen über die Behebung des Fachkräftemangels durch Flüchtlinge aus Syrien in Kreisen des deutschen Kapitals geführt wurden (s.u.). Dass die industrielle Reservearmee für den Niedriglohnsektor aufgefüllt werden muss, um die auf günstige Lohnkosten gestützte Exportoffensive des deutschen Kapitals fortsetzen zu können, zeigt sich inzwischen auch im Bereich der ungelehrten bzw. Anlernertätigkeiten flächendeckend in ganz Deutschland. Arbeitskräfte müssen her – und sie werden rangeschafft. StreikaktivistInnen von Amazon berichteten bei einem bundesweiten Treffen Anfang Dezember, dass in Bad Hersfeld und Leipzig vom Arbeitsamt gestellte Busse Flüchtlinge direkt aus den Lagern in die Logistikzentren des US-Konzerns bringen, der sich hartnäckig weigert, einen Tarifvertrag abzuschließen. Ihr Status ist einigermaßen unklar. Sie stoßen auf eine Belegschaft, die mehrheitlich nicht streikt und vielfach ihrem Rassismus mit dem Treten nach unten freien Lauf lässt. Die StreikaktivistInnen und kämpferischen KollegInnen versuchen über alle Sprachbarrieren hinweg erste Kontakte herzustellen. Das kann aber kurzfristig nichts daran ändern, dass die Flüchtlinge, die die Situation nicht verstehen und darüber auch nicht aufgeklärt werden, zu Streikbrechern werden.

Bleibt schließlich die bewährte „pluralistische“ politische Herangehensweise aus Integration und

Terror, um die Lage auch hinsichtlich der Wechselwirkungen der Flüchtlinge mit den unterschiedlichen Klassen in der deutschen Bevölkerung unter staatliche Kontrolle zu bringen: Einerseits über reformistische Parteien, Sozialinitiativen, Kirchen u.v.m. viele zehntausende brave BürgerInnen ebenso wie reformistische und radikale Linke als „freundliche Gesichter“ der Demokratie einzuspannen, während viele zehntausende andere durch faschistische Bewegungen gegen Merkels „Wir schaffen das!“, allen voran in Sachsen, mobilisiert und integriert werden. Schließlich die Mobilisierung der bewaffneten Faschisten, die beinahe jede Nacht Flüchtlingsunterkünfte in Brand gesetzt haben. Ihr Terror dient nicht nur der Abschreckung von Menschen, die für die gesellschaftliche Stabilität in Deutschland allein schon aufgrund ihrer Erfahrungen einen potenziellen Unruheherd bilden. Man muss sich klar machen: Wer kämpft in Deutschland heute schon unter Einsatz seines Lebens? Aber wie viele der Flüchtlinge haben ganz konkrete lebensbedrohliche Situationen durchlebt, die sie geprägt haben? Der Nazi-Terror zielt aus Sicht des tiefen Staats, der ihn organisiert, darauf ab, die Isolation der Flüchtlinge als billige Arbeitskräfte in Internierungslagern sozial abzusichern und sie so faktisch in eine Art „ZwangsarbeiterInnenstatus“ zu drängen. Wenn die Flüchtlinge mit Mollis und Baseball-Schlägern eingebrannt kriegen, dass die „Deutschen“ da draußen sie hassen, werden sie daraus den Schluss ziehen, dass ihre uniformierten Bewacher zu ihrem Schutz da sind und die freiwilligen HelferInnen (die ja irgendwie mit dem Staat zusammenhängen) die netten Fremden sind. Insgesamt ist es dann ja wohl das Beste, freiwillig im Lager zu bleiben und den Anordnungen der Autoritäten zu folgen.

Bei näherem Betrachten hat sich in der sogenannten „Flüchtlingskrise“ im Sommer / Herbst 2015 damit in kurzer Zeit und in verschärfter Form das abgespielt, was seit Jahrzehnten die Entwicklungstendenz im Kapitalismus und die ökonomische und politische Strategie des deutschen Imperialismus im Umgang mit der benötigten Arbeitsmigration ist.

Gehen wir also zurück zu den allgemeinen Fragen der Entstehung von Migration und Massen-

flucht im Kapitalismus sowie zur politischen Einordnung, die diesbezüglich vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus vorzunehmen ist.

## II. Flüchtlingsfrage, Arbeiterklasse und Imperialismus

### Kapitalismus und Arbeitermigration

*„Der Kapitalismus hat eine besondere Art der Völkerwanderung entwickelt. Die sich industriell rasch entwickelnden Länder, die mehr Maschinen anwenden und die zurückgebliebenen Länder vom Weltmarkt verdrängen, erhöhen die Arbeitslöhne über den Durchschnitt und locken die Lohnarbeiter aus den zurückgebliebenen Ländern an. Hunderttausende von Arbeitern werden auf diese Weise Hunderte und Tausende Werst weit verschlagen. Der fortgeschrittene Kapitalismus zieht sie gewaltsam in seinen Kreislauf hinein, reißt sie aus ihrem Krähwinkel heraus, macht sie zu Teilnehmern an einer weltgeschichtlichen Bewegung, stellt sie der mächtigen, vereinigten, internationalen Klasse der Industriellen von Angesicht zu Angesicht gegenüber. Es besteht kein Zweifel, dass nur äußerstes Elend die Menschen veranlasst, die Heimat zu verlassen, und dass die Kapitalisten die eingewanderten Arbeiter in gewissenlosester Weise ausbeuten. Doch nur Reaktionäre können vor der fortschrittlichen Bedeutung dieser modernen Völkerwanderung die Augen verschließen. Eine Erlösung vom Joch des Kapitals ohne weitere Entwicklung des Kapitalismus, ohne den auf dieser Basis geführten Klassenkampf gibt es nicht und kann es nicht geben. Und gerade in diesen Kampf zieht der Kapitalismus die werktätigen Massen der ganzen Welt hinein, indem er die Muffigkeit und Zurückgebliebenheit des lokalen Lebens durchbricht, die nationalen Schranken und Vorurteile zerstört und Arbeiter aller Länder in den großen Fabriken und Gruben Amerikas, Deutschlands usw. miteinander vereinigt.“<sup>4</sup>*

Der Kapitalismus erzeugt weltweite Migrations- und Flüchtlingsströme. Mehr als hundert Jahre, nachdem Lenin im Jahr 1913 die obigen

<sup>4</sup>Lenin, „Kapitalismus und Arbeiterimmigration“, Lenin Werke, Band 19, S. 447 ff.

---

Zeilen über "Kapitalismus und Arbeiterimmigration" niederschrieb, befinden sich nach den Statistiken der "Vereinten Nationen" ca. 1,2 Milliarden Menschen und damit etwa ein Sechstel der Weltbevölkerung in Migration<sup>5</sup>. Davon sind zwischen 50 und 90 Millionen Menschen Flüchtlinge.

MigrantInnen und Flüchtlinge sind in ihren Herkunftsländern zum überwiegenden Teil ArbeiterInnen, landlose, proletarisierte Bauern oder Intellektuelle und zählen dort zu den ausgebeuteten Massen. In den imperialistischen Zentren füllen sie die Reihen der ArbeiterInnenklasse.

Die begriffliche Unterscheidung zwischen "Migration" und "Flüchtlingen" ergibt sich daraus, ob die betreffenden ArbeiterInnen oder KleinbürgerInnen, die in ein anderes Land auswandern, dieses legal – z.B. mit "Green Card" – tun können oder ob sie gezwungen sind, heimlich, meist unter Lebensgefahr und als Ausbeutungsobjekte internationaler Schleusermafien die Grenzen der "Festung Europa" oder der USA zu überwinden; ob sie dort legal in schlecht bezahlten Jobs arbeiten dürfen oder ob sie die entwürdigende und menschenverachtende Unterbringung in Lager- oder Asylhaft, Deportation oder ein Leben im Untergrund erwartet.

Die begriffliche Unterscheidung zwischen MigrantInnen im allgemeinen und Flüchtlingen im besonderen ist Ausdruck qualitativer Unterschiede in den Lebensbedingungen der ausgewanderten ArbeiterInnen im Zielland. Sie ist das Ergebnis der imperialistischen ökonomischen und politischen Strategie gegenüber der weltweiten Migrationsbewegung, die auf ihre Anpassung an die Bedürfnisse der Kapitalverwertung und die Spaltung der Arbeiterklasse abzielt.

## **Imperialismus, Migration und Flucht**

Die weltweiten Arbeitsmigrations- und Fluchtbewegungen sind die Folge der sich verschärfenden Widersprüche des imperialistischen Systems. Die kapitalistischen Monopole führen einen immer härteren Konkurrenzkampf um Maximalprofite. Zu diesem Zweck dringen sie bis in die letzten Winkel des Planeten vor, um sich dort Land und Bodenschätze unter den Nagel zu reißen, billige Arbeitskräfte auszubeuten und die Märkte mit ihren

Waren zu überschwemmen. Die koloniale und neokoloniale Unterwerfung durch die imperialistischen Mächte führt für die meisten Länder dieser Erde zu wirtschaftlicher, politischer, kultureller und ökologischer Zerstörung. Das Leben der unterdrückten Völker in diesen Ländern ist von Armut, Elend und Perspektivlosigkeit gekennzeichnet.

Die Imperialisten aus den USA, Deutschland, China, Russland, Frankreich, England und weiteren Ländern führen einen erbitterten Kampf um die Neuaufteilung der Welt: Die zunehmenden Stellvertreterkriege wie in Syrien und der Ukraine sind der politische Ausdruck dafür, dass sich die Widersprüche unter den imperialistischen Großmächten, den alten und neuen kapitalistischen Ländern in einem solchen Maße verschärfen, dass ihre „Diplomatie“ zunehmend durch den militärischen Kampf ersetzt wird.

Der Imperialismus raubt den Menschen weltweit ihre Lebensgrundlage. In vielen unterdrückten Ländern kommt es zu Unruhen und Aufständen. Die Antwort der neokolonialen Regimes wie im Mittleren Osten, Afrika oder auf dem Balkan ist politische Verfolgung, Folter, Knast und Mord.

Millionen Menschen aus den ausgebeuteten und unterdrückten Massen wandern angesichts dieser Lebensumstände jedes Jahr aus ihren Ländern aus. Andere werden, sofern sie über ausreichende berufliche Qualifikation verfügen, in die imperialistischen Staaten abgeworben. Diese als "Brain Drain" bezeichnete Form der Migration verstärkt den Mangel an Fachkräften und damit die ökonomische Zurückgebliebenheit der abhängigen Länder und Neokolonien. Dort, wo Unterdrückung, Ausbeutung und rassistische Verfolgung – wie z.B. der Roma auf dem Balkan – am brutalsten sind, wo den Menschen durch Kriege ihre Lebensgrundlage und Arbeitsmöglichkeiten genommen werden oder wo ihnen durch die Zerstörung der ökologischen Struktur der Hungertod droht, ergreifen viele die Flucht. Sie suchen Arbeit, Sicherheit und menschenwürdige Lebensmöglichkeiten in den imperialistischen Zentren.

Wie am Beispiel der „Flüchtlingskrise“ des Jahres 2015 zu sehen, werden die Massen von Menschen, die sich auf der Flucht befinden, von den Imperialisten und bürgerlichen Staaten (in diesem

---

<sup>5</sup>Vgl. "Statistical Yearbook", United Nations, 2009

Fall der Türkei) für ihre Zwecke im Konkurrenzkampf um Macht und Einfluss und bei der Austragung der innerimperialistischen Widersprüche eingespannt.



*Aufgeben ist keine Option:  
Treppenhaus-Besetzung von Refugees*

## Internationalisierung der Arbeiterklasse

Die großen globalen Flüchtlingsströme führen heute aus den Neokolonien und Kriegsgebieten in Afrika und dem Mittleren Osten, Asien und Lateinamerika vor allem in drei Hauptzentren: die USA, Westeuropa und Australien. Allein nach Westeuropa flohen in der ersten Jahreshälfte 2014 über 250.000 Menschen, vor allem aus Syrien, dem Irak, Afghanistan, Eritrea, Serbien und Kosovo, Pakistan, Somalia, Nigeria, Albanien und Russland<sup>6</sup>. 2015 haben über eine Millionen Flüchtlinge den Schengen-Raum erreicht.

Nicht in diese Betrachtung mit einbezogen sind die Migrationsströme, die sich innerhalb eines Staates vollziehen, wie z.B. die WanderarbeiterInnen in den USA und China oder die Landflucht

in Brasilien. Weniger im Fokus hierzulande steht auch die Migration von Millionen Menschen aus Indien, Pakistan und anderen asiatischen Ländern in die Ölförderländer am Persischen Golf, wo sie z.B. in den Rentierstaaten wie Katar oder Saudi-Arabien den überwiegenden Teil des Proletariats stellen.

Objektiv treibt der Kapitalismus durch die erzwungene Völkerwanderung, durch Migration und Flucht die Internationalisierung der Arbeiterklasse und ihre Konzentration in den imperialistischen Zentren voran.

Die Wirkung von Flucht und Migration in den unterdrückten Ländern ist zunächst die, dass Aufstände hinausgezögert werden, weil Teile der ausgebeuteten Massen ihre Energie in die Ausreise statt in den Befreiungskampf stecken. Auch wenn Teile dieser Massen zunächst noch durch rückständige, z.B. feudale-patriarchale Ideologien geprägt sein können, bedeutet die Internationalisierung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern in der Gesamtdynamik und auf lange Sicht die **Internationalisierung von Klassenkampf- und Aufstandserfahrungen** und einen **Motor für die Entwicklung des gewerkschaftlichen und Klassenbewusstseins**. Als die Bourgeoisie in den 1960er Jahren Gastarbeiter aus der Türkei, Italien, Jugoslawien, Spanien und Griechenland in die BRD holte, um sie für die ödesten, dreckigsten und schwersten Fließbandarbeiten auszunutzen, entpuppten sich viele von ihnen als radikale Kämpfer in vielen betrieblichen Kämpfen wie dem Ford-Streik 1973 in Köln. Heute leben allein rund drei Millionen Menschen türkischer und kurdischer Herkunft und Abstammung in der BRD. Dies führt dazu, dass die entwickelteren Klassenkämpfe aus der Türkei und Kurdistan auch nach Deutschland ausstrahlen: Beispiele hierfür sind die jährlich stattfindenden Demonstrationen gegen das PKK-Verbot, die Solidaritätsdemos mit der Gezi-Bewegung 2013, die Großdemonstration gegen den AKP-Führer Erdogan mit ca. 100.000 Teilnehmern in Köln im Jahr 2014 und die Solidarität mit dem bewaffneten Kampf in Kobane. Vor allem aber gehört dazu die Verbreitung der Erfahrungen der kommunistischen Bewegung aus der Türkei und Kurdistan, die für den Aufbau der

<sup>6</sup>Handelsblatt vom 11. Februar 2015

---

KP und den revolutionären Kampf in Deutschland und damit für das Klassenbewusstsein des Proletariats in der BRD genutzt werden können.

Die Internationalisierung der Arbeiterklasse bedeutet potentiell ihre Revolutionierung und Formierung zur kämpfenden Klasse. Die internationale Arbeiterklasse ist in den imperialistischen Zentren konzentriert. Indem er die Lebensumstände für immer mehr Menschen in den Kolonien und Neokolonien unerträglich macht und sie zu Auswanderung und Flucht zwingt, sorgt der Imperialismus dafür, dass die von ihm dort geschaffenen Widersprüche als Bumerang in seine Zentren zurückkehren.

Mit der Internationalisierung der Arbeiterklasse schafft sich der Imperialismus seinen eigenen Totengräber.

## **Strategie der Imperialisten gegenüber der Migrationsbewegung: Ökonomische Spaltung**

Die Grundlage für die Strategie der Imperialisten gegenüber der "weltweiten Völkerwanderung" sind die objektiven Widersprüche des Kapitals in dieser Frage:

Das Kapital hat ein ökonomisches Interesse an Migration in die kapitalistischen Länder, insofern diese die industrielle Reservearmee dort vergrößert. Das ermöglicht dem Kapital, die Arbeitslöhne aller Teile der Arbeiterklasse unter den Wert der Ware Arbeitskraft zu senken. Der Unterschied der Arbeitslöhne zwischen den imperialistischen Stammländern und den Kolonien und Neokolonien ist ein zusätzlicher Motor hierfür.

Die migrantischen Teile der Arbeiterklasse werden vorzugsweise in die miesesten und am schlechtesten bezahlten Jobs gedrängt – z.B. in Leiharbeit. Gleichzeitig verwendet das Kapital seine Extraprofite aus der Ausplünderung der Kolonien und Neokolonien, um einen Teil der Arbeiterklasse in den strategisch wichtigsten Sektoren des eigenen Landes – in der BRD ist das vor allem die Auto- und Rüstungsindustrie – durch Arbeitsverträge mit besserer Bezahlung und einigen Privilegien an die eigenen Ausbeuter zu binden: Die klassische, früher vorwiegend deutsche und heute

"multikulturell" zusammengesetzte und männliche Stammebelegschaft in der Industrie.

Die Migration ist jedoch ein politisches Risiko für die Bourgeoisie, da sie die Widersprüche aus den unterdrückten Ländern in die imperialistischen Zentren zurückträgt. Die Bourgeoisie zielt darauf ab, so viel Migration zuzulassen, wie es ihren ökonomischen Interessen entspricht, und dabei die politische Kontrolle zu behalten. Zu diesem Zweck zieht sie rund um Europa und die USA Mauern hoch, setzt Patrouillen auf dem Meer und spezielle Abteilungen wie "Frontex" ein, um "illegale Einwanderung" mit Gewalt zu unterbinden.

Die Überwindung der Außengrenzen der imperialistischen Zentren hat sich dabei wiederum zu einem Geschäftsfeld für das organisierte Verbrechen entwickelt, an dem die Bourgeoisie mit zweistelligen Renditen<sup>7</sup> kräftig verdient. Dabei verbindet sie die Geschäftsfelder des Drogen- und Menschenhandels und schafft auch auf illegalem Wege Arbeitssklaven für die eigene Industrie heran:

*"Rund 3600 kriminelle Organisationen, darunter einst verfeindete Global Player wie die russische Mafia, die italienische 'Ndrangheta, die japanischen Yakuza, die chinesischen Triaden, süd-amerikanische Kartelle, aber auch dreiköpfige Familienunternehmen, die in Lieferwagen Menschen über die Grenzen schmuggeln, sind nach Erkenntnissen von Europol in Europa aktiv. Die Vereinigungen werden geleitet von Paten, die sich im bürgerlichen Mainstream bewegen.(...)"*

*Dank der Globalisierung, die auch für einst verfeindete Verbrecher gilt, werden Waffenhandel, Rauschgifthandel, Menschenschmuggel und -handel nicht mehr wie den guten alten schlechten Zeiten von unterschiedlichen kriminellen Vereinigungen betrieben. Alle bieten alles an: Flüchtlingen aus Eritrea oder Somalia werden die Kosten für den Transport nach Europa erlassen, wenn sie bereit sind, Drogen im Gepäck mitzunehmen. Die Ware wird dann beispielsweise von der 'Ndrangheta oder den Hells Angels bei Kollegen von der russischen oder albanischen Mafia getauscht gegen junge Frauen für Bordelle in Italien und Deutschland oder Personal für die Fleisch verarbeitende Industrie und die Landwirtschaft in Nord- und Mitteleuropa. Die International Labour Organisa-*

---

<sup>7</sup>Handelsblatt vom 11. Februar 2015

tion (ILO) schätzt die Zahl der in Europa geknechteten Arbeitssklaven auf etwa 600.000.<sup>8</sup>

Die kapitalistischen Staaten greifen illegale Einwanderer auf, die ihr Land erreicht haben, isolieren sie vom Rest der Arbeiterklasse und setzen sie massiver Verelendung und Repression aus: Sie werden deportiert oder in Lagern, in der BRD teils in ehemaligen KZs<sup>9</sup> oder seit der Krise 2015 verstärkt in Kasernen und Zeltlagern auf Bundeswehrgelände, untergebracht. Mit Arbeitsverbot belegt dürfen sie ihren Landkreis nicht einmal verlassen, um zum Arzt zu gehen. Sie werden gezwungen, als Papierlose und Schwarzarbeiter ihr Dasein zu fristen und in Kriminalität, Drogenhandel, Prostitution und Sklaverei gedrängt.



*"Lassen Sie sich von uns ausbeuten!"*

## Politische Spaltung der ArbeiterInnenklasse

Auf diesem Weg schafft das Kapital die ökonomische Grundlage für die politische Spaltung der Ar-

beiterklasse. Die Strategie der Bourgeoisie zielt im Zeitalter des Imperialismus darauf ab, die von ihr unterdrückten Massen gegeneinander aufzuwiegeln und politisch an sich zu binden: Die objektiv international zusammengesetzte Arbeiterklasse darf sich ihrer Klassenlage nicht bewusst werden. Die Bourgeoisie benötigt ein gewisses Maß an Unterstützung und Zustimmung aus den unterdrückten Massen, um zu verhindern, dass die ArbeiterInnenklasse sich als Klasse begreift, sich organisiert und den Kampf gegen das imperialistische System aufnimmt. Sie benötigt den Rückhalt in den Massen insbesondere für den imperialistischen Kampf um die Neuaufteilung der Welt und die Kriege, die dafür zu führen sind. Zu diesem Zweck setzt die Bourgeoisie in allen westlichen imperialistischen Ländern über ihre Geheimdienste neben der reformistischen vor allem die faschistische Bewegung ein und entfaltet eine rassistische und chauvinistische ideologische Arbeit in den Massen, um diese für ihre Ziele zu vereinnahmen<sup>10</sup>.

Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Beschwörung eines "Kampfs der Kulturen", welche die Bourgeoisie seit den 90er Jahren in verstärktem Maße in den Massen der imperialistischen Zentren organisiert. Faschistische Kräfte wie die Republikaner (seit den 80er Jahren), Pro Köln (seit den 90er Jahren), ultrarechte Weblogs im Internet und neuerdings PEGIDA und HoGeSa stellen einerseits die "Islamisierung" als Gefahr für das "demokratische Abendland", andererseits die "Asylbetrüger" ins Zentrum ihrer rassistischen Hetze.

Die Debatten, die durch die Faschisten angestoßen und von den Mainstream-Medien, den Vertretern des Kapitals (Industriellenverbände u.ä.) und der bürgerlichen Politik aufgegriffen werden, erzeugen in den Massen diffuse Stimmungen und Tendenzen, die aufgestaute Wut gegen das herrschende System nicht gegen das Kapital und den Staat, sondern gegen die am meisten unterdrückten Teile der eigenen Klasse zu richten:

Entweder werden die migrantischen Teile der Arbeiterklasse aufgeteilt in "gute" und "böse" Ausländer: „fehlende Arbeitskräfte und qualifizierte

<sup>8</sup>Handelsblatt vom 11. Februar 2015

<sup>9</sup>"Erneut Flüchtlinge in KZ-Außenlager", Junge Welt vom 02.02.2015

<sup>10</sup>Siehe hierzu den Artikel "Die Bewegungen PEGIDA und HoGeSa und die Perspektiven des proletarischen Antifaschismus", [www.komaufbau.org](http://www.komaufbau.org)

---

ausländische Arbeitskräfte“ einerseits und andererseits unerwünschte Eindringlinge, die “Kriminelle”, “Sozialschmarotzer” oder “Terroristen” sind.

Oder aber Flüchtlinge und „Ausländer“ bilden dieser Ideologie zufolge insgesamt die Konkurrenz zur deutschen ArbeiterInnenklasse: „Die Ausländer“ nehmen „den Deutschen“ Arbeit und Wohnung weg, sind für die Senkung der Löhne und die Kürzungen in den Sozialbereichen verantwortlich und letztlich die Ursache für die Massenarbeitslosigkeit. Sie sind kriminell und damit eine Gefahr für die “Deutschen”.

Diese Propaganda schürt Ängste und Konkurrenz unter den Massen und drängt deren negativste Eigenschaften in den Vordergrund: Die Perspektivlosigkeit, das Gefühl der Benachteiligung und Vernachlässigung durch den Staat und die Wut darüber werden dahingehend kanalisiert, dass die ärmsten Deutschen auf den ärmsten „Ausländern“ heruntreteten und sie zu ihrem Feind stilisieren. Gleichzeitig steht die islamische Variante der faschistischen Ideologie in Form salafistischer und dschihadistischer Gruppen und Netzwerke bereit, um die Flüchtlinge zum Kampf gegen die „Ungläubigen“ zu mobilisieren. Dies ist der Zweck der faschistischen Propaganda in der Strategie der Herrschenden: Insofern diese Stimmungsmache Wirkung zeigt, werden die Klassenverhältnisse verwischt, der notwendige solidarische Zusammenschluss der Arbeiterklasse mit dem Ziel des Kampfes gegen die Bourgeoisie verhindert. Insofern diese Stimmungsmache Wirkung zeigt, ist das ein Ausdruck der Schwäche der organisierten Kräfte, die innerhalb der Massen klarstellen, wer der Feind der ArbeiterInnenklasse ist und warum sich die Lage nur ändern kann, wenn die Ursache, der Imperialismus, im revolutionären Klassenkrieg vernichtet wird.

---

<sup>11</sup>Aus Platzgründen beschränken wir uns auf die Phase nach der Befreiung vom Faschismus ab 1945. Der deutsche Imperialismus nutzt aber seit seinem Aufkommen die Migration als strategische Waffe im Klassenkrieg und hat in der BRD dabei auf vielfältige Erfahrungen aufgebaut, die im Kaiserreich, der Weimarer Republik und dem Faschismus gesammelt wurden, z.B. mit der Integration der “Ruhrpolen”, der migrantischen Saisonarbeit in der Landwirtschaft und dem Lagersystem und der ausgedehnten Zwangsarbeit im Faschismus.

<sup>12</sup>*“Ich traue meinen Augen nicht. Ein Meister, der ausländische Mitarbeiter mit Fäusten traktiert. Doch er ist ja nicht allein. Auch andere Meister, viele von ihnen haben die gelben Kutten nicht an, ebenso wie Müller, schlagen auf die ausländischen Kollegen ein. Meister Wilhelm aus der Kernmacherei, wegen seiner Vergangenheit ‘SS Wilhelm’ genannt, steht breitbeinig in der Menge, deutet mit dem Finger: ‘Den da und den und den!’ Die Betroffenen wollen fliehen, nur wenigen gelingt es. Viele werden von aufgebracht deutschen Kollegen und Angestellten verprügelt.”* Zitiert nach dem Augenzeugenbericht zur gewaltsamen Zerschlagung des migrantischen, “wilden” Streiks bei John Derre im Mai 1973 in Jahrbuch zum Klassenkampf, Rotbuch 103, Materialien zur Entwicklung der Klassenkämpfe im Rhein Neckar Raum und der Streik bei John Derre; S. 66

## Entwicklung von Migration, Flucht und Asylgesetzgebung in der BRD

Die Herangehensweise der Bourgeoisie in der BRD an die Frage der Migration entspricht den oben ausgeführten, allgemeinen Tendenzen des Imperialismus<sup>11</sup>.

Nach 1945 ermöglichten die Fluchterfahrungen der sogenannten “Vertriebenen” aus dem Zweiten Weltkrieg und die Schwäche der deutschen Bourgeoisie, dass ein Grundrecht auf Asyl in den Gesetzen der BRD verankert wurde.

Aufgrund von Arbeitskräftemangel in der Phase des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs des deutschen Kapitals holte die Bourgeoisie ab Ende der 1950er Jahren Gastarbeiter ins Land, um die Größe der Arbeiterklasse an die Entwicklung der eigenen Kapitalakkumulation anzupassen. Die Gastarbeiter dienten als unterste Arbeiterschicht in der deutschen “Wirtschaftswunder“-Industrie. Sie wurden in überwachten, abgeschlossenen und isolierten Wohncontainern auf den Fabrikgeländen untergebracht. Die betrieblichen Kämpfe der 60er und 70er Jahre, in denen die Gastarbeiter eine wichtige, radikalisierte Rolle spielten, führten unter anderem auch dazu, dass diese ihre Container verließen, in richtige Wohnungen zogen und ihre Familien nachholten.

Die Bourgeoisie der BRD begann schon in dieser Zeit verschärfter betrieblicher Kämpfe eine gezielte und gesteuerte Politik, die in der Gesellschaft eine Debatte über „Ausländer“ und Asylanten entfachte, die auch unter Nutzung einer tief in den “deutschen” Massen verankerten faschistischen Volksgemeinschaftsideologie<sup>12</sup> Alltagsrassismus und Ausländerfeindlichkeit neu etablierte und die der geplanten Gesetzesänderung zum Asylrecht, die schließlich Anfang der 90er Jahre erfolg-

te, den Weg bahnte. In diesem Kontext forcierten die bürgerlichen Propagandaorgane Debatten darüber, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist, ob eine multikulturelle Gesellschaft eine Bereicherung oder Gefahr ist und dass man nun mit Ausländerkriminalität zu kämpfen habe.



Kräftige Unterstützung für dieses Vorgehen erhielt der Staat von organisierten Altfaschisten und der schon in den Startlöchern stehenden Neuen Rechten. 1989 zogen die Republikaner durch Wahlen in die Parlamente von Berlin und EU mit dem Thema Asylmissbrauch ein. Es folgten – getragen von einer Welle aus Nationalismus und Chauvinismus nach der erfolgreichen Annektion der DDR – Pogrome und Mordanschläge auf Asylunterkünfte und Häuser, in denen MigrantInnen leben, wie Rostock, Mölln, Hoyerswerda und viele andere. In dieser Zeit bildete sich der NSU quasi als Nachfolgeorganisation von faschistischen, militärischen Untergrundorganisationen (Wehrsportgruppen und “Stay-Behind-Armeen” der NATO), die über die Geheimdienste gesteuert und finanziert werden. Durch die Terrorserie des NSU wurden MigrantInnen und Asylsuchende umgebracht oder schwer verletzt und in den Medien stigmatisiert. Angriffe, Morde oder Mordversuche haben nie aufgehört, sondern dauern bis heute an (z.B. Brandanschläge auf Flüchtlingsheime und der Mord an Burak Bektas als migrantisches Zufallsopfer in Berlin Rudow am 5. April 2012<sup>13</sup>).

Mit PEGIDA und HoGeSa hat die organisierte Massenarbeit der Faschisten eine neue Quali-

tät angenommen: Aufbauend auf ihre langjährige Basisarbeit in Stadtvierteln und Landkreisen haben es die Faschisten geschafft, über ein Jahr lang wöchentliche Demonstrationen mit teils mehreren zehntausend Menschen – vor allem aus dem Kleinbürgertum – unter dem Slogan des “Kampfes des Abendlandes gegen die Islamisierung” auf die Straße zu mobilisieren. Die Schimäre des “Kulturkampfes” ist heute in den bürgerlichen Medien allgegenwärtig.

Bis 1985 betrug die Zahl der Asylsuchenden ca. 160.000 im Jahr. Durch die von der BRD mit initiierten Kriege zur Zerschlagung Jugoslawiens in den 90er Jahren stieg die Zahl der Asylsuchenden innerhalb weniger Jahre auf 700.000. Die übliche Praxis war und ist es, dass nur einem geringen Teil von Anträgen statt gegeben wird.

Mit der von Kohl und dem heutigen Linkspartei-Politiker Lafontaine ausgehandelten Verfassungsänderung 1993 wurde das Grundrecht auf Asyl de facto abgeschafft: Asyl bekommen nur Menschen, die nicht über sogenannte sichere Drittstaaten nach Deutschland fliehen, was für die Mehrheit unmöglich ist. Entsprechend gingen die jährlichen Flüchtlingszahlen in den 2000er Jahren zunächst stark zurück, um in den letzten beiden Jahren dann wieder stark anzusteigen. Anlässlich der Fluchtwelle 2015 hat Deutschland dann drastische Verschärfungen im Asylrecht verankert, die faktisch auf eine komplette Illegalisierung der Flüchtlinge hinauslaufen. So gilt z.B. zukünftig als Krimineller, wer mittels „Schleusern“ die militarierten Außengrenzen der Festung Europa überwindet, seine Identität verschleiert oder sich der Deportation mittels Vernichtung von Ausweispapieren „widersetzt“. Kurz gesagt: Flüchtlinge sind allein aufgrund der sozialen Existenz, die ihnen aufgezwungen wird, kriminell.

## Aktuelle Diskussion in der Bourgeoisie

Der Widerspruch zwischen dem Hunger des Kapitals nach ausbeutbarer Arbeitskraft auf der einen und der politischen Notwendigkeit der Abschottung der Grenzen und der Spaltung der Arbeiterklasse auf der anderen Seite äußert sich in der ak-

<sup>13</sup>Siehe burak.blogsport.de

tuellen Diskussion über Flucht und Migration in der herrschenden Klasse der BRD.

Die deutsche Bourgeoisie ist als Gewinnerin aus der letzten Krise hervorgegangen, hat reichlich Kapital akkumuliert und ist die unbestrittene Führungsmacht der Europäischen Union. Gemessen an den Bedürfnissen der weiteren Akkumulation und Expansion droht die ausbeutbare Arbeiterklasse im eigenen Land tendenziell zu klein zu werden, was sich u.a. in einem seit einigen Jahren bemerkbaren Arbeitskräftemangel in verschiedenen Sektoren der Wirtschaft bemerkbar macht. Dieser Umstand kommt in der seit mehreren Jahren geführten öffentlichen Diskussion über den "demographischen Wandel" und die "Überalterung" zum Ausdruck.

Im "Handelsblatt Morning Briefing" konnte man bereits am 05.12.2014 dazu lesen: *"Deutschland ist nach den USA das beliebteste Einwanderungsland. 2014 zogen 465.000 Menschen hierher: doppelt so viele wie 2007. Wenn der Zustrom anhielte, wären unsere demographischen Probleme [...] gelöst."*

Eine verstärkte Migration in bestimmte Bereiche der Arbeiterklasse liegt heute also im Interesse des deutschen Kapitals. In einem Positionspapier des CDU-Wirtschaftsrates hieß es dazu bereits Anfang 2015 – also noch einige Monate vor der "Willkommenskultur"-Offensive, die Bundesrepublik müsse "ein Punktesystem einführen", das die Zuwanderung je nach Bedarfslage in der Wirtschaft steuere. Es wird auch darüber gesprochen, Flüchtlinge für die Behebung des Arbeitskräftemangels zu nutzen<sup>14</sup>.

Die Ursache für die Debatte über die Einbeziehung von Flüchtlingen liegt nicht allein in den wirtschaftlichen Erwägungen, sondern gerade auch im wachsenden Widerstandskampf der Flüchtlinge, der von Staat und Mainstream-Medien nun nicht mehr totgeschwiegen, sondern offensiv aufgegriffen wird, um ihn unter Kontrolle zu bringen. Neben die Repression gegen die Flüchtlinge tritt nun der Versuch, Teile von ihnen zu integrieren. Das kommt in der öffentlichen Debatte darüber zum Ausdruck, dass man zwischen "politischen" bzw. "Kriegsflüchtlingen" auf der einen und "Wirtschaftsflüchtlingen" auf der anderen Seite unter-

scheiden müsse. Die einen sind, wie im Falle syrischer Ärzte, für das deutsche Kapital ausbeutbar und damit willkommen. Die anderen, wie die Roma, Kosovaren und Bulgaren, werden in der Propaganda der Herrschenden weiterhin als die unerwünschten "Schmarotzer" hingestellt.



## Die Kämpfe zusammenführen und das Klassenbewusstsein entwickeln

Die Flüchtlinge und MigrantInnen in Deutschland sind Teil der ArbeiterInnenklasse. Die Flüchtlingsfrage, die Strategie der Bourgeoisie gegenüber den Flüchtlingen und der politische Widerstandskampf der Flüchtlinge und ihrer UnterstützerInnen sind daher besondere Erscheinungsformen des Klassenkriegs des Proletariats gegen die Bourgeoisie.

Die Strategie der imperialistischen Bourgeoisie gegenüber MigrantInnen und Flüchtlingen ist es, diese als ökonomische Konkurrenz der "deutschen" ArbeiterInnen zur Senkung der Löhne zu benutzen und sie vom Rest der Arbeiterklasse zu isolieren. Das Klassenbewusstsein des Proletariats soll im Sinne der Herrschenden durch die faschistische Ideologie ersetzt werden – Ziel ist es, das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu festigen und die Stimmung in den Massen zu verankern, dass die "Nation" von den "fremden Feinden" angegriffen (Ausländerkriminalität) oder zersetzt (Arbeits- und Wohnungsklau) wird; dass diese sich in der Gesellschaft breit machen und es darum bald keine deutschen Kinder mehr gibt. Die Deutschen müssen „ihr Land“, „ihre Arbeit“ „ihren Wohlstand“ verteidigen. Ziel ist es, die Massen zu einer willigen Gefolgschaft für die kriegerischen

<sup>14</sup>German Foreign Policy, 18.02.2015

Ziele des eigenen Imperialismus zu manipulieren, die die Konterrevolution verinnerlicht haben.

Die Bourgeoisie bereitet sich mit dem geschilderten, kombinierten Vorgehen aus Repression und Integration auf die Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche und politischen Kämpfe auch in der BRD vor.

Der Kampf gegen die faschistische Ideologie in den Massen ist der Kampf gegen die Spaltung der Arbeiterklasse. Für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse – angefangen beim ökonomischen Kampf “ums Teewasser” im Betrieb – ist es notwendig, die faschistische Ideologie in den Massen zu bekämpfen und den Zusammenschluss der Klasse zu erwirken.



*Fürsorgliche Ausbeutung*

Ebenso ist es notwendig, die sozialdemokratische “Fürsorge”-Ideologie gegenüber den Flüchtlingen und den Reformismus im gemeinsamen Kampf zu überwinden und durch ein proletarisches, revolutionäres Klassenbewusstsein zu ersetzen.

Der politische Widerstandskampf der Flüchtlinge um menschenwürdige Lebensbedingungen und um die Durchbrechung der eigenen Isolation, um das Recht auf Arbeit und Wohnung muss daher mit den Kämpfen der anderen Teile der Arbeiterklasse – in Betrieb und Stadtteil – und mit dem antifaschistischen Kampf bewusst verbunden werden. KommunistInnen und AntifaschistInnen müssen in der Arbeiterklasse das Bewusstsein entwickeln, dass die Strategien, die die Bourgeoisie

heute gegen die Flüchtlinge einsetzt, morgen auf weitere Teile der Klasse ausgedehnt werden.

In dem Maße, wie es gelingt, die Kämpfe zu verbinden, wird die Arbeiterklasse in der BRD, die objektiv international zusammengesetzt ist, sich auch subjektiv die Kampferfahrungen ihrer verschiedenen Teile zu eigen machen und ihr Bewusstsein für den Klassenkrieg entwickeln.

Um dies zu erreichen, ist es nicht ausreichend, in autonomen Gruppen politische Teilbereichsarbeit in diesem oder jenem Kampffeld auszuführen. Um die Arbeiterklasse zu einer einzigen politischen Kraft zusammenzuführen, die den revolutionären Krieg gegen die Bourgeoisie führt, bedarf es der Kommunistischen Partei als Vorhut. Um diese aufzubauen, müssen die KommunistInnen sich auf prinzipieller Grundlage vereinigen und schon heute eine einheitliche, verbundene Arbeit in den wichtigsten Sektoren der Massen entwickeln.

Die Arbeit unter den migrantischen und Flüchtlingsteilen der ArbeiterInnenklasse spielt dabei heute eine besonders wichtige Rolle, da hier die Verbindungen zwischen verschiedenen Kampffeldern (Kampf um politische Rechte, Stadtteilarbeit, Antira, Antifa) besonders leicht herzustellen sind. Gerade auf die völlig entrechtete Masse der Flüchtlinge trifft dabei eine alte Erkenntnis des Marxismus-Leninismus zu: die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse sind die Basis auf der sich der politische Überbau erhebt; darunter auch solche Erscheinungen wie politische Bewegungen und Aufstände. Im Gegensatz auch zu den AktivistInnen der PWB haben die meisten Flüchtlinge keine Wahl. Sie können sich nicht freiwillig aufgrund ihres politischen Bewusstseins für den Protest und Widerstand entscheiden (und diese Entscheidung gegebenenfalls wieder zurücknehmen, wenn es zu ernst wird), sondern sie müssen aufgrund ihrer materiellen Lebensbedingungen - interniert, entrechtet, von Deportation bedroht usw. - kämpfen! In diesem Sinne hat die Masse der Refugees vielen ihrer Klassenschwestern und -brüder voraus: sie haben nur noch ihre Ketten zu verlieren.



Sammlung 118: Dr. Götter, Dr. A. E., Berlin  
Druck: „Völkisch“ (1918) (Mayerhans)

P. 21/14

# Krieg dem imperialistischen Krieg!

## Imperialistische Raubkriege als Kampf um die Neuaufteilung der Welt und unsere antimilitaristischen Aufgaben



*Links: Flucht der Yeziden aus Shengal (s.u.), Rechts: Kreative Umgestaltung eines Bundeswehr-Werbeplakats*

Steht der Dritte Weltkrieg vor der Tür? Am 24. November schießt die türkische Luftwaffe ein russisches Flugzeug ab, das sich nach ihren Angaben 17 Sekunden im türkischen Luftraum befunden habe. Die Widersprüche zwischen den NATO-Staaten einerseits und dem russischen Imperialismus andererseits hatten sich bereits im Zuge der Ukraine-Krise zugespitzt. Aber wenn wir im Sommer vorhergesagt hätten, dass NATO und russisches Militär auf einem Territorium auf entgegengesetzten Seiten direkt (nicht bloß über Stellvertreter!) kämpfen und aufeinander schießen, wären wir wohl von manchen für verrückt erklärt worden. Die Geschwindigkeit der Zuspitzung der Widersprüche kann einem schon den Atem verschlagen. Das darf einem aber nicht den Blick für eine nüchterne Einschätzung der Realität trüben. Deshalb wollen wir der Frage nachgehen, wie es um Krieg und Frieden auf der Welt heute tatsächlich steht und was uns in den nächsten Jahren

aller Voraussicht nach erwarten wird, ohne dabei zu vergessen, dass die Menschen in vielen unterdrückten Ländern bereits heute einen permanenten Kriegszustand erleben. Wie steht es also mit dem nächsten großen Krieg? Was verstehen wir unter „permanentem Krieg“? Welche Rolle spielen sogenannte „gescheiterte Staaten“ im imperialistischen Herrschaftssystem? Und was hat das mit Paris zu tun? Welche Schlussfolgerungen müssen wir aus der globalen Entwicklung für unsere antimilitaristische politische Arbeit ziehen? Und vor allem: Was bedeutet es, gegen dieses imperialistische System zu kämpfen? Warum ist es keine Option, zu fliehen oder PazifistIn zu sein? Warum ist die alte Losung der KI „Krieg dem imperialistischen Krieg“ heute aktueller denn je? Warum sind wir trotzdem keine Verherrlicher von Gewalt? Warum ist es falsch, den Krieg und die Guerilla zu idealisieren? Und: Warum führt die marxistisch-

---

leninistische Betrachtung dieser Frage zur Frage der Befreiung der Frau?

## Imperialistische Kriege im 21. Jahrhundert

### Frieden, das war einmal – jetzt sprechen die Waffen

Der Krieg kehrt zurück und die Einschlüge rücken näher – so lässt sich eine verbreitete Stimmung in den Massen in Deutschland und Kerneuropa zusammenfassen. Darin spiegelt sich die objektive Verschärfung und Zuspitzung der Widersprüche im Imperialismus wider, die immer häufiger zur Anwendung militärischer Mittel führt. Zugegebenermaßen ist die 'Rückkehr des Krieges' eine subjektive, euro-zentristische Sichtweise. Weder die 25-jährige Kriegswaise in Süd-Kivu im Osten des Kongo im Herzen Schwarzafrikas noch der 18-jährige Paschtunenjunge in Helmand in Afghanistan werden dies verstehen. Für sie ist Krieg die einzige Realität, die sie in ihrem ganzen Leben kennengelernt haben. Tatsächlich bleibt der Frieden als Abwesenheit des Krieges auf dem eigenen Territorium objektiv gesehen vor allem ein auf die imperialistischen Zentren begrenzter Zustand. Die Massen in den USA, Westeuropa, China, Japan und großen Teilen Indiens wie Russlands haben den Krieg in den letzten Jahrzehnten höchstens im TV erlebt, selbst wenn ihre imperialistischen Herrscher darin direkt verwickelt gewesen sind. Für die Masse der unterdrückten Völker sieht die Sache anders aus – ihre Heimat war und ist das Schlachtfeld im globalen Kampf des imperialistischen Finanzkapitals um die Vorherrschaft und Neuaufteilung der Welt. Im Frühjahr 2015 meldet die Bild-Zeitung: „Trauriger Rekord – Weltkarte der Kriege so blutig wie nie zuvor“. Sie beruft sich dabei auf das Konfliktbarometer 2014 des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung<sup>1</sup>. Demnach gab es im letzten Jahr 21 Kriege, die teils mehrere Länder betreffen haben und insgesamt 424 politische Konflikte

weltweit - die höchste Zahl seit Beginn der Untersuchungen. Auch die Qualität der Stellvertreterkriege der imperialistischen Großmächte ändert sich. Mit dem direkten Eingreifen Russlands in den syrischen Bürgerkrieg im September 2015 beginnt eine neue Stufe der Eskalation, deren vorläufiger Höhepunkt der Abschuss eines russischen Bombers durch den NATO-Staat Türkei gewesen ist.

Manche werden sich die unübersichtliche Lage im Mittleren Osten mit der populären Lösung der Friedensbewegung in Deutschland während des Irak-Kriegs 'Kein Blut für Öl' erklären. Es gehe dort halt um Profite aus dem Ölgeschäft, was sonst? Viele verstehen den Imperialismus in einer verkürzten Analyse vor allem als System der Ausplünderung der Rohstoffe aus den Halb- und Neokolonien sowie den abhängigen Ländern des globalen Südens. In der Folge werden Kriege immer einseitig als Rohstoffkriege fehlinterpretiert. Dabei werden dann komplett die geostrategischen Zusammenhänge und der imperialistische Konkurrenzkampf um die Weltherrschaft ausgeblendet. Ende Oktober 2015 verteidigt der US-Lenkwaffenzerstörer 'Lassen' die Freiheit der Meere – indem er in die 12-Meilen-Zone um die Spratly-Inseln im südchinesischen Meer eindringt. China, dass die Inseln als sein Hoheitsgebiet reklamiert, reagiert heftig: *'Die Aktion des US-amerikanischen Zerstörers hat Chinas Souveränität und Chinas Sicherheitsinteressen verletzt. Es hat die Sicherheit unseres Personals und unserer Einrichtungen auf den Atollen bedroht. So etwas gefährdet Frieden und Stabilität in der Region.'*<sup>2</sup> Bei den Territorialkonflikten im südchinesischen Meer geht es nicht in erster Linie um Rohstoffe, sondern um politische Machtspiele, die schon ziemlich direkt auf möglichst vorteilhafte militärische Positionen für den kommenden Krieg abzielen.<sup>3</sup>

### Vorkriegszeit 2015 – kommt der große imperialistische Raubkrieg?

Im April 1978 analysierte die Partei der Arbeit Albaniens unter Führung Enver Hoxhas die geo-

<sup>1</sup>[http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer\\_2014.pdf](http://www.hiik.de/de/konfliktbarometer/pdf/ConflictBarometer_2014.pdf)

<sup>2</sup>[www.tagesschau.de/ausland/spratlys-inseln-101.html](http://www.tagesschau.de/ausland/spratlys-inseln-101.html)

<sup>3</sup>Siehe dazu z.B. den Hintergrundbericht auf German Foreign Policy 'Strategische Verschiebungen' vom 29.10.2015, [www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59236](http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/59236)

politische Lage nach dem Bruch mit China in dem Buch 'Imperialismus und Revolution':

*„Wie es scheint, wird das kapitalistische System, das gerade in China entwickelt wird, eine Kreuzung aus verschiedenen revisionistisch-kapitalistischen und traditionellen chinesischen Formen und Methoden sein. (...) Die Politik der chinesischen Führer zur Verwandlung Chinas in eine Supermacht zielt darauf ab, es vom amerikanischen Imperialismus sowie von den entwickelten kapitalistischen Ländern, die Verbündete der Vereinigten Staaten von Amerika sind, wirtschaftlich und militärisch profitieren zu lassen. (...) Präsident Carter gab der Meinung Ausdruck, dass der Krieg nur an zwei Punkten des Erdballs stattfinden könne – im Nahen Osten und in Afrika. (...) Doch außer dem Nahen Osten und Afrika gibt es auch andere Zonen, wo die Interessen der Supermächte aufeinanderprallen, wie zum Beispiel Südostasien. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion nebst China bemühen sich, ihre Einflusszonen zu errichten und ihre Märkte aufzuteilen. Dies schafft auch Konflikte, die sich von Zeit zu Zeit in lokale Kriege verwandeln (...) Wenn es den Supermächten nicht gelingt, ihre Raubinteressen mit wirtschaftlichen, ideologischen und diplomatischen Mitteln zu verwirklichen, wenn sich die Widersprüche aufs schärfste zugespitzt haben, wenn sich diese Widersprüche durch Vereinbarungen und «Reformen» nicht mehr lösen lassen, dann beginnt der Krieg zwischen ihnen. Deshalb müssen sich die Völker, die in diesem Krieg ihr Blut vergießen werden, mit aller Kraft darum bemühen, sich nicht überrumpeln zu lassen, den zwischenimperialistischen Raubkrieg zu sabotieren, damit er nicht weltweites Ausmaß annimmt, und – sollte ihnen das nicht gelingen – ihn in einen Befreiungskrieg zu verwandeln und zu siegen.“<sup>4</sup>*

Kriege sind im Imperialismus unvermeidlich. Diese prinzipielle Einschätzung des ML erfolgt auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnis der objektiven Entwicklungsgesetze der Wi-

dersprüche der kapitalistischen Produktionsverhältnisse<sup>5</sup>. Lenin hat den Zwang zum Kapitalexport, der aus der Überproduktionskrise entspringt, in seiner Analyse des Imperialismus<sup>6</sup> ebenso wie das Gesetz der ungleichmäßigen und ungleichzeitigen Entwicklung herausgearbeitet. Daraus haben die Bolschewiki zutreffend den Schluss gezogen, dass die Neuaufteilung der Welt aufgrund veränderter Kräfteverhältnisse letztlich zu imperialistischen Kriegen führen muss.

Die Erkenntnis, dass wir in den imperialistischen Zentren in einer Vorkriegszeit leben, drängt sich immer mehr politischen Beobachtern auf. So geht Conrad Schuhler vom ISW von der zunehmenden Gefahr eines Dritten Großen Krieges aus und gibt die sachlich fundierte Prognose ab: **„Hier schließt sich ein Zeitfenster. Spätestens 2040/50 wird China auch militärisch mit den USA gleichgezogen haben. Wenn die USA/NATO mit der Drohung mit und dem Einsatz von Waffen Erfolg haben wollen, müssen sie diesen Waffengang in den nächsten Dekaden auf die Tagesordnung setzen.“<sup>7</sup>**



*Zerstörtes Haus in Kurdistan*

Einige Jahrzehnte bis zum 3. Weltkrieg mit China, so lange muss es nicht dauern. Denn da gibt es aus Sicht der NATO ja noch den Problemfall Russland, und der muss vorher gelöst werden. Insofern ist es nur logisch, dass imperialistische Strategen, Militärs und Denkfabriken hier von deutlich

<sup>4</sup>Enver Hoxha, Imperialismus und Revolution, Institut für Marxistisch-Leninistische Studien beim ZK der PAA, 1. Auflage (in albanisch) April 1978; Zitate Seite 47f und 58f; Hervorhebung von uns.

<sup>5</sup>Siehe dazu den Artikel 'Was ist Krieg' in diesem Heft

<sup>6</sup>Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus; LW, Bd. 23, S. 189-309

<sup>7</sup>Conrad Schuhler, Der Umbruch der Weltordnung und die Gefahr eines großen Krieges in ISW Report Nr. 102, September 2015, S. 29 bis 32; Hervorhebungen im Zitat von uns.

---

kürzeren Zeitfenstern reden. So spricht Joachim Krause, Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik der Universität Kiel davon, dass selbst ein Krieg zwischen Russland und dem Westen in wenigen Jahren eine reale Möglichkeit sei.<sup>8</sup>

Noch deutlicher wird Frederic Hof, hochrangiger Berater im US-Außenministerium, nach dem russischen Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg. *„Wenn Russland eine bewaffnete Konfrontation mit den USA in Syrien sucht, wäre es ein Fehler zurück zu weichen. Typen wie Putin werden vorgehen bis sie auf Stahl stoßen. Und er wird nicht in Syrien stoppen.“*<sup>9</sup>

Da wird aus berufenem Mund von der Gegenwart gesprochen, auch wenn ein begrenzter bewaffneter Zusammenstoß zwischen den USA und Russland in Syrien nicht automatisch zum „3. Weltkrieg“ führen muss, den alle Imperialisten derzeit noch versuchen hinauszuzögern. Diese Einschränkung ist ganz zentral, wenn man nicht aus einem subjektiv empfundenen Trend heraus (die Einschlüge rücken näher, die Kriege nehmen zu usw.) durch einfache Fortschreibung der Entwicklung zu falschen Schlüssen gelangen will. Der Krieg ist im Imperialismus unvermeidlich. Er bleibt aber als Großer Krieg zwischen imperialistischen Großmächten immer das letzte Mittel. Erst dann und nur dann, wenn alle anderen Mittel einschließlich zahlreicher und u.U. permanenter Stellvertreterkriege nicht mehr zur Durchsetzung der Interessen ausreichen, kommt es zum Weltkrieg. Dies zeigt z.B. die Erfahrung mit der Blockkonfrontation der Supermächte USA und Sowjetunion in den 1980er Jahren. Entgegen den apokalyptischen Weltuntergangsszenarien der westdeutschen Friedensbewegung haben dort andere Mittel die Entscheidung im imperialistischen Konkurrenzkampf herbeigeführt. Durch einen Rüstungswettkampf (Reagans Krieg der Sterne) hat die NATO die ökonomischen Ressourcen des Warschauer Pakts soweit überfordert, dass es dann 1989 zur Implosion des revisionistischen Ostblocks gekommen ist. Gibt es solche Mittel jenseits des 3. Weltkriegs zur vorläufigen Lösung ihrer Widersprüche, verzichten auch die Imperialisten gerne auf den Atomkrieg. Heute sind die USA unangefochten militärisch führend in der Welt und sie tun alles, um diesen Vorsprung zu

halten. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusagen, dass die USA sich einiges einfallen lassen werden, um zu verhindern, dass Chinas Aufholjagd noch 20 bis 30 Jahre in diesem Tempo andauert, bis der Abstand auf Null geschrumpft sein wird. Erst wenn alle Mittel ausgeschöpft sind, werden die USA als letzte Wahl zu einem militärischen Großkrieg gegen China schreiten. Umgekehrt wird China aufgrund seiner militärischen Unterlegenheit noch sehr lange versuchen müssen, einer direkten kriegerischen Konfrontation mit dem US-Imperialismus aus dem Weg zu gehen. Aktuell bereitet sich keine imperialistische Macht konkret auf einen Weltkrieg vor. Er steht daher noch nicht vor der Haustür. Wir können uns damit, dass uns noch einige Jahre, vielleicht auch Jahrzehnte Zeit bleiben, aber nicht selbst beruhigen. Denn gleichzeitig stimmt es ja, dass die zunehmende Zuspitzung der Widersprüche immer öfter militärisch ausgetragen wird und so immer mehr Menschen einem permanenten Kriegszustand unterworfen werden.

## Permanenter Kriegszustand

Ist die im kollektiven Bewusstsein in Deutschland tief verwurzelte Vorstellung eines Weltkrieges mit einem Anfang und Ende, klaren Fronten und der Trennung zwischen kämpfender Truppe und Zivilbevölkerung schlichtweg überholt? Womöglich trifft die Lage in Gaza-Stadt im Herbst 2015, wo man zwischen Vor- bzw. Nachkriegszeit und Krieg kaum noch sinnvoll unterscheiden kann, viel genauer das zukünftige Kriegsgeschehen. In einer ersten Annäherung an diese Fragen, müssen wir uns zunächst mit einer Erscheinung beschäftigen, die in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Die „gescheiterten Staaten“ (failed states) und mit ihnen die Herrschaft der 'war lords' breitet sich von Mali und Libyen über das Horn von Afrika (Somalia und Jemen auf der gegenüberliegenden Seite der Meerenge), die derzeit im Zentrum der Aufmerksamkeit stehenden Gebiete des IS-Kalifats (Syrien, Irak) bis hin nach Afghanistan immer weiter aus. Aber auch im rohstoffreichen Osten des Kongos besteht eine Herrschafts- und Verwaltungsstruktur im Sinne eines bürgerlichen Nationalstaats höchstens noch formell auf dem Pa-

<sup>8</sup>Zitiert nach 'Pax Optima Rerum', German Foreign Policy 15.06.2015

<sup>9</sup>Frederic Hof, I Got Syria So Wrong, [www.politico.eu/article/i-got-syria-so-wrong/](http://www.politico.eu/article/i-got-syria-so-wrong/)

pier. Im Gegensatz zu der chauvinistischen Propaganda des Imperialismus in seinen Zentren sind „gescheiterte Staaten“ aber in der Realität keineswegs Regionen der anti-zivilisatorischen Barbarei, in denen nichts mehr funktioniert. Die Ausplünderung der Rohstoffe läuft regelmäßig sehr gut, wie die Geschichte der Blutdiamanten Westafrikas, das Coltan aus dem Osten Kongos und IS-Öl in türkischen Umschlagzentren beweisen. Auch zwischenimperialistische Konflikte lassen sich mit bewaffneten Banden von war lords egal welcher ideologischen und/oder kriminellen Couleur naturgemäß problemlos austragen. Insbesondere „spart“ der Imperialismus so vorläufig das Blut der eigenen ArbeiterInnenklasse. Er kann so die gesellschaftliche Stabilität in den Zentren seiner Macht länger aufrecht erhalten, als wenn z.B. massenhaft deutsche Soldaten krepieren würden. 'Gescheiterte Staaten' sind eine Herrschaftsform des Imperialismus im permanenten Kriegszustand, wie er inzwischen auf weiten Teilen dieses Planeten Normalzustand ist. Genauso wie beim „wahllosen“ Terror sogenannter islamistischer Milizen wie z.B. Boko Haram gegen die Massen (Anschläge auf Märkte mit dutzenden bis hunderten Toten als Markenzeichen), steckt dahinter eine imperialistische Herrschaftsstrategie. Mit Gewalt wird die Zustimmung der unterdrückten Massen zum bestehenden System erzwungen, wo sie mit den üblichen Mitteln eines bürgerlichen Nationalstaats, d.h. Integration der Massen, Repression gegenüber der Opposition und Liquidierung der Aufständischen, nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Die Botschaft ist dieselbe wie die des türkischen Präsidenten Erdogan, der Wahlkampf mit F-16 Kampffjets und Terroranschlägen auf Friedensdemos gemacht hat: Entweder ihr akzeptiert meine Herrschaft oder das „Chaos“, sprich: Massenterror auf allen Ebenen wird euch treffen, auch wenn ihr politisch nicht aktiv seid. Die Anschläge von Paris im Januar und November 2015, verübt durch islamistisch-faschistische Terrorzellen – waren ein Anzeichen dafür, dass das imperialistische System nun dazu übergehen könnte, den permanenten Krieg auch direkt in seine Zentren zu tragen. Dafür spricht die jeweils sofort erfolgende Kriegspropaganda in allen Medien mit der Einschwörung auf „andere Zeiten“.

Es ist wichtig, zu verstehen, dass eine solche Propaganda, die Kontrolle der Stimmungen in der Bevölkerung, z.B. zum Zwecke der präventiven Aufstandsbekämpfung, heute ein wichtiger Bestandteil einer als komplex verstandenen Kriegsführung der Imperialisten ist<sup>10</sup>.



*Yeziden auf der Flucht*

### **„Wenn du keine bewaffnete Macht bist, wirst du massakriert“ - Shengal und die Folgen**

Die Yeziden sind eine kleine, friedliebende religiöse Minderheit gewesen, die am Rande des Shengal-Gebirgszuges an der Grenze der kurdischen und arabischen Siedlungsgebiete im Nord-Irak bzw. Süd-Kurdistan gelebt haben. Auf dem großen Schachbrett der imperialistischen Geostrategen im Greater Middle East sind sie im August 2014 zum buchstäblichen Bauernopfer geworden. Als der IS nach dem Zusammenbruch der irakischen Armee und der Eroberung des sunnitischen Kernlandes statt nach Bagdad weiter zu stürmen, sich nach Nordosten in Richtung der kurdischen Gebiete wandte, zogen sich Barzanis Peshmergas aus politischen Gründen kampfflos zurück. Bis zu 100.000 yezidische ZivilistInnen saßen auf der Flucht vor den faschistischen Horden des IS im wasserlosen Shengal-Gebirgszug in der Falle. Gerettet wurden sie von der kurdischen Guerilla der PKK, die einen Korridor nach Norden freigezogen und so ein großes Massaker an zehntausenden ZivilistInnen verhindert hat.

Eine kleine Episode, die es nicht mal in die Nachrichten in den imperialistischen Zentren gebracht hat. Trotzdem hat sie nochmal eindringlich

<sup>10</sup>Vgl. dazu unseren Artikel über hybride Kriegsführung: „Sun Tsu besucht Garmisch“, in: Kommunismus 3

klar gemacht, welche strategischen Folgen die Zuspitzung der imperialistischen Widersprüche zum permanenten Kriegszustand besitzt. Wie uns eine kurdische Genossin erklärt hat: „*Wisst ihr, der Imperialismus hat in unserer Region die Frage ganz einfach so gestellt: Entweder du bist eine militärische Macht oder du wirst massakriert.*“ Die Initiative zur Bildung des Internationalen Freiheitsbataillons ist auch eine praktische Schlussfolgerung, die die GenossInnen aus dieser Erfahrung gezogen haben.

## Antimilitarismus heute - wie kämpfen gegen imperialistische Kriege?

### Kampf gegen konkrete Kriege

Es ist möglich, mittels eines politischen Kampfes, der sich auf breite Massen stützt und diese in Bewegung setzt, konkrete Kriege zu verhindern oder sie zu beenden, wenn sie bereits geführt werden. Auf die aktuelle Situation in Deutschland bezogen ist es daher absolut richtig und notwendig, eine breite antimilitaristische Arbeit zu entfalten. Eine solche Arbeit darf sich nicht an politischen Konjunkturen ausrichten, sondern ist aus kommunistischer Sicht immer eine Aufgabe. Gerade auch heute, wo die Friedensbewegung kaum noch wahrnehmbar ist und die Militarisierung der Gesellschaft voranschreitet. Antimilitaristische Propaganda, wie sie in Kampagnen gegen die Bundeswehr an den Schulen, bei Protesten gegen öffentliche Gelöbnisse oder bei der 'war starts here'-Kampagne gemacht wird, bleibt notwendig. Selbstverständlich darf es nicht nur bei Propaganda stehen bleiben, wenn z.B. die Bundeswehr weltweit in Kampfeinsätzen an der imperialistischen Unterdrückung mitwirkt. Konkrete Abrüstungsinitiativen sind legitim, auch wenn bundesdeutsche Gerichte Plakate mit brennenden Panzern anders beurteilen. Auch z.B. die Hilfe bei dem eigenmächtigen Verlassen der Kasernen und

das Verstecken von Deserteuren ist seit der Unterstützung untergetauchter GI's im Zuge der Anti-Vietnam-Proteste der 1970er Jahre eine gute antimilitaristische Tradition, die es gilt, wieder aufleben zu lassen. Die Einwirkung auf und die Arbeit in der Armee sollte ebenfalls ihren Platz finden. Auch nach der Abschaffung der Wehrpflicht bleibt die Bundeswehr, wie alle imperialistischen Streitkräfte, eine Massenarmee, die sich gerade bei den einfachen SoldatInnen überwiegend aus der ArbeiterInnenklasse rekrutiert. Jener Zeitsoldat, der letzten Sommer in Sachsen-Anhalt desertierte, um sich den KurdInnen im bewaffneten Kampf gegen den IS anzuschließen, beweist, dass auch Bundeswehr-Angehörige dafür gewonnen werden können, auf der richtigen Seite zu kämpfen.<sup>11</sup>



*Antimilitaristischer Akzent*

### Krieg dem Krieg – aber wie?

All diese antimilitaristische Arbeit ist richtig und notwendig und muss verstärkt werden. Damit wird aber noch nicht die Frage beantwortet, wie man imperialistische Kriege überwindet? Als KommunistInnen sehen wir, dass die Imperialisten nicht zum Spaß oder aus Grausamkeit heraus Kriege führen. Die inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zwingen die Herrschenden, wenn alle andere Mittel ausgeschöpft sind, zur militärischen Neuaufteilung der Welt. Gegen objektive Gesetze kämpft man aber nicht mit Appellen an die Vernunft der herrschenden Klasse, sondern indem man sich gestützt auf die

<sup>11</sup>Siehe dazu Presseartikel nach dem Verschwinden [www.mz-web.de/politik/abgesetzt-nach-syrien-bundeswehrsoldat-aus-sachsen-anhalt-will-gegen-is-kaempfen,20642162,30989058.html](http://www.mz-web.de/politik/abgesetzt-nach-syrien-bundeswehrsoldat-aus-sachsen-anhalt-will-gegen-is-kaempfen,20642162,30989058.html) und zum letzten Stand der ergebnislosen Fahndung <http://www.mz-web.de/mitteldeutschland/30-jaehriger-aus-sachsen-anhalt-weiter-keine-spur-von-untergetauchtem-bundeswehr-soldaten,20641266,32076592.html>

---

Kenntnis dieser Gesetze an die Aufgabe macht, die Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische Revolution zu beenden, am besten noch bevor in einem 3. Weltkrieg Hunderte Millionen Menschen sterben müssen. Krieg dem imperialistischen Krieg ist daher die einzig vernünftige Haltung, die man angesichts der Unmenschlichkeit der herrschenden Verhältnisse einnehmen kann. Um diese Parole zur Wirklichkeit werden zu lassen, ist aber vor allem eine langfristige Vorbereitungsarbeit notwendig. Weder fällt militärisches Know-How, das zur Überwindung konterrevolutionärer Einheiten wie der KSK benötigt wird, vom Himmel, noch werden die Massen einfach mal so einen erfolgreichen Aufstand machen. Die Erfahrung hat hinlänglich bewiesen, dass es zwar zu spontanen Massenaufständen kommen kann. Aber diese werden entweder wie in einer Reihe von Fällen in den letzten zwei Jahrzehnten (Argentinien, Ecuador, Tunesien) von bürgerlichen Kräften übernommen oder in Blutbädern ertränkt (Indonesien 1956, Chile 1973), wenn keine revolutionäre Kommunistische Partei die Führung übernimmt. Die Schaffung einer solchen Partei und ihre feste Verankerung in den Massen bleibt also die wichtigste Aufgabe im antimilitaristischen Kampf.

### **Fliehen oder kämpfen**

Die Erfahrungen der letzten Jahre deuten auf eine verbreitete Stimmung in den Massen hin, die die Revolutionäre vor große Herausforderungen stellt. Auf den ersten Blick scheint es positiv zu sein, wenn die Massen sich imperialistischen Raubkriegen verweigern und z.B. in Syrien mit Massendespersionen und Flucht reagieren. Aber das Problem geht tiefer. Ja es stimmt, Hunderte haben im Oktober 2014 die Grenze nach Kobane von türkischer Seite aus überschritten, um sich dem Kampf anzuschließen. Aber zuvor sind Zehntausende - allen Aufrufen zur Verteidigung zum Trotz - aus der bedrohten Stadt geflohen. Imperialistische Kriege stoppt man nicht mit Flucht, angstvolle Anpassung an grausame Herrschaftsverhältnisse schützt niemand vor Massakern und individuelle Auswege sind keine gesellschaftlichen Lösungen. Nur wenn es gelingt, den Gedanken in die Massen zu tragen, dass die Verhältnisse uns alle zum Kampf zwin-

gen, können Militarismus und ungerechte Kriege überwunden und Menschenleben gerettet werden.

### **Antimilitarismus statt Pazifismus**

Was wäre mit den YezidInnen passiert, wenn es nicht „zufällig“ die PKK in der Region gegeben hätte? Sie wären massakriert worden, so wie es in hundert ähnlich gelagerten Fällen geschehen ist und weiterhin geschehen wird. Wer sich der notwendigen Selbstverteidigung verweigert, sei es als überzeugte PazifistIn oder aus einer bürgerlichen Bequemlichkeit heraus, sich raushalten zu wollen, der macht sich mitschuldig. Das klingt jetzt hart, aber gerade in Deutschland mit einer verbreiteten pazifistischen Grundstimmung ist es notwendig, hier vollständige ideologische Klarheit zu schaffen. Pazifismus ist eine falsche bürgerliche Haltung, die nicht einfach nur als politisch naiv zu kritisieren wäre. Wir bestreiten ganz entschieden, dass PazifistInnen sich auf eine überlegene Moral berufen können. Es geht nicht darum, dass sie wie z.B. die Zeugen Jehovas in den KZ's des Hitler-Regimes für ihre Überzeugung sterben, sondern darum, dass ihre Verweigerung der notwendigen Selbstverteidigung viele Andere zum Tod verurteilt. Die höhere Ethik und Moral können also objektiv - wenn wir die realen imperialistischen Kriege und Herrschaftsverhältnisse berücksichtigen - nicht PazifistInnen beanspruchen, sondern z.B. solche GenossInnen wie Ivana Hoffmann und Kevin Jochim, die ihr Leben im bewaffneten antifaschistischen Kampf für die Menschlichkeit gelassen haben. Der ideologische Kampf mit Menschen, die durch den Pazifismus beeinflusst sind, bedeutet aber keineswegs, dass man z.B. in der Anti-Kriegs-Bewegung nicht auch Bündnisse mit PazifistInnen eingehen kann. Dies ist aus kommunistischer Sicht solange möglich, wie dabei die volle Freiheit der Kritik und Agitation als Teil der Bündnisabsprachen gewährleistet bleibt. Wie man sich konkret auch über die „Gräben“ unterschiedlicher Weltanschauungen und verschiedener politischer Linien hinweg in Aktionseinheiten verständigen kann, haben wir durch Verallgemeinerung der positiven Erfahrungen der Protestbewegungen in unserem Konzept für den Kampf auf der Straße 'Ob friedlich oder militant

---

– gemeinsam und koordiniert organisieren wir den Widerstand!’<sup>12</sup> zur Diskussion gestellt.

## Die Realität des Krieges und die Idealisierung der Guerilla

In der politischen Widerstandsbewegung im imperialistischen Zentrum hat sich in den letzten Jahrzehnten in einer Phase des Friedens ein Mythos vom bewaffneten Kampf entwickelt, der mit der Realität des Krieges zusammenstoßen muss. Auch ein gerechter Befreiungskrieg bleibt Krieg! Der Krieg ist aber, wie Clausewitz herausgearbeitet hat, eine ernste Angelegenheit und alles andere als ein romantischer Kampf der Guten gegen die Bösen, bei denen am Ende die Guten kraft ihrer Ideale und moralischen Überlegenheit und nicht etwa mittels brutaler Gewalt siegen. Die Idealisierung der Guerilla führt zu einigen Problemen, wenn die konkrete Lage vor Ort sich dann anders darstellt als die eigenen Erwartungen gewesen sind. So berichtet z.B. der Rückkehrer Alexander<sup>13</sup>, der sich zunächst der YPG und dann dem IFB angeschlossen hatte, von Plünderungen arabischer Häuser durch kurdische KämpferInnen. Er betont, dass dies nicht der Politik der YPG/YPJ und PYD entspricht, aber bei seiner Einheit vorgekommen sei. Diese Erfahrung und weitere Kriegserlebnisse wie z.B. ein Gefecht des IFB mit „*absurd hohen Verlusten*“ haben ihn schließlich veranlasst, nach Deutschland zurück zu gehen, da er unter diesen Bedingungen nicht bereit gewesen sei zu sterben.

Angesichts solcher desillusionierender Erfahrungsberichte, stellen wir uns selbst und unseren LeserInnen die Frage, ob wir bereit sind, uns

der Realität revolutionärer Politik zu stellen? Wie steht es um unser ideologisches Bewusstsein und unsere revolutionäre Standhaftigkeit, wenn die politische Lage komplex wird und wir uns die Hände schmutzig machen müssen?<sup>14</sup> Wir lieben unsere HeldInnen wie z.B. Ivana und ihren heroischen Kampf. Aber sind wir auch bereit, politisch den unheroischen Terror<sup>15</sup> zu verteidigen, der eine notwendige Erscheinung eines antagonistischen Klassenkriegs ist?

Neben der falschen Idealisierung revolutionärer Gewalt als ausschließlich edlen und heroischen Kampf der Guerilla gibt es quasi als Anti-These dazu eine ebenso falsche Vorstellung eines proletarisch-patriarchalen Gewaltkults, mit dem wir uns jetzt auseinandersetzen müssen.

## Gewaltaffine Macker sind Teil des Problems und nicht der Lösung

Im aktionsorientierten Teil der politischen Widerstandsbewegung kommt es zu Erscheinungen eines männlich-patriarchalen Gewaltkults, die ebenfalls eine ideologische Abweichung darstellen. Gewalt ist für KommunistInnen kein Selbstzweck, sondern immer politischen Zielen untergeordnet. Faschistische Kader können in Fußballstadien gehen und Hooligans als Schlägertruppe im Rahmen einer SA-Strategie rekrutieren, weil es zwischen einem „unpolitischen“ Gewaltkult und der faschistischen Ideologie eine grundlegende Übereinstimmung gibt. Für KommunistInnen geht das logischerweise nicht und es verbietet sich auch unserer Meinung nach für alle fortschrittlichen Gruppen. Wo es hinführt, wenn man diese Wahrheit nicht beachtet, zeigt zuletzt der Fall des Vergewaltigers

---

<sup>12</sup>Siehe Kommunismus Nr. 3

<sup>13</sup>Felix Husmann, 26. August 2015, Vice, Interview mit Alexander, 'Ich war bereit zu sterben' – Ein deutscher Linker im Kampf gegen den Islamischen Staat

<sup>14</sup>Siehe dazu den Artikel 'Die kurdische Frage' und dort die Diskussion um die bevorstehende Offensive auf Raqqa und das faktische Agieren u.a. des IFB als „Bodentruppen“ des U.S-Imperialismus

<sup>15</sup>Lenin fordert für den Aufstand kategorisch den rücksichtslosen Terror gegen den Feind. Siehe z.B. 'Die Lehren des Moskauer Aufstands', LW Bd. 11, S. 157 bis 165, wo festgehalten wird, „*daß während des Aufstands die rücksichtslose Vernichtung ziviler und militärischer Führer der Gegenseite unsere Pflicht ist.*“ (a.a.O. S. 162) oder einige Absätze später zu lesen steht: „*Die Sozialdemokratie muß diesen Massenterror billigen und ihn zum Bestandteil ihrer Taktik machen.*“ (a.a.O., S. 163). Siehe dazu auch T. Derbent 'Kategorien Revolutionärer Militärpolitik', April 2006, Abschnitt '18. Terrorismus', wo wir solche desillusionierenden Feststellungen wie die folgende finden: „*Tatsächlich ist Terrorismus weder für die Konterrevolution noch für die Revolution jemals ausreichend. Er spielt aber trotzdem für Letztere eine unersetzliche Rolle zum Ausgleich der Kräfte. Es ist einer der unheroischsten Aspekte des Guerillakriegs (er bedeutet oft die Exekution unbewaffneter Menschen), und fehlt darum oft in den Texten zu (und wäre es auch nur teilweise) Propagandazwecken.*“

Holger Hansen, der bei ARAB organisiert gewesen war. Teile der PWB in Berlin hatten und haben große Schwierigkeiten einen korrekten Umgang zu finden, weil sie sich der notwendigen Selbstkritik entziehen.

Wer Kampfsport trainiert und Nazis boxt, ist noch lange kein Linker. Wir nehmen nicht jeden auf, der sich auf der Straße gegen Nazis stellt. Das uns entgegen gebrachte Argument, wir hätten gut reden, da wir solche Sachen nicht machen würden, ist eine opportunistische Pseudorechtfertigung des eigenen Einknickens vor reaktionären sexistischen und gewaltaffinen Haltungen. Denn selbst wenn es im Einzelfall stimmen sollte, dass wir z.B. ohne bestimmte Fußballfans bei der nächsten Begegnung mit der German Defense League alt aussehen, so liegt die richtige Lösung eben darin, unsere Fähigkeiten auf diesem Gebiet zu steigern und nicht Arschlöcher bei uns mitmachen zu lassen. Die Politik muss das Gewehr führen. Dieser Grundsatz gilt für uns immer und überall. Deshalb bestimmt unsere kommunistische Ideologie unsere Haltung zur Gewalt. Reaktionäre Männergewalt, die eine wahnhaftige Vorstellung einer männlichen Überlegenheit (Mackertum) reproduziert, kann niemals gut sein, auch dann nicht, wenn sie die Richtigen (z.B. Nazis) trifft und von – angeblichen – Linken ausgeübt wird. Aufmerksame LeserInnen werden an dieser Stelle vielleicht einwerfen, dass wir uns damit in Widersprüche verwickeln. Immerhin hat Lenin in dem von uns angeführten Text 'Die Lehren des Moskauer Aufstands' (siehe oben FN 13) so ziemlich genau das Gegenteil formuliert, nämlich Freund und Feind nach dem Merkmal der Gewaltbereitschaft zu unterscheiden. Schon zwei Monate vor dem Aufstand hatte er bezüglich der Zusammensetzung der Kampfgruppen die unmissverständliche Instruktion erteilt:

*„Verlangt keine Formalitäten, pfeift zum Himmels willen auf alle Schemas, schickt um Gottes willen alle 'Funktionen, Rechte und Privilegien' zum Teufel. Besteht nicht auf dem Beitritt zur SD-APR – das wäre für den bewaffneten Aufstand eine absurde Forderung. Weigert euch nicht mit jedem Zirkel in Verbindung zu treten, auch wenn er nur aus drei Personen besteht, unter der ein-*

*zigen Bedingung, daß er in Bezug auf die Polizei unverdächtig und bereit ist, gegen die zaristischen Truppen zu kämpfen.“<sup>16</sup>*

Was war der Fehler von ARAB? Lenin hätte demnach doch auch Nazi-Aussteiger und gewaltaffine Hools mitmachen lassen – genauso wie die YPG alle möglichen Cowboys<sup>17</sup>, Abenteurer usw. erst einmal nicht zurückweist?



*Partisanin Ivana Hoffmann*

Die Argumentation klingt scheinbar plausibel, ist aber trotzdem falsch. Mit der willkürlichen Herauslösung eines Aspekts (Einbindung von Gewaltmackern, Abenteurern und Militaristen) aus dem Gesamtzusammenhang werden nämlich die wesentlichen Unterschiede ausgeblendet. Der entscheidende Unterschied besteht in der politischen Organisation, der von ihr vertretenen Linie im Allgemeinen wie konkret in dieser Frage und ihrer Führung, die die Durchsetzung dieser Linie sicherstellt (oder im schlechten Fall z.B. selbst einer militaristischen Abweichung erliegt). Der Unterschied besteht also darin, ob eine revolutionäre Partei

<sup>16</sup>'An den Kampfausschuss des St. Petersburger Komitees', 16. Oktober 1905, LW Bd. 9, S. 342F; zitiert nach T. Derbent 'Lenin und der Krieg – Beitrag zum 100. Jahrestag der Konferenz von Zimmerwald' S. 27

<sup>17</sup>Siehe dazu das Interview mit einer Genossin des IFB in diesem Heft

auch Gewaltmacker in ihr angegliederte Kampfgruppen integriert bzw. in Massenaktionen auch solche Typen unter ihrer Leitung beteiligt sind, oder ob 'militantes Mackertum' und 'Gewaltkult' die politische Linie und die Praxis einer Gruppe bestimmen. Ersteres bedeutet eben, dass eine revolutionäre Führung Kriegsverbrechen in den Reihen ihrer Armee unterbindet und die Täter zur Rechenschaft zieht – siehe als historisches Beispiel das Vorgehen der Roten Armee gegen Vergewaltiger in ihren Reihen.



*One Solution - Revolution!*

## **Fight like a girl – die Bedeutung von Partisaninnen für die proletarische Militärkultur**

Ulrike Meinhof, Barbara Kistler, Andrea Wolf und Ivana Hoffmann stehen beispielhaft für bestimmte Etappen des internationalistischen revolutionären Kampfs der jüngeren Geschichte und Gegenwart. Als Genossinnen haben sie die Frauenbefreiung in verschiedenen revolutionäre Organisationen zu unterschiedlichen Zeiten verkörpert. Als Märtyrerinnen sind sie ins kollektive Gedächtnis der Bewegung eingegangen. 'Frauen die kämpfen, sind Frauen die leben, lasst uns das patriarchale, imperialistische System zerlegen.' Diese Losung bringt sehr gut zum Ausdruck, warum Partisaninnen ein wesentliches Element der Frauenbefreiung darstellen. Dieser Aspekt ist vielfach analysiert und hervorgehoben worden. Weniger oft wird gesehen, dass Frauen, die bewaffnet kämpfen oder Gewalt in anderen Formen anwenden, eine wichtige Rolle für die Entwicklung der proletarischen Militärkultur spielen. Die kommunistische Haltung zur Gewalt als „Geburtshelferin der neuen Gesellschaft“ ist theoretisch klar. Gewalt ist ein notwendiges Übel, nur durch den revolutionären Krieg kann der Krieg ein für allemal überwunden werden.

Praktisch ist das Patriarchat aber das älteste strukturelle Herrschafts- und Machtverhältnis der menschlichen Gesellschaft. Es stützt sich dabei im wesentlichen auf physische und psychische Gewalt. Gewaltausübung verändert jeden Menschen, aber Frauen sind im Patriarchat die Unterdrückten und wenden daher im Durchschnitt Gewalt eher zur Selbstverteidigung und als gerechte, revolutionäre Gewalt an. Auch männliche Genossen, die gefestigte Kommunisten sind, können nicht über die objektiven Schranken des Patriarchats hinausgehen. Gewaltausübung durch Männer tendiert immer auch zur männlichen Selbstdarstellung und anderen tief verwurzelten patriarchalen Erscheinungen, die im Widerspruch zur kommunistischen Weltanschauung stehen. Frauen, die revolutionäre Gewalt ausüben, werden aufgrund ihrer gesellschaftlichen Lage im allgemeinen weniger zu Militarismus und Gewaltverherrlichung tendieren als ihre männlichen Genossen. Sie können somit leichter und besser die kommunistische Haltung zur Gewalt als notwendiges Mittel des Antimilitarismus praktisch umsetzen.

Der Frage der Befreiung der Frau und des Kampfes gegen patriarchale Machtverhältnisse kommt nach unserer Überzeugung aus diesen Gründen eine entscheidende Bedeutung für die revolutionäre Umwälzung **aller** gesellschaftlichen Verhältnisse auf dem Weg zum Kommunismus zu. Sie ist kein untergeordnetes Tätigkeitsfeld neben anderen, sondern integraler Bestandteil der sozialistischen Revolution.

# Kommunistische Grundlagen: Was ist Krieg und welche Haltung nehmen die KommunistInnen zum Krieg ein?

## Was ist Krieg?

Ob in Schulbüchern, der Tagesschau oder Guido-Knopp-Dokus – Krieg wird regelmäßig als „Unglück“ oder „Katastrophe“ dargestellt. Kriege erscheinen als etwas Unergründbares, in das die Menschheit regelmäßig „hineinschlittert“. Dementsprechend oberflächlich definiert die Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) den Krieg als *„einen organisierten, mit Waffen gewaltsam ausgetragenen Konflikt zwischen Staaten bzw. zwischen sozialen Gruppen der Bevölkerung eines Staates“*.<sup>1</sup> Das Wesentliche an dieser Definition ist, dass sie zwar den Krieg darstellt, jedoch der wichtigsten Aufgabe einer Definition ausweicht, nämlich das Wesen des Krieges festzuhalten und damit den Schlüssel zur Antwort auf die Frage nach dem „Warum?“ zu finden.

Diese Kriegsdefinition von 2015 fällt hinter den historischen Verdienst des preußischen Generals und Militärtheoretikers Carl v. Clausewitz zurück, der 1832 einen wichtigen Beitrag zur Definition des Krieges geleistet hat – aufbauend auf die Erkenntnisse früherer Philosophen wie Machiavelli und in bemerkenswerter Übereinstimmung mit dem chinesischen General und Kriegsphilosophen Sun Tsu. Für Clausewitz ist Krieg „eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“<sup>2</sup>. Krieg ist also kein „Zufall“ sondern die konsequente Fortsetzung der vorherigen Politik – nur eben mit anderen – und zwar militärischen – Mitteln. Damit sind wir schon einen Schritt weiter als die BPB auf der Spu-

rensuche nach den Ursachen des Krieges: Wir müssen ihn also in der Politik suchen, die mit verschiedenen Mitteln ausgetragen wird. An diesem Punkt kommen wir auch mit der Clausewitzschen Definition nicht weiter, da er davon ausgeht, dass es eine „allgemeine“, über den Klassen stehende Politik geben könne, weshalb die Ursachen für diese oder jene Politik bei ihm im Dunkeln bleiben.

Um diese zu ergründen, müssen wir auf das Handwerkszeug der materialistischen Analyse von Karl Marx zurückgreifen. Er geht davon aus, dass in einer Klassengesellschaft Träger der Politik immer Klassen bzw. politischen Gruppierungen innerhalb dieser Klassen sind. Der wesentliche Inhalt der Politik ist also je nach Klassenlage dementsprechend darauf bedacht, entweder die eigene Klassenherrschaft aufrecht zu erhalten, oder aber die eigene Unterdrückung zu mildern oder zu überwinden. Wir können also sagen, dass der Krieg die Fortsetzung der Politik einer Klasse, die ihre Klassenziele verfolgt, mittels organisierter bewaffneter Gewalt ist.

## Warum gibt es Krieg?

In alltäglichen Diskussionen finden sich vielfältige Erklärungsansätze über die Ursachen von Krieg. Auf die am weitesten verbreitete, die Erklärung von der „Natur des Menschen“, der nun mal „aggressiv“ und „machtgierig“ sei, wollen wir kurz eingehen. Dieser „biologistische“ Erklärungsansatz geht von einem „Aggressionstrieb“ aus, der vom

<sup>1</sup>[www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17756/krieg](http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/17756/krieg)

<sup>2</sup>Clausewitz, Carl von: Vom Kriege, 1957; 8. Buch S.33f

Menschen nicht kontrollierbar sei und deshalb immer wieder zu brutalen Auseinandersetzungen führe. Nach den Erkenntnissen von Marx und Engels ist jedoch die „Natur des Menschen“ keineswegs biologisch ein für allemal festgelegt, sondern das Ergebnis der komplexen gesellschaftlichen Wechselbeziehungen, welche die Menschen im Zuge der Produktion ihrer Lebensmittel zueinander eingehen.

Aus diesen Gründen müssen wir die gesellschaftlichen Bedingungen analysieren, die zum Krieg führen. Für Marxisten entspringt jeder heutige Krieg unserer kapitalistischen Klassengesellschaft und vor allem seiner aktuellen Phase, dem Imperialismus. Um in der kapitalistischen Konkurrenz zu existieren, sind Kapitalisten gezwungen (und auch subjektiv bereit dazu), nach immer größeren Profiten zu streben. Es gilt das Prinzip: „Fressen oder gefressen werden“. Um in diesem internationalen Wettkampf zu bestehen, ordnen sich die größten Monopole die Staatsapparate unter, um sie im Kampf um die Eroberung neuer Märkte (imperialistischer Eroberungskrieg) und die Neuaufteilung der Welt (zwischenimperialistischer Krieg) zu nutzen. Ebenso führt die Jagd nach Maximalprofit dazu, dass die ArbeiterInnen aufs äußerste ausgepresst werden und es somit gesetzmäßig zu Widerstandshandlungen kommt, welche sich in Klassenkämpfen niederschlagen (Unterdrückungs- bzw. Befreiungskrieg). Die Jagd nach dem Maximalprofit ist eine ökonomische Gesetzmäßigkeit, die existiert, solange das Privateigentum an Produktionsmitteln besteht. Dieses Gesetz funktioniert unabhängig vom menschlichen Willen und kann deshalb auch nicht durch „politische Gegenmittel“ beeinflusst werden, solange nicht seine Wurzel verändert wird. Somit sind Kriege im Imperialismus unvermeidlich und es wird Kriege geben, solange es Imperialismus gibt.

## Was für Kriege gibt es?

Als Marxisten gehen wir davon aus, dass es verschiedene Formen von Kriegen gibt: ungerechte, reaktionäre Kriege und gerechte, revolutionäre Kriege.

*’Der Charakter eines Krieges (ob er ein reaktionärer oder ein revolutionärer Krieg ist) hängt nicht davon ab, wer der Angreifer ist und in wessen Land der ’Feind’ steht, sondern davon, welche Klasse den Krieg führt, welche Politik durch diesen Krieg fortgesetzt wird.’<sup>3</sup>*



*Demonstration anlässlich des 100. Jahrestages der Zimmerwalder Konferenz*

**Reaktionäre Kriege** dienen der Erhaltung bzw. Wiederherstellung der vergehenden Gesellschaftsordnung, dem Kapitalismus und dem parasitären Dasein einer kleiner Minderheit und hemmen somit den gesellschaftlichen Fortschritt. Diese Kriege sowie eine irgendwie geartete Beteiligung, Unterstützung, Duldung solcher Kriege lehnen wir auf das entschiedenste ab.

Unter reaktionären Kriegen verstehen wir:

### 1. Imperialistischer Eroberungskrieg

Auf Grundlage der Notwendigkeit, die Produktion immer mehr zu erweitern und immer mehr Waren abzusetzen und somit den Profit zu steigern, bedarf der Imperialismus neuer Rohstoffe und Absatzmärkte. Es kommt zum Kampf um die Beherrschung des Weltmarktes, die Energieproduktion, Pipelines usw. Gelingt dies nicht durch „friedliche“ Mittel der ökonomischen, kulturellen und politischen Unterwerfung anderer Völker und Länder, ist es für ein imperialistisches Land nötig, zu „militärischen“ Mitteln zu greifen – einen imperialistischen Eroberungskrieg zu führen.

<sup>3</sup>Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, LW Bd. 28, S. 287

---

## 2. Zwischenimperialistischer Krieg

Heute ist die Welt unter verschiedenen imperialistischen Mächten durch Eroberungskriege (siehe 1.) weitgehend aufgeteilt. Eine neue Eroberung kann also nur auf Kosten des anderen Imperialisten geschehen. Gelingt dies nicht durch „friedliche“ Mittel des ökonomischen Konkurrenzkampfs, bedienen sich die Imperialisten der „anderen“ militärischen Mittel im Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Dadurch, dass heute die imperialistischen Mächte der G7-Staaten mit ökonomischen Mitteln immer schlechter gegen die aufstrebenden imperialistischen Mächte wie z.B. China und das mit ihnen verbündete Russland vorgehen können, finden regelmäßig Stellvertreterkriege zwischen diesen Mächten statt (Syrien, Libyen...). Die Gefahr eines direkten zwischenimperialistischen Krieges, also eines neuen Weltkrieges, der möglicherweise sogar mit Nuklearwaffen ausgetragen wird, erhöht sich stetig.

## 3. Unterdrückungskrieg

Durch das ständige Streben nach Maximalprofit kommt es zur Verschärfung der Widersprüche zwischen Kapital und Arbeiterklasse. Wird der Klassenkampf, wenn er unentwickelt ist, vor allem versucht durch Betrug und Integration niedergehalten, werden von der Bourgeoisie bei Verschärfung des Klassenkampfes verstärkt andere, militärische Mittel eingesetzt – es kann zu einem Unterdrückungskrieg der Bourgeoisie gegen die eigene Bevölkerung kommen.

\*\*\*

Dem gegenüber stehen verschiedene Formen **revolutionärer Kriege**, die dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen, indem sie dabei behilflich sind, das imperialistische Weltsystem zu schwächen oder ihm gleich ganz den Todesstoß zu versetzen. Solche Kriege befürworten und unterstützen wir:

### 1. Revolutionäre Befreiungskriege gegen nationale Unterdrückung

In Ländern, die einer nationalen Unterdrückung durch den Imperialismus (ob militärisch oder

nur „ökonomisch“) unterliegen, entwickeln sich auf Grundlage der besonders intensiven Auspressung nationale Befreiungsbewegungen. Sie setzen sich zum Ziel, die Imperialisten aus ihrem Land hinauszuerwerfen und eine eigene Wirtschaft aufzubauen. Auch wenn es sich hierbei um ein Bündnis von verschiedenen Klassen (Arbeiterklasse, Bauernschaft, nationale Bourgeoisie) handelt, schwächen diese Kämpfe den Imperialismus und sind somit objektiv fortschrittlich. Das sind heute z.B. die Kämpfe in Kurdistan und Palästina.

### 2. Revolutionärer Klassenkrieg der ArbeiterInnen und Werktätigen gegen die Unterdrückung durch die Kapitalisten

Um die Unterdrückung durch die Kapitalisten zu beenden, müssen die ArbeiterInnen und Werktätigen den Kapitalismus als System stürzen. Die Geschichte hat hinlänglich bewiesen, dass ihnen dies nicht durch das Parlament oder auf „friedlichem“ Wege gelingen kann, sondern nur durch einen revolutionären Krieg, die Vorbereitung, Durchführung und Verteidigung der proletarischen Revolution.

### 3. Antifaschistischer Befreiungskampf

Wenn in einem Land eine faschistische Diktatur herrscht, so muss der bewaffnete Befreiungskampf ebenfalls von uns unter allen Umständen verteidigt werden. Unter diesen Umständen muss unsere Perspektive die demokratische Revolution zur Beseitigung des Faschismus sein, die – falls möglich – ununterbrochen in die sozialistische Revolution übergehen sollte.

### 4. Verteidigung eines sozialistischen Landes

Es ist klar, dass ein sich entwickelndes sozialistisches Land ein leuchtendes Beispiel und Vorbild für alle Unterdrückten in der Welt darstellt. Dieses Beispiel zu zerstören, ist deshalb das ureigenste Interesse der imperialistischen Mächte. Die Verteidigung des sozialistischen Landes, in dem die Arbeiterklasse bereits gesiegt hat, muss dann eben-

---

so zum ureigensten Interesse aller Unterdrückten werden.

\*\*\*

Solange verschiedene Arten von Kriegen existieren, ist die Definition ihres Charakters und unserer Haltung ihnen gegenüber von prinzipieller Bedeutung. Wenn wir aufhören, gerechte Kriege, die dem gesellschaftlichen Fortschritt dienen und die Geschichte vorantreiben, zu unterstützen hören wir auf, real für die tatsächliche Befreiung der ArbeiterInnenklasse zu sein.

## Wie gegen den Krieg kämpfen?

Die Entwicklung des Imperialismus Anfang des 19. Jahrhunderts führte zur Herausbildung von Monopolen, die anschließend im ersten Weltkrieg um die Neuaufteilung der Erde rangen. In der ArbeiterInnenbewegung entbrannte ein scharfer Kampf um die Haltung gegenüber dem herannahenden Völkergemetzel, an dessen Ende die Spaltung der sozialistischen Bewegung in einen revolutionären Teil und einen reformistischen, sozialchauvinistischen Teil stand. Die damals ausstrahlungskräftigste Arbeiterpartei der Welt, die SPD, war vor dem 1. Weltkrieg eine kräftige Verfechterin der Notwendigkeit, auf den imperialistischen Weltkrieg mit der sozialistischen Revolution zu antworten – in Worten. Als es dann jedoch daran ging, auch in Taten gegen den Krieg vorzugehen, verriet die SPD die Arbeiterklasse und stimmte den notwendigen Kriegskrediten im Parlament zu. Der weltbekannte SPD-Führer Karl Kautsky sprach damals vom „*fatalen Dilemma zwischen der Notwendigkeit, den eigenen Herd zu verteidigen und der internationalen Solidarität*“<sup>4</sup> und rief die Arbeiter zur „Vaterlandsverteidigung“ auf.

Innerhalb nahezu aller sozialdemokratischen Parteien bildeten sich revolutionäre, internationalistische Gruppen heraus, die sich gegen den Verrat stellten. An deren Spitze standen die russischen Bolschewiki, deren Linie man mit einem Satz auf

den Punkt bringen konnte: „*Der beste Krieg gegen den Krieg: Revolution*“<sup>5</sup>

Sie gingen davon aus, dass der Krieg ein imperialistischer Raubkrieg war und dem Wesen des Imperialismus entsprang. Deshalb war es notwendig, mit dem Imperialismus Schluss zu machen, um den Krieg zu beenden. Ziel war es, das revolutionäre Potenzial des reaktionären Kriegs für einen revolutionären Krieg zu nutzen. Der imperialistische Krieg beinhaltet eine massive Anspannung aller Kräfte und führt im Fall einer Niederlage zum Heranreifen einer revolutionären Situation, da er die Herrschenden in eine Krise stürzt und im Volk den Kampfeswillen entflammt, mit dem Mördersystem ein für alle mal Schluss zu machen.

Auf ihrer Auslandskonferenz 1915 beschlossen die russischen Kommunisten dementsprechend folgendes Aktionsprogramm:

„*Als erster Schritt in Richtung auf die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg sind zu bezeichnen:*

1. *unbedingte Ablehnung der Kriegskredite und Austritt aus den bürgerlichen Kabinetten;*
2. *völliger Bruch mit der Politik des 'nationalen Friedens';*
3. *Bildung illegaler Organisationen überall dort, wo Regierung und Bourgeoisie unter Verhängung des Belagerungszustandes die verfassungsmäßigen Freiheiten aufheben;*
4. *Unterstützung der Verbrüderung der Soldaten der kriegsführenden Nationen in den Schützengräben und auf den Kriegsschauplätzen überhaupt;*
5. *Unterstützung aller revolutionärer Massenaktionen des Proletariats überhaupt.*“<sup>6</sup>

Der Kampf für die Niederlage der eigenen Regierung, das Einstehen für die Geschwisterlichkeit der ArbeiterInnen der kriegsführenden Länder, der Bruch mit der Politik des 'Burgfriedens', Sabotage und Streik-Aktionen geführt durch eine illegal arbeitende Kampforganisation und letztendlich die Vorbereitung des bewaffneten Aufstands - das sind die wesentlichen Eckpunkte der kommunistischen Strategie und Taktik, die damals erkämpft wurden und noch heute gültig sind.

---

<sup>4</sup>Karl Kautsky, Der Krieg, [www.marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1914/08/krieg.pdf](http://www.marxists.org/deutsch/archiv/kautsky/1914/08/krieg.pdf)

<sup>5</sup>LW Ergänzungsbd. I, S. 340

<sup>6</sup>Lenin, Die Konferenz der Auslandssektion der SDAPR, LW 21, S.150

# Situation und Perspektive der kurdischen Befreiungsbewegung



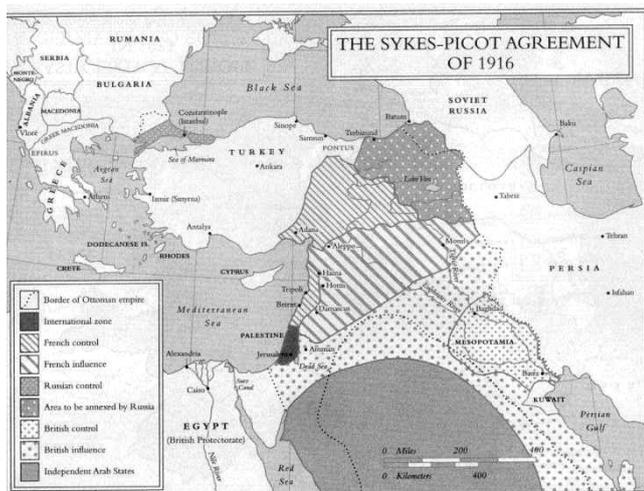
Die Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf steht nicht erst seit den letzten Jahren auf der Tagesordnung der revolutionären und kommunistischen Bewegung in Deutschland. Dennoch können wir seit Beginn der Rojava-Revolution im Jahr 2012 und besonders seit der Verteidigung Kobanes gegen den IS vor den Augen der Weltöffentlichkeit im Oktober und November 2014 ein weiteres Anwachsen der Aufmerksamkeit für dieses Thema feststellen. Die Rojava-Revolution steht nicht nur für die Hoffnung der Völker des Mittleren Ostens. Sie hat auch die Herzen hunderttausender fortschrittlicher Menschen in Deutschland erobert; und das zurecht. In Rojava wurde ein dritter Weg eingeschlagen abseits der beiden Alternativen – islamistischer Faschismus und Baath-Regime – abseits der Marionetten von NATO-Imperialisten einerseits und russischem Imperialismus andererseits. Rojava hat sich den Kampf für Demokratie, Befreiung der Frau und das Zusammenleben verschiedener Nationalitäten und Religionen auf die Fahne geschrieben. All diese fortschrittlichen Aspekte einer demokratischen Revolution entbinden die deutsche kommunistische Bewegung aber

nicht von der Aufgabe, eine Analyse der kurdischen Frage, der kurdischen Befreiungsbewegung und ihrer aktuellen Entwicklungstendenzen vorzunehmen. Unsere Möglichkeiten einer detaillierten Analyse sind begrenzt. In Deutschland können wir uns das auch unmöglich zur Hauptaufgabe machen. Wir wissen aber, dass der Syrien-Krieg und somit auch die Rojava-Revolution zu einem Kristallisationspunkt imperialistischer Widersprüche geworden sind. Auch der deutsche Imperialismus nimmt am Hauen und Stechen um die Kontrolle der Region teil. Nicht zuletzt werden die Ereignisse in Kurdistan auf die eine oder andere Weise ihr Echo in Deutschland finden. Ein bedeutender Teil der ArbeiterInnenklasse in Deutschland hat seine Wurzeln in dieser Region und bleibt bis heute mit ihr politisch und emotional verbunden.

Dieser Artikel besteht aus drei Teilen. Im 1. Abschnitt 'Die kurdische Frage' werden wir auf die ökonomische und soziale Lage in Kurdistan und die grundlegende Haltung des Marxismus-Leninismus zur nationalen Frage eingehen. Im 2. Teil 'Die Kurdische Befreiungsbewegung' werden wir die Entwicklung der PKK, insbesondere ab ih-

rem V. Kongress und die Auswirkungen des „Paradigmenwechsels“ ins Zentrum stellen. Zuletzt werden wir einige Überlegungen zur Perspektive der kurdischen Bewegung und der Rojava-Revolution anstellen.

## Die kurdische Frage



Die Aufteilung Kurdistans durch das Sykes-Picot-Abkommen

## Die KurdInnen – eine unterdrückte Nation

Das von Kurden seit Jahrtausenden besiedelte Gebiet heißt Kurdistan und liegt auf dem Gebiet vier heutiger Staaten – Irak, Iran, Türkei und Syrien. Die kurdische Frage lässt sich darin zusammenfassen, dass es eine kurdische Nation gibt, der aber nicht das Selbstbestimmungsrecht der Nationen gewährt wurde und wird. Statt einen eigenen Nationalstaat gründen zu können, wurde Kurdistan unter Führung der englischen und französischen Imperialisten nach der Niederlage des osmanischen Reiches im 1. Weltkrieg auf die genannten vier Staaten aufgeteilt (Sykes-Picot Abkommen zwischen England und Frankreich im Jahr 1916).<sup>1</sup> In der kommunistischen Bewegung wird Kurdistan deswegen als Kolonie dieser Staaten betrachtet.

<sup>1</sup> Auch zuvor hat kein kurdischer Nationalstaat existiert. Kurdistan war zwischen dem Osmanischen Reich und Persien aufgeteilt.

## Die ökonomische Lage Kurdistans

Auch ökonomisch zeichnen sich die verschiedenen Teile Kurdistan durch Merkmale einer Kolonie aus. In Westkurdistan, vor allem aber in Südkurdistan, liegen reiche Ölquellen, die für die Ökonomie dieser Region im Vordergrund stehen. Die süd-kurdische Bourgeoisie ist durch ihr Bündnis mit den USA im Irakkrieg und als Herren über die reichen Erdölfelder der Region zwar zu einem gewissen Reichtum gekommen. Dieser schlägt sich aber nicht darin nieder, dass Südkurdistan eine eigenständige Industrie aufbauen würde. Im Gegenteil: Der größte Teil des dort investierten Kapitals stammt aus der Türkei. Westkurdistan (Rojava) ist kapitalistisch unterentwickelt und deswegen sowie wegen der andauernden Kämpfe gegen den IS nicht in der Lage, sein Öl selber zu verarbeiten. Die Möglichkeiten zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte sind noch begrenzt, weil unter dem Baath-Regime Jahrzehnte lang eine einseitige Ausrichtung der Landwirtschaft als Kornkammer Syriens die Ökonomie geprägt hat. Auch Nordkurdistan ist bis zum heutigen Tag weit weniger industrialisiert als der Westen der Türkei. Die natürlichen Reichtümer Kurdistans wie Bodenschätze und Wasser werden aber von der Türkei genutzt. Dennoch ist Nordkurdistan in kapitalistischer Hinsicht der am stärksten entwickelte Teil Kurdistans. Zur Veranschaulichung haben wir einen längeren Auszug aus İ. Okçuoğlus Werk „Die Entwicklung des Kapitalismus in Nordkurdistan“ übersetzt:

*„Das Kapitalverhältnis prägt die kapitalistische Basis. Dieses Verhältnis wird durch die sozialökonomischen Beziehungen definiert; die bestimmten Produktionsverhältnisse, die dem Kapitalverhältnis entsprechen, sind die Beziehungen der sich in der Produktion befindenden Menschen. Es sind schlussendlich Beziehungen, die der klassenmäßigen Teilung der Gesellschaft entsprechen. Die Herrschaft des Kapitalverhältnisses in Nordkurdistan ist heute zu einer Tatsache geworden, die nicht zu leugnen ist. In diesem Sinne sind die Kapitalverhältnisse, das Entwicklungsniveau des Kapitalismus in Nordkurdistan kein Ausdruck anderer ökonomischer Formationen – hier halbfeudaler oder feudaler, sondern sie drücken die ökonomische*

mische Basis der Gesellschaft direkt aus; sie bestimmen ihren Charakter. In der nordkurdischen Wirtschaft ist zweifellos die dem Kapitalismus eigentümliche Warenproduktion vorherrschend. Das Entwicklungsniveau des Kapitalismus in Nordkurdistan ist sicherlich gering. Aber trotzdem bestimmt es die bürgerliche Formierung der Gesellschaft und bestimmt auch den Charakter der Ökonomie. Gerade deswegen spielt der Kapitalismus in Nordkurdistan heute keine fortschrittliche Rolle mehr. Der Kapitalismus in Nordkurdistan hat bestimmte, dem Kolonialismus entstammende Besonderheiten: Die tatsächliche Kolonialisierung Nordkurdistans geschah Ende der 1930er Jahre. In diesem Zeitraum wurde es zu einem Teil des türkischen Binnenmarkts gemacht. Man muss das Dersim-Massaker auch in dieser Hinsicht einordnen. Die türkische Bourgeoisie drang in bestimmte kurdische Gebiete, in die sie bis dahin nicht eindringen konnte, auf diese Weise ein. Sie bezog Gebiete in ihren Binnenmarkt ein, die sie bis dahin nicht darin integrieren konnte. Die Beanspruchung der Reichtümer Nordkurdistans durch die türkische Bourgeoisie zeichnet sich durch totale Ausplünderung und einseitigen Abfluss der Reichtümer in die Türkei aus. Die Ausplünderung der türkischen Bourgeoisie in Nordkurdistan trug unvermeidlich dazu bei, die kapitalistischen Beziehungen zu entwickeln und führte zur Gründung kapitalistischer Betriebe. Als Ergebnis dessen wurde der Kapitalismus in Nordkurdistan erst über die Staatsunternehmen entwickelt. Der in Nordkurdistan produzierte Mehrwert wurde vor allem durch die Staatsunternehmen geschaffen. Die Privatinvestitionen blieben sehr begrenzt und gingen kaum von kurdischem Kapital aus. Die türkische Bourgeoisie war bestrebt, den Verkehr zu entwickeln, um die Reichtümer von Nordkurdistan zu verwerten. Den Eisenbahnbau in der kemalistischen Zeit sollte man auch von diesem Standpunkt betrachten. Außerdem sollte man auch den Ausbau der Straßen und des Luftverkehrs nicht nur von einem militärischen Standpunkt aus analysieren. Der Außen- und Binnenhandel in Nordkurdistan sind nicht mehr total in den Händen des türkischen Kapitals wie früher. Heute gibt es in kurdischen Städten neben den türkischen Handelsun-

ternehmen auch kurdische und türkisch-kurdische Handelsunternehmen. Man kann auch heute nicht mehr behaupten, dass Im- und Export in den kurdischen Städten weiterhin vom türkischen Kapital kontrolliert werden würden. Die Tage der feudalen Ausbeutung in der Landwirtschaft Nordkurdistan sind gezählt. In diesem Sinne ist auch das politische und ökonomische Zusammengehen der türkischen Bourgeoisie mit den kurdischen feudalen Großgrundbesitzern zu Ende. Stattdessen gibt es heute in der Landwirtschaft Klassenbeziehungen, die - wie auch immer sie aussehen mögen - auf kapitalistischer Ausbeutung basieren. Der sich in Nordkurdistan in der Landwirtschaft entwickelnde Kapitalismus hat eine Überbevölkerung in der Landwirtschaft hervorgebracht. Außerdem hat wegen des schmutzigen Krieges eine Binnenmigration in die kurdischen und türkischen Großstädte eingesetzt. Das Ergebnis dessen ist billige Arbeitskraft in der Türkei und in den kurdischen Städten. Fazit: Der sich in Nord-Kurdistan entwickelnde Kapitalismus ist kein eigenständiger Kapitalismus in den Grenzen der Türkei, der besondere Eigenschaften aufweist; er ist ein verlängerter Arm, ein Teil des türkischen Kapitalismus; er ist ein sich unter den kolonialistischen Bedingungen entwickelnder Kapitalismus.<sup>2</sup>

Der Auszug belegt, dass der Kapitalismus in Nordkurdistan eingedrungen ist und sich dort entwickelt. Der Kapitalismus bringt alle Klassen der bürgerlichen Gesellschaft stets von neuem hervor. Daraus folgt, dass die kurdische Nation nicht nur aus einem homogenen Volk, einer Masse Unterdrückter und Ausgebeuteter oder gar nur aus ArbeiterInnen besteht. Die kurdische Nation unterteilt sich wiederum in verschiedene gesellschaftliche Klassen, wie sie für den Kapitalismus typisch sind. Es existiert eine, wenn auch schwach entwickelte, kurdische Bourgeoisie, die als Ausbeuterklasse in Kurdistan tätig ist. Nur ihrem kleinsten Teil aber gelingt der Sprung zur Großbourgeoisie. Natürlich ist aber auch das türkische Kapital sehr einflussreich im kolonialisierten Nordkurdistan und nimmt einen Großteil des dort erzeugten Mehrwerts mit sich in den Westen der Türkei. Die sozioökonomische Gliederung der Gesellschaft prägt den Charakter jeder nationalen Befreiungs-

<sup>2</sup>İ. Okçuoğlu: Kuzey Kürdistan'da Kapitalizmin Gelişmesi, S. 427-429, Sınırsız Kitap, Ankara 2014

---

bewegung, auch wenn die eine oder andere Klasse mitsamt ihrer Interessen mehr oder weniger im Vordergrund stehen kann.

## Marxismus-Leninismus und nationale Frage

Der Raum auf diesen Seiten ist begrenzt. Auf diverse Fragen, die immer wieder im Zusammenhang mit der kurdischen Befreiungsbewegung gestellt werden, können wir deshalb hier nicht eingehen oder sie nur kurz umreißen. Die Quellennachweise können aber zur Vertiefung hilfreich sein. Besonders hervorzuheben sind unserer Meinung nach einerseits die klassischen marxistisch-leninistischen Texte zum Thema der nationalen Frage; insbesondere „Marxismus und nationale Frage“ von J.W. Stalin und andererseits „Die Nationale Frage in der Türkei“ von Ibrahim Kaypakkaya.<sup>3</sup>

An der Haltung des Marxismus-Leninismus ist uns wichtig hervorzuheben, dass die nationale Bewegung sich von der kommunistischen Bewegung unterscheidet. Sie bringt nicht nur die Interessen der ArbeiterInnenklasse, sondern die Interessen einer ganzen unterdrückten Nation und somit sämtlicher Klassen dieser Nation zum Ausdruck. Prägend für die Nationalbewegungen sind dabei in der Regel die Interessen der Bourgeoisie, die einen eigenen Markt als Voraussetzung für ihre Entfaltung benötigt. Um diesen Anspruch zu unterstreichen, entwickelt die Bourgeoisie einen Nationalstolz und empört sich über die nationale Unterdrückung. Ungelöste nationale Fragen wurzeln praktisch immer darin, dass die Bourgeoisie einer unterdrückenden Nation der Bourgeoisie der unterdrückten Nation den eigenen Markt nicht gewähren will. Dementsprechend müssen wir auch mit anderen Ansprüchen an Programmatik, Kampfmethode und Organisationsformen einer nationalen Befreiungsbewegung herangehen

als an eine kommunistische Bewegung. Beispielsweise wäre es falsch, sich von der Solidarität mit der kurdischen Befreiungsbewegung abzuwenden mit dem Verweis darauf, dass die Fortschritte bei der Enteignung der alten herrschenden Klassen dort nicht zufriedenstellend seien. Wir können nicht von einer nationalen Befreiungsbewegung erwarten, dass sie unsere Aufgaben als KommunistInnen löst und den Sozialismus einführt. Warum sollten die KommunistInnen dann überhaupt eine nationale Bewegung unterstützen oder teilweise unterstützen? Der Kampf einer unterdrückten Nation ist ein gerechter Kampf. Wie sollen die KommunistInnen die politische Führung der ArbeiterInnen und Werktätigen erobern, wenn sie sich dort, wo elementare demokratische Rechte nicht gewährt werden, von dieser Frage fernhalten? Im Falle unterdrückter Nationen wie in Kurdistan, wo der staatliche Terror gegen die Bevölkerung Alltag ist und zugleich dieser Alltag von der kolonialen Herrschaft geprägt ist, wird es die kurdische ArbeiterInnenklasse zweifellos als Verrat werten, wenn die KommunistInnen dem Kampf gegen die nationale Unterdrückung fernbleiben. Sie werden dann in der nationalen Bourgeoisie die einzigen konsequenten Vertreter ihrer Interessen erkennen.<sup>4</sup>

## Die kurdische Befreiungsbewegung

*„Der Inhalt der nationalen Bewegung kann natürlich nicht überall der gleiche sein: er wird ganz und gar durch die verschiedenartigen Forderungen bestimmt, die von der Bewegung aufgestellt werden.“<sup>5</sup>*

Wenn wir jetzt einige Überlegungen zur kurdischen Befreiungsbewegung anstellen, werden wir uns vor allem mit der PKK und ihrer Entwicklung beschäftigen. Das ist möglich, weil die PKK die

---

<sup>3</sup>Der Text wurde von Kaypakkaya im Rahmen einer Diskussion in der türkischen kommunistischen Bewegung verfasst, die unter anderem in der Gründung der maoistischen TKP/ML unter Führung Kaypakkayas resultierte. Auch wenn wir nicht alle Gedanken des Textes teilen, kann er immer noch als grundlegende Richtlinie für eine kommunistische Position zur kurdischen Frage dienen. Ibrahim Kaypakkaya: Die nationale Frage in der Türkei, 1971, aus Ibrahim Kaypakkaya Programmatische Dokumente 1971-1972, Verlag Trotz Alledem

<sup>4</sup>J.W. Stalin: Marxismus und nationale Frage, SW 2, S. 282: *„Sie [die nationale Bewegung] lenkt die Aufmerksamkeit breiter Schichten von den sozialen Fragen, von den Fragen des Klassenkampfes auf nationale Fragen ab (...) Dies schafft aber einen günstigen Boden für die verlogene Predigt einer „Interessengemeinschaft“, für die Vertuschung der Klasseninteressen des Proletariats.“*

<sup>5</sup>J.W. Stalin: Marxismus und nationale Frage, SW 2, S. 281

prägende Kraft der kurdischen Befreiungsbewegung ist. Die KDP, eine südkurdische Partei, Repräsentantin der Interessen eines Teils der kurdischen Bourgeoisie, hat begrenzten Einfluss. Sie hat ihre Bedeutung für die Befreiungsbewegung verloren, weil sie sich von diesem Pfad abgewandt hat, in dem sie ein Bündnis mit dem US-Imperialismus und der Türkei eingegangen ist.



brennungen und Hungerstreiks wieder, in denen auch vier ZK-Mitglieder der PKK ihr Leben verloren. Sie hatte positive Rückwirkungen auf die kommunistische Bewegung der Türkei und Kurdistans. Die kurdische Befreiungsbewegung entwickelte sich zum bedeutsamsten und massenhaftesten Teil des Widerstands gegen den türkischen Faschismus gerade in den Zeiten, in denen durch den Militärputsch von 1980 die kommunistische Bewegung im Westen der Türkei überaus schwere Rückschläge hinnehmen musste und bleibt es bis heute. Die PKK traf nach ihrer Gründung bewusst den Entschluss, nicht in den Städten, sondern in den kurdischen Bergen eine Guerilla aufzubauen. Der Umstand, dass diese Guerilla knapp vierzig Jahre bis zum heutigen Tag ihre Existenz gegen die zweitgrößte Armee der NATO verteidigt, ist ein beispielhafter militärischer und politischer Erfolg. Schon diese Tatsachen und Verdienste rechtfertigen es voll und ganz, die Tradition der kurdischen Befreiungsbewegung als „heroisch“ zu bezeichnen.

## Die ideologische Entwicklung der PKK

Bis zu ihrem V. Kongress im Januar 1995 ist der Kern des PKK-Programms die Forderung nach einem unabhängigen kurdischen Staat – also die Lostrennung von der Türkei – gewesen. Mit dem zuvor gesagten im Hinterkopf stellt uns die Analyse dieser Forderung vor keine großen Probleme. Zu betonen ist aber, dass die kurdische Befreiungsbewegung von Beginn an einen mit anderen Befreiungsbewegungen verglichen überaus fortschrittlichen Charakter trug. Die führenden Kader dieser Partei waren in der 68er Bewegung und der danach gestärkten ML-Bewegung der Türkei politisiert worden. Diese Beeinflussung durch den Marxismus-Leninismus durchmischte sich mit kurdischem Nationalismus<sup>6</sup>, sie kommt aber zum Beispiel in der Wahl des Namens PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) zum Ausdruck. Die militante Haltung der damaligen Führungskader gegenüber dem Staat spiegelte sich unter anderem in Selbstver-

## Demokratischer Konföderalismus

Auf dem Höhepunkt des Guerillakriegs gegen den türkischen Staat in den 90er Jahren setzte eine Entwicklung ein, die heute in der kurdischen Bewegung als „Paradigmenwechsel“ bezeichnet wird. Die Streichung der Forderung nach einem unabhängigen kurdischen Staat, der Beginn des Friedensprozesses und die von A. Öcalan ausgearbeitete Ideologie des „Demokratischen Konföderalismus“ gehören zu dieser Entwicklung.<sup>7</sup> Der Paradigmenwechsel der kurdischen Befreiungsbewegung wird in Öcalans Werk *'Jenseits von Staat, Macht und Gewalt'* dargestellt. Öcalan revidiert hierin in vielen Punkten die von ihm und der PKK früher vertretenen, vom Marxismus-Leninismus beeinflussten Auffassungen: „Während der Zeit auf Imrali hatte ich Gelegenheit, alle diese Fragen mit einigem gewissen Abstand neu zu durchdenken. Ich habe den Marxismus von Neuem analysiert, genauso wie andere Utopien von Freiheit und Gleichheit

<sup>6</sup>Abdullah Öcalan: *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt*, S. 416 f.

<sup>7</sup>Öcalans Arbeiten stellen wir hier ins Zentrum, was insofern berechtigt ist, als dass er auch in Gefangenschaft der unumstrittene ideologische Führer der PKK ist. Trotzdem darf nicht verschwiegen werden, dass die Ideologie und Positionen der kurdischen Bewegung heute nicht nur das Ergebnis der Arbeiten einer Einzelperson sind, sondern in Akademien in ganz Kurdistan, besonders aber in den Guerilla-Gebieten, zahlreiche Militante der PKK an diesen Arbeiten teilnehmen. Die *Jinologie* (dt. Frauenwissenschaft) ist ein Beispiel dafür.

---

und die Begriffe Staat, Demokratie, Macht und Krieg.“<sup>8</sup>

### **Staat und demokratische Selbstverwaltung in der kurdischen Bewegung**

Wie der Titel von Öcalans Buch verrät, stellt er seine Kritik an Staat, Macht und Gewalt ins Zentrum. Der Ausgangspunkt des Marxismus in der Staatsfrage ist die Analyse der Klassenverhältnisse in einer Gesellschaft. Er sieht die Umwälzung dieser Verhältnisse als Voraussetzung, auch alle anderen Formen von Unterdrückung in der Gesellschaft zu beseitigen. Den Staat verstehen die Marxisten-Leninisten als Instrument der Klassenherrschaft. Dieses Instrument kann in den Händen der ArbeiterInnenklasse der Verteidigung des Sozialismus und dem Fortschreiten zum Kommunismus dienen und in diesem Prozess wird der Staat absterben. Ein kapitalistischer Staat jedoch dient hauptsächlich zur Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse und zur Verhinderung der Revolution. Der Marxismus-Leninismus sagt also: Es kommt auf den Klassencharakter des Staates an.

Öcalan schreibt dagegen: *„Dabei sind Staat, Macht, Krieg und Armee Produkte der Zivilisation der Klassengesellschaft und sind in absoluter Hinsicht die unverzichtbaren Instrumente für das Leben der herrschenden, ausbeutenden Kreise. Diese Instrumente in die Hände des Proletariats zu legen, bedeutet von Anfang an die Entscheidung zu fällen, sich ihnen anzugleichen.“*<sup>9</sup> Die Argumentation Öcalans, den Staat unabhängig von seinem Klassencharakter als letzten Grund für die Ausbeutung und Unterdrückung anzusehen, gleicht der Argumentation anarchistischer „Klassiker“.<sup>10</sup>

Interessanter ist aber noch die Frage, ob das kurdische Volk wirklich auf *„Staat, Macht, Krieg und Armee“* verzichten kann.

Öcalans Schlussfolgerung aus seiner radikalen Staatskritik ist paradoxerweise, dass er dem türkischen Staat – der Verkörperung von „Macht und Gewalt“ schlechthin – Kompromisse und Verständigung anbietet.

Öcalan betont den Gegensatz zwischen Gesellschaft und Demokratie einerseits und dem Staat andererseits.<sup>11</sup> Das alte Programm der PKK bestand darin, den türkischen Staat auf einem Teil seines Territoriums zu entmachten und einen neuen kurdischen Staat an seine Stelle zu setzen. Das neue Programm kann man in diesem Punkt so zusammenfassen, dass der Staat so weit demokratisiert werden soll, dass innerhalb des Staates „die Demokratie“, d.h. konkret die Selbstverwaltung der kurdischen Nation errichtet werden kann.<sup>12</sup>

Wir können diesen Teil des Paradigmenwechsels als unverzichtbare Voraussetzung für den in den vergangenen Jahren laufenden Friedensprozess zwischen PKK-Führung und türkischem Staat betrachten. Dies bleibt zutreffend, auch wenn dieser Prozess momentan von der AKP-Regierung „auf Eis“ gelegt wurde. Die Kritik an der angeblichen Überbewertung der Staatsfrage wird zum Ausgangspunkt dafür, das Streben nach staatlicher Unabhängigkeit der kurdischen Nation aufzugeben.<sup>13</sup>

Natürlich ist es nicht unsere Aufgabe, der kurdischen Nation den Weg ihrer Befreiung vorzuschreiben. Neben der Abtrennung der unterdrückten Nation von der unterdrückenden Nation ist es theoretisch durchaus denkbar, eine nationale Frage im Rahmen *eines* Staates zu lösen, wie es die PKK nun fordert.

Überdies ist jede Demokratisierung der faschistischen Türkei zu begrüßen und erleichtert den KommunistInnen die Aufgabe, sich mit den ArbeiterInnen zu verbinden. Folgerichtig beteiligen sich auch verschiedene kommunistische Kräfte an

---

<sup>8</sup> Abdullah Öcalan: Jenseits von Staat, Macht und Gewalt, S. 449

<sup>9</sup> Abdullah Öcalan: Jenseits von Staat, Macht und Gewalt, S. 155

<sup>10</sup> Zum Beispiel: Michail Bakunin: Sozialismus und Freiheit, 1871

<sup>11</sup> Abdullah Öcalan: Jenseits von Staat, Macht und Gewalt, S. 441

<sup>12</sup> Abdullah Öcalan: Jenseits von Staat, Macht und Gewalt, S. 461: *„Diesen wichtigsten Punkt des Programms können wir unter der Überschrift „Die Demokratische Selbstverwaltung in Kurdistan und der Staat als allgemeine öffentliche Autorität“ zusammenfassen. Ein Kurdistan mit einem derartigen Status hätte einen Zustand erreicht, welcher nahe an Demokratie, Freiheit und Gleichheit herankommt. Eine Demokratie ganz ohne Staat zu fordern, bedeutet in der gegenwärtigen historischen Phase einen Selbstbetrug und Abenteuerertum. Es besteht Bedarf nach einem schlankeren Staat, dessen Rahmen durch Kompromisse festgelegt wird.“*

<sup>13</sup> Abdullah Öcalan: Jenseits von Staat, Macht und Gewalt, S. 462

der HDP, einer Bündnispartei der türkischen fortschrittlichen und revolutionären Bewegung und der kurdischen Freiheitsbewegung.



*Krieg gegen die Kurden: Mittlerweile rollen Panzer durch Amed.*

Jedoch zeigen sowohl die letzten Jahrzehnte als auch konkret die Monate seit dem Wahlsieg der HDP am 7. Juni 2015, wie gering die Bereitschaft des türkische Regimes für eine solche Lösung ist. Bereits Ende Oktober 2014, also kurz nachdem es gelungen war, Kobanê gegen die Belagerung des IS zu verteidigen, beschloss der Nationale Sicherheitsrat der Türkei, man werde keinen „Staat im Staat“ dulden und Maßnahmen treffen, um die Stabilisierung von Selbstverwaltungsstrukturen in Nordkurdistan zu verhindern. Zuvor hatte die kurdische Befreiungsbewegung auf Grundlage der in der Türkei sehr begrenzten Rechte und Möglichkeiten von Kommunalpolitikern schon in den letzten Jahren Schritt für Schritt versucht, Teile einer kurdischen Selbstverwaltung zu verwirklichen. In Städten mit gewählten kurdischen PolitikerInnen werden kurdische Sprach- und Kulturzentren errichtet, Rätestrukturen ins Leben gerufen und Kollektive zur gegenseitigen Unterstützung zum Beispiel in der Nachbarschaft gebildet. Nach dem Wahlsieg vom 7. Juni ist die Bewegung noch stärker in die Offensive gegangen. Sie hat begonnen, die Selbstverwaltung in mehreren nordkurdischen Städten wie Cizre, Silopi, Nusaybin, Yüsekova, Hakkari, Van, Diyarbakır, Silvan, Varto auszurufen und dabei auch Polizei und Militär aus diesen Städten zu verdrängen bzw. ihren Bewegungsspielraum massiv einzuschränken. Der Staat hat auf diese Versuche mit großer Härte reagiert. Das türkische Militär verhängt den Belagerungszustand und Ausgangsperrn über die betreffenden Städte und Stadtteile. Der militante Kern des Wider-

stands in der Bevölkerung, die YDG-H Milizen wird gezielt bekämpft und getötet. Seit dem 7. Juni sind über 500 Todesopfer in den Auseinandersetzungen mit dem Staat zu beklagen. Bei seinem militärischen Vorgehen achtet der faschistische türkische Staat aber darauf, nicht willkürlich die Bevölkerung zu ermorden. Er unterbindet somit die Versuche, das staatliche Gewaltmonopol zu brechen, sehr entschlossen, bemüht sich aber zugleich, einen Wutausbruch der terrorisierten kurdischen Bevölkerung wie beim Sherhildan vom 6. bis 8. Oktober 2014 zu vermeiden. Die Ausrufung der demokratischen Selbstverwaltung in Nordkurdistan ist zu einem wichtigen Kampfmittel geworden, um die Autorität des Staates in Frage zu stellen und das Beispiel der Rojava-Revolution in den Norden zu tragen. Ihre Möglichkeiten sich zu entfalten sind aber aufgrund des staatlichen Terrors sehr begrenzt geblieben.

Viele AnarchistInnen betrachten die momentanen Errungenschaften der kurdischen Bewegung als wichtige Vorbilder, als Versuche den Anarchismus in die Tat umzusetzen. Wir stimmen zu, dass es sich um wichtige Vorbilder handelt, von denen wir so viel wie möglich lernen müssen. Aber gerade in Nordkurdistan wird eben auch deutlich, was ein bürgerlicher Staat tut, wenn Konzepte, eine freie Gesellschaft neben dem Staat aufzubauen, einen gewissen Grad an Massenhaftigkeit und Ernsthaftigkeit erreicht haben: Er bietet die staatliche Gewalt auf, um diese Versuche zu unterbinden. Diese Erfahrung müssen wir auswerten und daraus Schlüsse ziehen. Es ist und bleibt unmöglich die Befreiung zu erreichen, ohne mit dem Staat als Ganzes fertig zu werden.

Obwohl wir nicht der Meinung sind, dass der Paradigmenwechsel der kurdischen Freiheitsbewegung die Befreiung von der Unterdrückung durch den türkischen Staat erleichtert hat, möchten wir zwei Dinge betonen: Erstens ändert das nichts am grundlegenden Charakter der kurdischen nationalen Frage - wie oben dargestellt - und auch nichts daran, dass die kurdische Befreiungsbewegung eine fortschrittliche und unterstützenswerte Kraft bleibt. Zweitens möchten wir betonen, dass trotz einer ideologischen Abkehr vom Ziel der Machtergreifung die PKK und auch Öcalan selbst direkt und indirekt hundertfach mehr zur Vorbereitung des revolutionären Bürgerkriegs in der

---

Türkei und Kurdistan beigetragen haben, als wir es in Deutschland heute realistischerweise für uns hoffen können.

In Syrien, wo die imperialistischen Widersprüche aus der ganzen Welt gerade aufeinander prallen, wurde die kurdische Bewegung unter anderen Bedingungen vor die Herausforderung gestellt, den „demokratischen Konföderalismus“ in die Tat umzusetzen. Die Rojava-Revolution und der Tod tausender Revolutionäre sind ein schmerzlicher Beleg für die Tatsache, dass eine politische Kraft, die keine militärische Macht entfaltet, im Mittleren Osten heute zermalmt wird. Die Volks- und Frauenverteidungskräfte (YPG/YPJ) sind die Antwort der Rojava-Revolution auf dieses Problem.

Öcalans Ideen entsprechend betrachten die Rojava-Revolutionäre die von ihnen aufgebauten Rätestrukturen, Verwaltungsorgane und militärischen Kräfte nicht als Staat. Zumindest wenn wir die marxistisch-leninistische Definition von Staaten zu Grunde legen<sup>14</sup> können wir aber nicht feststellen, was das revolutionäre Rojava von einem Staat unterscheiden soll? Der Aufbau von „*besonderen Abteilungen bewaffneter Menschen*“ ist in Rojava eine Lebensnotwendigkeit; ebenso wie das zentralisierte Agieren aller Kantone, um das Überleben in militärischer und ökonomischer Hinsicht so gut es geht zu ermöglichen.

## Nation und Nationalismus

Öcalans Paradigmenwechsel enthält auch eine Kritik an den früheren Positionen der PKK, die er als dogmatisch und nationalistisch ansieht.<sup>15</sup>

Aus kommunistischer Sicht ist es zu begrüßen, wenn eine nationale Befreiungsbewegung gegen die Ausbreitung des Nationalismus in ihren Reihen einen Kampf führt. Das erleichtert die Verbindung mit den Kämpfen der ArbeiterInnenklasse in der unterdrückenden Nationen (in diesem Fall Türkei) und lässt die nationale Befreiungsbewegung leichter zu einem Teil einer allgemeinen demokratischen Bewegung werden. Diese Möglichkeiten haben in der HDP einen organisatorischen Ausdruck bekommen. Auch ist zu sagen, dass gerade im Mittleren Osten, den die Imperialisten über Jahrzehnte bis heute mit verschiedenen Formen des

religiösen und nationalistischen Chauvinismus zu spalten und somit zu beherrschen versucht haben, diese fortschrittliche Besonderheit der kurdischen Bewegung besonders in den Vordergrund treten kann. Die Herangehensweise, Rojava nicht als Revolution der KurdInnen, sondern aller dort lebenden Völker zu betrachten, setzt diese Gedanken in die Praxis um. In diesem Sinne können wir davon sprechen, dass die Rojava-Revolution zu einem Beispiel für die unterdrückten Völker der Welt werden kann. Wir sehen, dass unter weiten Teilen der politischen AktivistInnen Öcalans „Überwindung des Nationalismus“ zwar positive Wirkungen in dem Sinne gezeigt hat, dass der „engstirnige Horizont“ einer rein kurdischen Frage gesprengt wurde. Andererseits ist der kurdische Nationalismus unter den Massen damit nicht beseitigt und wird so auch nicht beseitigt werden. Wir müssen uns vor Augen führen, dass nationalistische Gefühle nicht auf diesen oder jenen Schriften der PKK basieren, sondern hauptsächlich auf objektiven Faktoren. Der Nationalismus vergrößert und verkleinert sich abhängig davon, ob die unterdrückte Nation mehr oder weniger unterdrückt wird. Nur wenn eine Nation nicht gegen ihren Willen unterdrückt und in einem anderen Staat festgehalten werden kann, verschwindet die Grundlage des Nationalismus. Abgesehen davon, dass der Nationalismus einer unterdrückten Nation in begrenztem Rahmen objektiv durchaus fortschrittlichen Charakter haben kann, steht also die Beseitigung des „kurdischen Nationalismus“, von der Öcalan schreibt, nicht vor, sondern nach der Lösung der kurdischen Frage an.

## Frauenfrage

Die Bedeutung der Frauenfrage in den Vordergrund zu stellen ist ein weiterer Aspekt des Paradigmenwechsels. Die Frauenfrage wird zum „*Dreh- und Angelpunkt der gesellschaftlichen Transformation*“<sup>16</sup> erklärt. Öcalan kritisiert gemeinsam mit der kurdischen Frauenbewegung, aus unserer Sicht zu Recht, dass die Bemühungen für die Befreiung der Frau in der Geschichte der kommunistischen Bewegung nicht ausreichend waren. Seine Antwort in theoretischer Hinsicht formuliert er als Aufbau

<sup>14</sup>Lenin: Staat und Revolution, LW 25, S. 400-401

<sup>15</sup>Abdullah Öcalan: Jenseits von Staat, Macht und Gewalt, S. 446

<sup>16</sup>Abdullah Öcalan: Jenseits von Staat, Macht und Gewalt, S. 466

„eigener politischer Parteien, [...] einer im Volk verankerten Frauenbewegung, den Aufbau eigener zivilgesellschaftlicher Organisationen und Strukturen der demokratischen Politik.“<sup>17</sup>



*Kämpfende kurdische Jugend*

In den vergangenen Jahrzehnten haben die kurdischen Frauen vieles geleistet, was von der kommunistischen Bewegung aufgenommen werden muss. Beispielsweise die Erfahrungen der eigenständigen Frauenorganisation auf politischer und militärischer Ebene müssen von uns ausgewertet werden. Obwohl diese Fragen für uns und die kommunistische Bewegung in Deutschland noch nicht geklärt sind, können wir feststellen, dass der Kampf der Kurdinnen zu Recht weltweit als Vorbild im Frauenbefreiungskampf gesehen wird. Dieser Aspekt findet sich auch in der Rojava-Revolution wieder. Nicht nur, dass die Frauen dort bewaffnet an der Verteidigung teilnehmen, sie haben sich auch Möglichkeiten geschaffen, darüber hinaus am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, Frauenräte gebildet und Strukturen, um patriarchale Gewalt zu unterbinden. Sie bilden eigene Frauen-Akademien, um auch in dieser Hinsicht nicht von den männlich dominierten vorhandenen Bildungsmöglichkeiten abhängig zu sein. Diese Entwicklungen sind an sich sehr fortschrittlich und mehr als zum Beispiel in Westeuropa bisher erreicht wurde. Im von konservativen Rollenbildern geprägten Mittleren Osten tritt aber noch stärker hervor, dass die Frauen die Revolution ausnutzen, um aus ihrer gesellschaftlichen Isolierung und Gebundenheit an den Haushalt auszubrechen.

## Die Perspektiven der kurdischen Bewegung und die Rojava-Revolution

Beginnend mit der Rojava-Revolution im Jahr 2012 hat die kurdische Bewegung neben Nordkurdistan eine heute mindestens ebenso bedeutende zweite Kampffront eröffnet. Die Entwicklungen an beiden Fronten müssen im Zusammenhang analysiert werden. In Nordkurdistan hat Öcalan als anerkannter Führer der kurdischen Bewegung den Vorschlag für einen Friedensprozess und den Aufruf zu einer friedlichen, politischen Lösung der kurdischen Frage auf den Tisch gelegt. Wie oben dargestellt dienen seine Erarbeitungen in „*Jenseits von Staat, Macht und Gewalt*“ als ideologisches Fundament dafür. Die Wahlerfolge der HDP für den 7. Juni 2015, aber auch der Verlust hunderttausender Wählerstimmen bei der erzwungenen Neuwahl am 1. November unter den Bedingungen des von der Türkei entfachten Kriegs gegen die kurdische Bewegung sind Belege für den Wunsch nach Frieden sowohl in der türkischen wie auch in der kurdischen Bevölkerung.

Die politische Führung der PKK teilt diesen Wunsch ganz offensichtlich. Die unnachgiebige Haltung des türkischen Staats, der nicht mehr tut, als den Friedensprozess abhängig von den momentanen Erfordernissen seiner Innen- und Außenpolitik abwechselnd stagnieren zu lassen oder als Fassade am Leben zu erhalten, ist der Grund für das Weiterbestehen der nordkurdischen Guerilla HPG. Öcalan jedenfalls hat ihre Auflösung und Eingliederung in die türkische Gesellschaft unter Aufsicht der USA, der EU und der UN in seiner „*Roadmap für die Demokratisierung der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage*“ vorgeschlagen, sobald der Friedensprozess in der Türkei auf eine rechtliche Grundlage gestellt ist.<sup>18</sup>

Natürlich ist das Vorgehen der AKP-Regierung in dem Sinne demagogisch, dass der Friedensprozess ohne ernsthafte Schritte zum Schein aufrecht erhalten bleibt. Andererseits ist die Situation im Mittleren Osten sehr komplex. Die Türkei als aufstrebendes kapitalistisches Land, das par-

<sup>17</sup> Abdullah Öcalan: Die Revolution der Frau, International Initiative Edition 2014, S. 66

<sup>18</sup> Abdullah Öcalan: Roadmap für die Demokratisierung der Türkei und die Lösung der kurdischen Frage, <http://civakazad.org/roadmap-fuer-die-demokratisierung-der-tuerkei-und-dieloesung-der-kurdischen-frage-2/>

---

allel zu seinem zunehmenden Kapitalexport mehr und mehr regionale Hegemonieansprüche entwickelt, könnte durchaus ein ernsthaftes geopolitisches Interesse an einer Verständigung mit der kurdischen Bewegung und der Beseitigung dieses „innenpolitischen Problems“ haben. Sie könnte dann sogar hoffen, über Rojava in Syrien ihren Einfluss zu vergrößern. Es ist aus unserer Sicht also durchaus anzunehmen, dass selbst der momentan gegen die Freiheitsbestrebungen in Nordkurdistan geführte Vernichtungskrieg auch dazu dient, taktisch eine erneute Verhandlungsrunde mit geschwächter Verhandlungsposition für die PKK vorzubereiten. Jenseits faschistischer Allmachtsfantasien beim Fußvolk in den 'Osamanischen Vereinen' ist der türkischen Bourgeoisie durchaus bewusst, dass es unter den heutigen Bedingungen im Mittleren Osten dauerhaft keine rein militärische Lösung der kurdischen Frage geben wird. Unsere Aufgaben liegen insofern auf der Hand: Das Vorgehen des türkischen Staat entlarven und die demokratischen Forderungen des kurdischen Volks verteidigen. Auf die Verhandlungsposition der kurdischen Bewegung haben auch die Entwicklungen in Rojava starken Einfluss. Dies ist einer der Gründe für die jahrelange kaum verdeckte Unterstützung der AKP für den IS. Rojava ist international zum Symbol des gerechten kurdischen Kampfes geworden. In Rojava bemüht sich die Bewegung, ihre Ideale in die Tat umzusetzen. Rojava spielt aus geopolitischer Sicht im syrischen Bürgerkrieg eine immer größere Rolle. Die Verbindung von Afrin und Kobane würde dem türkischen Kapital und seinem Staat - ohne Verständigung mit der kurdischen Bewegung - den Weg nach Süden abschneiden. Einige Errungenschaften der Rojava-Revolution haben wir bereits weiter oben sowie in anderen Artikeln und Erklärungen erwähnt. Zu betonen ist besonders, dass die Revolution Millionen Menschen den Anstoß bietet, sich zu politisieren und die Gestaltung ihres Lebens in die eigenen Hände zu nehmen. Wenn wir uns die Schilderungen aus der Revolution anhören, sehen wir, dass die Zahl der Revolutionäre von einem zu Beginn sehr engen Kern auf einen bedeutenden Anteil der Gesamtbevölkerung gewachsen sind. Immer wieder hören wir Berichte davon, dass es in Rojava kaum eine kurdische Familie gibt, in der nicht wenigstens ein Familienmitglied in

den YPG/YPJ mitkämpft. Die Verteidigungskräfte sind zusätzlich – auch aufgrund der schwierigen militärischen Lage – so aufgebaut, dass sie sich nicht nur auf Vollzeit-KämpferInnen stützen, sondern auch Teilzeit-Einsätze ermöglichen bis hin dazu, dass ZivilistInnen in ihren Stadtvierteln Selbstverteidigungsstrukturen bilden.

Die Revolution begann, als das in Nordsyrien entstandene Machtvakuum von der PYD ausgenutzt wurde. Heute haben sich die KurdInnen soweit militärisch und politisch stabilisiert, dass auch die verschiedenen Imperialisten gezwungen sind anzuerkennen, dass sie die „einzig verlässliche Kraft im Kampf gegen den IS“ sind, wie es die PYD schon seit längerem verkündet hat. Dies stärkt die Position der Rojava-Revolution in bestimmter Hinsicht. Sowohl Russland als auch die USA buhlen um ein taktisches Bündnis mit der YPG/YPJ, um ihren Einfluss in Syrien auszuweiten. Mit dem direkten Eintritt Russlands in den Syrienkrieg hat dieser Konkurrenzkampf noch schärfere Formen angenommen. Es sind auch diese innerimperialistischen Widersprüche, die die Bedingungen für die Verteidigung der Revolution verbessern. Würde sich die eine oder andere Seite ohne weiteres durchsetzen, wären vermutlich weder Assads Regime noch die „Rebellen“ bereit, den Prozess in Rojava zu akzeptieren. So aber kann sich die Revolution entfalten und unter den Menschen ein politisches Bewusstsein schaffen, das nicht einfach durch einen politischen Federstrich aus der Welt zu schaffen ist. In diesem Sinne spielt die Zeit für Rojava.

Andererseits geben die Imperialisten im allgemeinen nichts, ohne einen Preis zu verlangen. Sowohl der von Russland geleitete Block als auch die Allianz um die USA versuchen, die kurdischen Kräfte in ihrem Sinne in Marsch zu setzen. Die USA verfolgen hauptsächlich das Ziel den IS in Richtung Raqqa weiter zurückzudrängen. Russland dagegen will erreichen, dass die Gebiete um Aleppo von Kräften besetzt werden, die nicht von der NATO geleitet werden. Parallel zum diplomatischen Versuch einer oberflächlichen Verständigung der verschiedenen imperialistischen Großmächte und ihrer regionalen Helfer über eine Übergangsregierung, einen Waffenstillstand und die Organisation von Neuwahlen, ist tatsächlich am Boden der Krieg um die Kontrolle der entscheidenden

Gebiete Syriens noch stärker entbrannt. Den 2012 eingeschlagenen 3. Weg der Unabhängigkeit von den sich bekriegenden Machtblöcken zu verlassen, stellt eine große Gefahr für die Revolution und ihre Ziele dar. Die USA beispielsweise verfolgen ganz offenbar das Ziel, die PYD zu zwingen, die kollaborierende Haltung der KDP zu übernehmen. Die Tatsache, dass der Mittlere Osten ein Mosaik verschiedener Völker ist, führt dazu, dass auch die Herrschenden anderer Staaten der Region Schwierigkeiten im Umgang mit der Rojava-Revolution haben. Einerseits entwickelt sich Rojava mehr und mehr zu einer Kraft, „an der man nicht vorbei kann“, wenn man in Syrien Einfluss nehmen will, andererseits kann eine Unterstützung für die kurdische Nationalbewegung leicht das Echo von stärkeren Nationalbewegungen auch z.B. im Iran nach sich ziehen.



*Kämpferinnen der kurdischen Frauenguerilla  
YPJ*

In ökonomischer Hinsicht steht die Rojava-Revolution vor dem Problem, in einer anhaltenden Kriegssituation und in politischer Umzingelung zu überleben. Das *de facto* Embargo der Türkei und der nordirakischen kurdischen Autonomiegebiete verfehlt seine Wirkung nicht und hemmt die Möglichkeiten der Entwicklung in Rojava stark. Eine mögliche Lösung für dieses Problem besteht darin, den sozialistischen Weg zu beschreiten. Einerseits ist es so, dass die kleinen reichen Teile der westkurdischen Bevölkerung das Land größtenteils verlassen haben.<sup>19</sup> Die natürlichen Widerstandskräfte gegen den Weg des Sozialismus sind somit vor Ort wenig präsent. Zurück bleiben unterentwickelte ka-

pitalistische Verhältnisse, die stark von Kleinproduktion und Kleineigentum in den Städten und Dörfern geprägt sind. Tatsächlich ist es unter diesen Umständen zu freiwilligen Zusammenschlüssen in gesellschaftlichen Betrieben in Form von Kooperativen gekommen. Uns ist nicht bekannt, wie groß diese Entwicklung ist, sie scheint aber nicht vorherrschend zu sein. Vieles spricht außerdem dafür, dass diese Entwicklungen auch durch den enormen Druck des Krieges ausgelöst wurden. Nach dessen Ende wird bei einem spontanen Verlauf der Dinge eine Entwicklung zurück zum kapitalistischen Privateigentum erfolgen.

Für die KommunistInnen sind die Gefahren, die der Revolution von verschiedenen Seiten drohen, kein Grund, sich von ihr abzuwenden. Wenn wir an Rojava mit der naiven-kindlichen Vorstellung herantreten, dort inmitten eines imperialistischen Stellvertreterkrieges eine widerspruchsfreie Verwirklichung all unserer Träume vorzufinden, können wir nur enttäuscht werden. Nehmen und unterstützen wir den Prozess dort also als das, was er ist: Eine demokratische Revolution, die sich nicht den Aufbau des Sozialismus auf die Fahnen geschrieben hat. Durch unsere Arbeit auf allen Ebenen müssen wir ihr gerade wegen der Umzingelung durch den Imperialismus Beistand leisten.

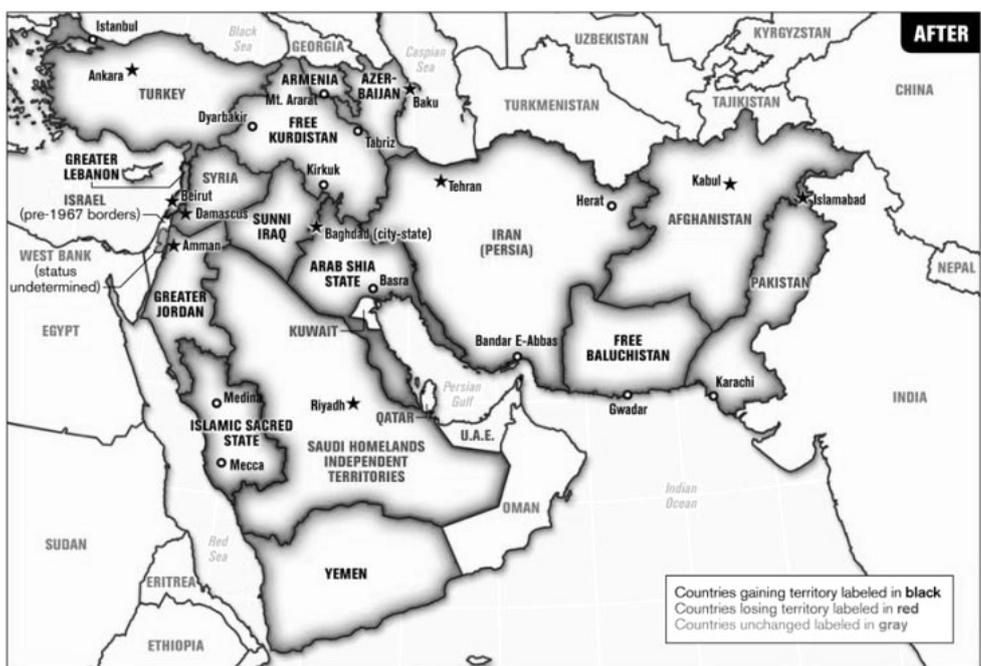
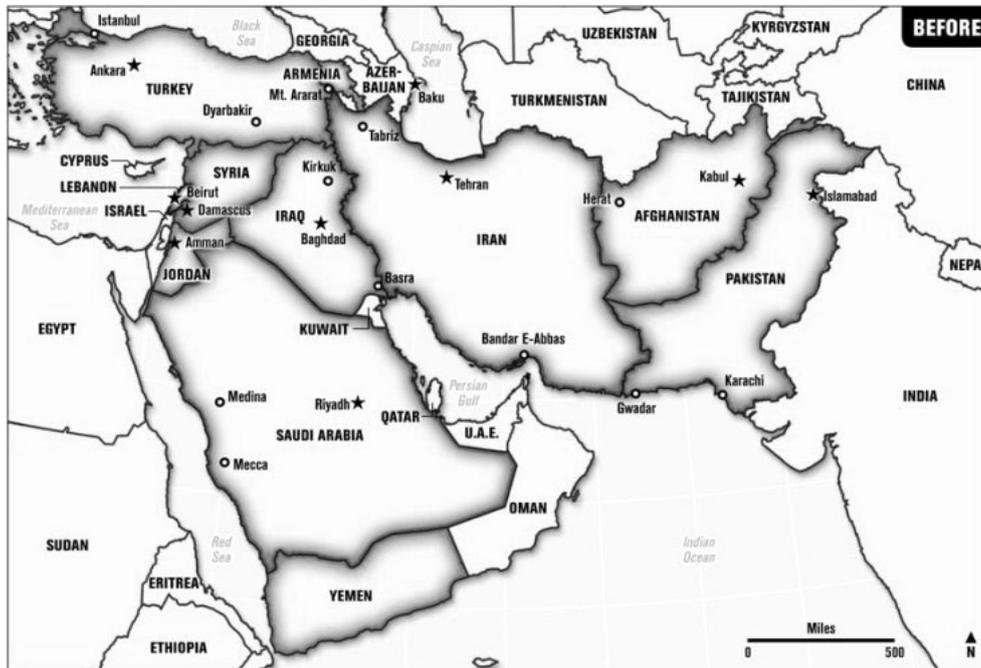
Die gegenwärtige widersprüchliche Lage des deutschen Imperialismus bietet uns dafür besondere Freiräume und Möglichkeiten. Obwohl auch unser Feind die ausstrahlende Wirkung der Rojava-Revolution und die Bedeutung des Internationalen Freiheitsbataillons (IFB)<sup>20</sup> sehr wohl verstanden hat, ist der deutsche Staat bisher nicht dazu übergegangen, jegliche Propaganda für Rojava und das IFB zu kriminalisieren. Gründe dafür dürften darin liegen, dass es schwer fällt, die Legitimität des Kampfes gegen den IS in Frage zu stellen und sich die Kriminalisierung von deutschen InternationalistInnen in Rojava schnell in ein Eigentor verwandeln könnte. Es gilt, diese Situation offensiv auszunutzen. Die Welt bietet uns heute nicht viele Vorbilder, an denen wir den Massen aufzeigen können, dass die Revolution, das Streben nach Demokratie und Unabhängigkeit der Völker, die kommunistische Weltbewegung und der proletarische Internationalismus nicht tot, sondern sehr lebendig sind.

<sup>19</sup>Berxwedan Jiyane, Interview der 'Perspektive Kommunismus' mit einem Kämpfer des IFB, [www.support-rojava.org/2015/12/05/interview-mit-einem-kaempfer-zur-revolution-in-rojava/](http://www.support-rojava.org/2015/12/05/interview-mit-einem-kaempfer-zur-revolution-in-rojava/)

<sup>20</sup>Siehe dazu [www.support-rojava.org/internationale-freiheitsbataillon/](http://www.support-rojava.org/internationale-freiheitsbataillon/) sowie die beiden Interviews in Berxwedan Jiyane und in diesem Heft

# Die Zerstückelung des Mittleren Osten auf dem Reißbrett der Imperialisten

## Redrawing the Middle East map



Schon Anfang des Jahrtausend wurde die strategische Neuformierung der arabischen Erölregion diskutiert, die unter dem Namen „The Greater Middle East“ firmierte. Die Karten wurden von Lieutenant-Colonel Ralph Peters, der an der U.S. National War Academy lehrte, im Armed Forces Journal in Juni 2006 veröffentlicht.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> [www.globalresearch.ca/plans-for-redrawing-the-middle-east-the-project-for-a-new-middle-east/3882](http://www.globalresearch.ca/plans-for-redrawing-the-middle-east-the-project-for-a-new-middle-east/3882)

# Das internationale Freiheitsbataillon (IFB) - Proletarischer Internationalismus und antifaschistischer Kampf in Rojava



Wir haben ein Interview mit einer Genossin geführt, die im Vorlauf zur Gründung und bei dem Aufbau des Internationalen Freiheitsbataillons (IFB)<sup>2</sup> als Vertreterin ihrer Partei dabei gewesen ist. Zeitgleich haben die GenossInnen der 'Perspektive Kommunismus' ein schriftliches Interview mit einem aktiven Kämpfer des IFB als Broschüre herausgegeben, das auch auf der Support Rojava-Website veröffentlicht ist.<sup>3</sup> Wir denken, dass beide Interviews zusammengenommen ein sehr gutes Bild der aktuellen Lage in Rojava geben. Darüber hinaus verschaffen sie einen Einblick in die politische und militärische Entwicklung des IFB. Das IFB ist eine Initiative verschiedener Kommunistischer Parteien, deren ideologische wie politische Vorbildfunktion und deren Bedeutung bei der Überwindung der Krise der kommunistischen Weltbewegung nicht genug herausgestrichen wer-

den kann. Dies zeigt sich u.a. daran, dass sich auch GenossInnen anderer revolutionärer Strömungen dem IFB angeschlossen haben. So kämpfen im IFB inzwischen MarxistInnen, MaoistInnen, AnarchistInnen, AntiimperialistInnen und InternationalistInnen usw. Schulter an Schulter gegen die faschistischen Mordbanden des Daesh, wie zuletzt im November 2015 bei den Kämpfen um Al-Hawl und der Shengal-Offensive, die zur Rückeroberung und Befreiung Sindschars führte.

## Was kannst du öffentlich über die Gründung und Entwicklung des IFB berichten?

Die Idee, ein Bataillon zu gründen, das revolutionäre internationalistische Kräfte zusam-

<sup>2</sup>[www.support-rojava.org/internationale-freiheitsbataillon/](http://www.support-rojava.org/internationale-freiheitsbataillon/)

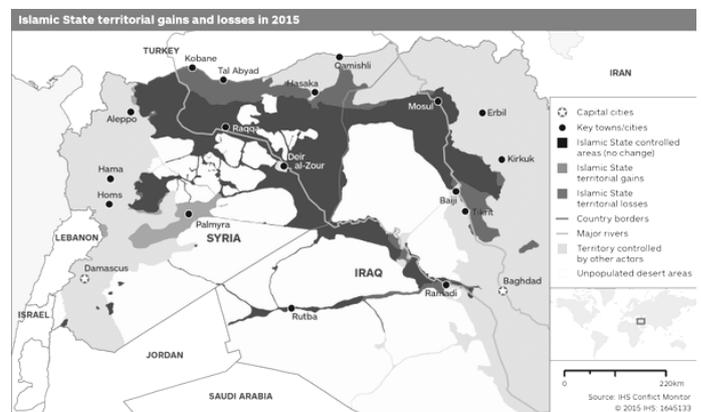
<sup>3</sup>BERXWEDAN JIYANE – Interview mit einem Kämpfer zur Revolution in Rojava; download unter [www.support-rojava.org/2015/12/05/interview-mit-einem-kaempfer-zur-revolution-in-rojava/](http://www.support-rojava.org/2015/12/05/interview-mit-einem-kaempfer-zur-revolution-in-rojava/)

menschließt, bestand schon einige Monate vor der eigentlichen Gründungsphase. Zu Beginn war der Ansatz auch eher so gestellt, dass die zu dem Zeitpunkt schon vereinzelt und in unterschiedlicher Gruppenstärke in Rojava vertretenden revolutionären Organisationen aus der Türkei eine Kampf Einheit bilden sollten. Erst als auch GenossInnen wie Ivana, ich sowie Einzelpersonen aus Spanien oder Griechenland dem internationalen Aufruf der MLKP zur Beteiligung an der Rojava-Revolution folgten, wurde der Bezugsrahmen internationaler Beteiligung erweitert. Dennoch waren es vor allem die revolutionären Gruppen aus der Türkei, die dann die Gespräche zur Gründung des IFB aufgenommen haben. Ich erinnere mich daran, wie zuerst alte Denkmuster aufgebrochen werden mussten. Einige OrganisationsvertreterInnen gingen die Sache an, als würde es sich um ein Bündnis für eine politische Aktion handeln. Dies zeigte sich zum Beispiel daran, dass man alle Posten 'gerecht' zwischen den Gruppen aufgeteilt haben wollte. Es musste sich erst das Bewusstsein durchsetzen, dass man in einem Krieg nicht so an die Sachen heran gehen konnte. Hier stehen Erfahrungen und Fähigkeiten im Vordergrund. Nur weil einer seit 15 Jahren politischer Kader seiner Organisation ist, heißt das noch lange nicht, dass er auch ein geborener militärischer Kommandant ist. Schade war, dass wir das IFB ohne Frauengenossinnen gründen mussten, weil noch nicht genügend Frauen für eine eigene Einheit da waren. Dieser Mangel konnte aber glücklicherweise nach einigen Monaten aufgehoben werden.

## Wie hast du das Verhältnis zwischen den Völkern in Rojava und eurem Bataillon wahrgenommen?

Natürlich sind das jetzt nur sehr subjektive und begrenzte Eindrücke, die ich euch mitteilen kann. Als KämpferInnen haben wir nur immer wieder mal Kontakt zur Zivilbevölkerung. Unter den Menschen, die hinter der Revolution stehen, haben wir meiner Ansicht nach schon großes Ansehen genossen. Auch wenn es für uns alle irgendwie selbstverständlich war, in Rojava zu kämpfen, war es für die Leute vor Ort etwas besonderes, dass Menschen aus relativ friedlichen und gesicherten Re-

gionen dieser Erde nach Rojava kommen, um sich dort der bewaffneten Verteidigung der Revolution anzuschließen. Viele Menschen haben uns mitgeteilt, dass wir ihnen Motivation und Mut geben würden. Auch hat der ein oder andere seine Pläne Rojava zu verlassen nochmal überdacht. Zudem waren wir natürlich auch immer die Exoten. Viele ältere Menschen kannten AusländerInnen nur aus dem Fernsehen. Bei den ZivilistInnen arabischer Dörfer, aus denen wir den IS vertreiben konnten, muss man natürlich die besondere Situation des Krieges im Bewusstsein haben.



Karte Syriens mit den 2015 vom IS kontrollierten und wieder verlorenen Gebieten

Es ist klar, dass Menschen sich hier nicht auf hundertprozentig natürliche Art und Weise verhalten. Für sie gilt erstmal das Überleben. Im ersten Moment sind wir auch diejenigen mit der Waffe in der Hand, die an Essen heran kommen und Fremde über die sie bis dato nur die 'Informationen' der IS-Propaganda kannten. Als wir in solche Dörfer vorgerückt sind, hatten die Meisten Angst und waren eingeschüchtert. Vom IS haben sie gesagt bekommen, dass wir ihnen die Köpfe abschneiden und ihre Frauen vergewaltigen würden. Erst als sie merkten, dass von uns keine Bedrohung ausging und von uns auch Essen, Zigaretten und Süßigkeiten an die Kinder verteilt wurden, änderte sich die Stimmung und man fing an, uns zu umarmen und ebenfalls zu beschenken. Wie viel davon nun ehrliches Gefühl und wie viel Anpassung an die neue Situation ist, lässt sich natürlich nicht eindeutig sagen.

---

## Wie haben sich eure Beziehungen zur YPG/YPJ entwickelt?

Unser Verhältnis war und ist ein gutes. Für die allermeisten waren wir einfach ein Teil von ihnen und ihre Revolution war auch unsere Revolution. Es gab auch einige, bei denen wir erstmal ein paar Vorurteile abbauen mussten. Diese kamen daher, dass ihre ersten Kontakte zu internationalen Freiwilligen zu jenen waren, die sie als Cowboys bezeichneten. Das waren Menschen, die schon vorher in bürgerlichen Armeen gedient haben, keinen Bezug zur Revolution hatten und oft arrogant, chauvinistisch und undiszipliniert auftraten. Sie merkten aber schnell, dass wir nicht zu jenen gehörten. Ansonsten mussten wir uns als Einheit erstmal 'beweisen'. Unsere Erstausrüstung an Waffen und Munition beschränkte sich auf das Allernötigste und war nicht darauf ausgelegt, sich an größeren Operationen zu beteiligen. Nach den ersten Gefechten, Gefallenen und Verletzten änderte sich dies aber. Nun waren wir keine Zuschauer des Krieges mehr, sondern aktiv Beteiligte.



## Wie haben sich die Beziehungen unter den GenossInnen verschiedener Organisationen und Strömungen entwickelt, die im IFB zusammengekommen sind?

Am Anfang war natürlich erstmal Abtasten angesagt. Wer sind die anderen und wie ticken die? Das hat sich aber alles sehr schnell entwickelt. Nach kurzer Zeit hat die Organisation gar keine Rolle mehr für die meisten gespielt. Es kam darauf an, wie sich jeder Einzelne im Alltag verhalten hat. Da wurde ganz frei kritisiert. Natürlich binden extreme Situationen und kollektive Erfahrungen Men-

schen auch auf eine ganz besondere Art. Gefallene wie Asiz Güler oder Halil Aksakal sind unser aller Gefallene.

## Wie hat sich dein Blick auf die Aufgaben der KommunistInnen in Deutschland verändert?

Für mich hat sich die Erkenntnis, dass die Revolution lange vor der eigentlichen Machtergreifung beginnt und auch danach noch lange nicht abgeschlossen ist, verfestigt. Die Machtergreifung erweitert letztendlich die Möglichkeiten der Revolution und kann Erreichtes schützen. Auch die Rolle der Zivilgesellschaft hat für mich eine größere Bedeutung bekommen. Für die KommunistInnen in Deutschland sollte nicht nur der eigene Strukturaufbau im Fokus der Anstrengungen stehen. Der Aufbau und die Unterstützung von Strukturen, in denen die Bevölkerung selbst aktiv und gesellschaftsgestaltend agiert, ist meiner Ansicht nach enorm wichtig, da sie unter anderem die Grundbausteine für einen gelungenen Aufbau einer neuen Gesellschaft darstellen. Natürlich ist vieles davon für Deutschland noch Zukunftsmusik, aber selbstverwaltete Fabriken wie in der Türkei oder Gesundheitszentren wie in Griechenland habe ich noch mehr schätzen gelernt, da es alles Erfahrungen und Errungenschaften sind, die eine Gesellschaft mitnimmt, nachdem der alte Machtapparat hinweggefegt wurde. Für Deutschland sehe ich beispielsweise den Auf- und Ausbau antifaschistischer Strukturen als grundlegend an. Auch die zahlreichen Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten sind eine enorm positive Entwicklung.

## Welche Erwartungen richten die im IFB kämpfenden GenossInnen an die KommunistInnen in Europa?

Selbstverständlich fordern sie weitestgehende Unterstützung ein. Den GenossInnen hier fällt die Aufgabe zu, eine Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, die den Kampf und die Existenz des IFB breitmöglichst bekannt macht. Es gibt zahlreiche Wege, die Revolution von Rojava auch in Europa zu unterstützen. Kampagnen wie #SupportRojava sind wichtige Projekte, die darauf aufmerksam machen,

dass die Revolutionäre ganz vorne mit dabei sind, wenn es darum geht, internationale Solidarität zu organisieren und auch den bewaffneten Konflikt nicht scheuen. Die Arbeit muss weitergehen, auch wenn der erste Hype vorbei ist.

### Wie siehst du die aktuelle Perspektive der Rojava-Revolution?

Die Rojava-Revolution hat es natürlich nicht leicht im Zentrum eines Konflikts zu stehen, der so viele regionale und globale Interessen berührt. Die Revolution hat ihre Überlebensfähigkeiten bereits mehrfach unter Beweis gestellt und gezeigt, dass sie ein ernst zu nehmender Faktor ist, welcher sich nicht als Spielball imperialistischer Großmächte missbrauchen lässt. Bis jetzt ist es gelungen, Mächte wie die USA dazu zu bringen, die Revolution temporär anzuerkennen und zur Mitarbeit

zu bewegen. Militärisch ist in diesem Jahr einiges erreicht worden, wie etwa die Befreiung Kobanes, die Verbindung zweier Kantone, die Grenzziehung Richtung Süden, sowie die Befreiung Sengals. Mit der geplanten Vereinigung aller drei Kantone, erhöhen sich aber auch die Gefahren eines verschärften Zusammenpralls mit dem türkischen Militär, welches mit aller Kraft versuchen wird, diese Pläne zu durchkreuzen. Eine große Gefahr für die Revolution ist natürlich der anhaltende Belagerungszustand und ein sich in die Länge ziehender militärischer Konflikt. So etwas kann eine Gesellschaft auf die Dauer ersticken. Wie viel weiter wäre der Gesellschaftsaufbau, wenn nicht der übergroße Teil der Ressourcen der militärischen Verteidigung zufließen müsste? Wie sich die Gesellschaft und die politischen Akteure in Rojava in friedlichen Zeiten behaupten werden, lässt sich für mich dementsprechend nur schwer einschätzen.



# Palästina, Kurdistan – Intifada, Sherhildan!

## Unterstützt den Aufbau der Antiimperialistischen Koordination im Nahen und Mittleren Osten!

Die Jugend stürmt voran und überwindet mit ihrem Ungestüm die routinierte Trägheit und konservative Beharrlichkeit der Alten. Was wie eine Binsenweisheit klingt, stellt sich bei näherem Betrachten als eine soziale Erscheinung heraus, die es sehr wohl auch innerhalb der revolutionären Bewegung gibt. Ein anschauliches Beispiel hat die Initiative der „Antikapitalistischen nichtweißen Gruppe im Aufbau“ für eine Verbindung der beiden wichtigsten nationalen Befreiungskämpfe der PalästinenserInnen und KurdInnen geliefert. Auf ihren Aufruf hin demonstrierten im November in Berlin 500 Menschen für gegenseitige Solidarität und einen gemeinsamen antiimperialistischen Kampf.<sup>1</sup>

Die kommunistischen Parteien und nationalen Befreiungsbewegungen der Region tun sich da deutlich schwerer, über diplomatische Höflichkeitsformeln hinausgehende Schritte zum Aufbau einer antiimperialistischen Koordination im Nahen und Mittleren Osten zu gehen. Eine VertreterIn der MLKP hat bei der von ICOR im November 2015 veranstalteten 2. Konferenz zur Solidarität mit dem Befreiungskampf im Mittleren Osten die offene Frage gestellt, woran die bisherigen Anläufe für eine solche dringend benötigte Koordination gescheitert sind? Liegt es am türkischen, kurdischen oder arabischen Nationalismus, der uns hemmt zusammen zu finden? Gibt es andere Gründe? Die Konferenz hat keine Antwort gegeben; das wäre wohl auch zu viel erwartet in einem solchen Rahmen. Aber sie hat den Raum geschaffen, der

von den beteiligten kommunistischen Parteien und revolutionären Organisationen in Gesprächen am Rande genutzt wurde, um zumindest Wege auszuloten, wie ein neuer Anlauf angegangen werden könnte.

Revolutionäre Realpolitik bedeutet manchmal auch, mit viel Geduld dicke Bretter zu bohren und sich in der hohen Kunst der Diplomatie zu üben. ICOR-Konferenzen haben ihren ganz eigenen Charakter. Man muss dieses Format z.B. mit seiner bemerkenswerten Verteilung der Redezeit nicht unbedingt mögen und kann doch gleichzeitig ganz nüchtern die politische Bedeutung solcher internationaler Treffen anerkennen.

Als 'Kommunistischer Aufbau' sind wir unbedingt solidarisch mit dem nationalen Befreiungskampf in Palästina, Kurdistan sowie aller unterdrückten Völker dieser Welt! Im Rahmen unserer Möglichkeiten leisten wir auch ganz konkrete Solidarität. Darüber hinaus unterstützen wir das politische Ziel, eine Antiimperialistische Koordination im Nahen und Mittleren Osten zu schaffen, auch wenn wir selbst dazu offensichtlich keinen nennenswerten Beitrag werden leisten können.

Wir dokumentieren im Nachfolgenden die diplomatisch ausgehandelte Abschlusserklärung der 2. Konferenz Mittlerer Osten, in der sich einerseits die MLPD-Dominanz innerhalb von ICOR und auf der Konferenz widerspiegelt. Deren ZK-VertreterInnen hatten während der Diskussion großen Wert auf die Feststellung gelegt, dass die MLPD eine legale Partei sei. Andererseits wer-

<sup>1</sup>Siehe [www.aufstand.blogspot.eu/2015/11/07/demonstration-freiheit-fuer-kurdistan-und-palaestina](http://www.aufstand.blogspot.eu/2015/11/07/demonstration-freiheit-fuer-kurdistan-und-palaestina) sowie das Plakat, S. 50

---

den auch Elemente der Rojava-Solidarität wie z.B. das IFB zumindest erwähnt, wie sie von anderen ML-Parteien als Akzente in den Kompromisstext eingebracht wurden. Aus unserer Sicht positiv ist, dass sich alle unterzeichnenden Parteien mit diesen *„gerechten bewaffneten Kämpfen solidarisieren.“*

## Abschlussklärung der 2. Konferenz Mittlerer Osten im November 2015

1. Die **2. Konferenz Mittlerer Osten** verschiedener fortschrittlicher, antiimperialistischer und revolutionärer Organisationen fand auf Einladung der ICOR erfolgreich statt. Vertreter folgender Organisationen nahmen teil: MLKP Türkei-Kurdistan, PYD Rojava/Syrien, MMLPL/Marokko, PPSR WATAD Tunesien, CPI/ML Indien, Marxistisch-Leninistische Plattform Russlands, MLOA Afghanistan, TKP/ML Türkei, PFLP Palästina, Komala/KP Iran, MLPD und Rebell, Deutschland, Rode Morgen / Niederlande, Kommunistischer Aufbau Deutschland, sowie Revolutionäre aus dem Jemen und Libyen. Sie bilanzierte, dass die wesentlichen praktischen Aufträge des 1. Treffens ein Jahr zuvor erfolgreich bewältigt wurden, setzte den Diskussionsprozess über neue Erscheinungen und wesentliche Veränderungen fort und gab wesentliche Impulse für eine künftige engere Kooperation revolutionärer Kräfte und Organisationen im Mittleren Osten.
2. Der **Mittlere Osten (Westasien)** ist ein Brennpunkt des internationalen revolutionären Befreiungskampfes gegen den Imperialismus geworden. Die NATO und der US-Imperialismus stehen mit ihrer Strategie im Mittleren Osten vor einem Scherbenhaufen. Ihre Kreuzzüge in Afghanistan und dem Irak endeten in einem Desaster. Regionale Mächte wie die Türkei, Saudi-Arabien oder Katar streben danach im Mittleren Osten ihr Einflussgebiet zu sichern und auszubauen. Der drohende Zusammenbruch des reaktionären Assad-Regimes in Syrien hat den russischen Imperialismus dazu gebracht, unmittelbar militärisch einzugreifen, um die Niederlage Assads zu verhindern. Das beschwört die Gefahr einer direkten militärischen Konfrontation der hauptsächlich imperialistischen Blöcke herauf. Die unerträglichen Lebensverhältnisse haben eine Flüchtlingsbewegung von mehr als 13 Millionen Menschen in Syrien hervorgerufen. Die 2. Konferenz Mittlerer Osten unterstreicht vor diesen Hintergrund, dass **gegen alle imperialistischen Kräfte** Front gemacht und ein **unabhängiger antiimperialistischer Kurs** verwirklicht werden muss. Das schließt nicht aus, zwischen-imperialistische Widersprüche zeitweilig auszunutzen.
3. **Neuartige faschistische Terrororganisationen** wie der IS oder die al Nusra-Brigaden treten besonders dort auf, wo die gesellschaftlichen Verhältnisse zerrüttet sind, die Massen nicht mehr in der alten Weise leben wollen und revolutionäre Gärungen und Entwicklungen eingeleitet worden sind. Die Teilnehmer der 2. Konferenz bekräftigten ihre Entschlossenheit, den Kampf gegen die religiös verbrämten faschistischen Banden zu führen. Sie sind eine vom imperialistischen System kreierte konterrevolutionäre Kraft.
4. Der **Prozess der demokratischen Revolution in Rojava und der kurdische Befreiungskampf** haben **internationale Ausstrahlung**. Einen weiteren Brennpunkt im Mittleren Osten bildet der palästinensische Befreiungskampf. Eine engere Zusammenarbeit zwischen dem kurdischen und dem palästinensischen Befreiungskampf und weiteren revolutionären Kräften kann dem Zusammenschluss fortschrittlicher und revolutionärer Kräfte wichtige Impulse geben. Wichtig ist auch der Kampf des afghanischen Volkes gegen Imperialismus und Faschismus, die antiimperialistischen Kräfte im Jemen und in anderen Ländern der Region.
5. Die ICOR führt diese Konferenz in einer Periode durch, in der in vielen Ländern des Mittleren Ostens Kriege stattfinden. In die-

---

ser schwierigen negativen Situation sind wir jedoch auch Zeuge wichtiger positiver Entwicklungen. Die Konferenz begrüßt es, dass die demokratische Revolution in Rojava sich weiter festigt und verbreitert, der Wiederaufbau vorankommt und damit in die Region des Mittleren Ostens und darüber hinaus ein Signal ausgesandt wird, wie der **Kampf um Demokratie und Freiheit eine positive Perspektive** bekommt. Die ICOR und alle Teilnehmerorganisationen der Konferenz haben vorwärtstreibend an der weltweiten Solidaritätsbewegung mitgewirkt. Ein bedeutender Fortschritt liegt in einem Solidaritätspakt zwischen der ICOR und dem kurdischen Befreiungskampf, der weit über die internationale Solidarität hinausgeht und eine gegenseitige Selbstverpflichtung bedeutet. Das durch internationale Brigaden gemeinsam mit den Arbeitern und der Bevölkerung in Kobanê erbaute Gesundheits- und Sozialzentrum in Kobanê steht unmittelbar vor der Fertigstellung und wird am 20. 11. an die Selbstverwaltungsorgane in Kobanê übergeben. Die Konferenz wandte sich gegen das imperialistische Embargo gegen Rojava und fordert die diplomatische Anerkennung Rojavas und einen humanitären Korridor dorthin. Die 2. Konferenz würdigt die großartigen Leistungen der 170 Brigadistinnen und Brigadisten aus zehn Ländern in Kobanê als gemeinsames Projekt der Zusammenarbeit der revolutionären Parteien und Organisationen in der ICOR und Ausdruck des praktischen proletarischen Internationalismus. Die 2. Konferenz begrüßt den Vorschlag, dass „Haus der Solidarität“ in Deutschland als Pilotprojekt proletarisch-internationalistischer Flüchtlingspolitik zur Einbindung der Flüchtlinge in den proletarischen Internationalismus zu unterstützen.

6. Den faschistischen Banden des IS wurden durch den mutigen Befreiungskampf der Kurden im Bündnis mit anderen Völkern in Kobanê eine Niederlage zugefügt. Daran waren auch internationale Freiheitsbataillone beteiligt. Die Konferenz gedenkt den in diesen Kämpfen gefallenen Freiheitskämpferinnen und -kämpfern, wie der in Rojava gefallenen Genossin Ivana Hoffmann. Ge-

genwärtig findet eine erfolgreiche Offensive zur Befreiung Shengals vom IS durch verschiedene kurdische Kräfte statt. Wir solidarisieren uns mit diesen gerechten bewaffneten Kämpfen. Weiterhin verurteilen wir auf das schärfste die Angriffe durch den türkischen Staat im Allgemeinen und besonders gegen die selbstverwalteten Regionen der Kurden in Nordkurdistan und Rojava. Wir verurteilen die nationale Unterdrückung, die reaktionären Angriffe und die Assimilierungspolitik seitens des türkischen Regimes. Für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen und kurdischen Volkes. Die Konferenz verurteilt die von der sogenannten „Syrian Human Right Organisation“ in Großbritannien und von Amnesty International verbreiteten Unwahrheiten, dass durch die kurdischen Befreiungsorganisationen Menschen unterschiedlicher Nationalität unterdrückt und durch die regionalen Regierungen der Kurden in dem Gebiet von Rojava vertrieben werden.

7. Die Konferenz lebte von einer schöpferischen und solidarischen Streitkultur. Sie betonte einhellig die große Bedeutung der **Koordinierung und Kooperation** revolutionärer Kräfte und Organisationen im Mittleren Osten als entscheidende Konsequenz für diesen Fortschritt im Kampf für Freiheit und Demokratie. Eine enge Zusammenarbeit soll mit den Kräften der Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen gesucht werden, die gegenwärtig die 2. Weltkonferenz in Nepal 2016 vorbereiten. Die Konferenz beschloss eine Fortsetzung und Weiterentwicklung der Konferenz, wozu eine gemeinsame Vorbereitungsgruppe gebildet wurde, in der PYD, MLKP, MML-PL Marokko, die MLPD und der Hauptkoordinator der Kontinentalkoordinierung Asien der ICOR mitarbeiten. Die Konferenz soll organisatorisch und thematisch ausgeweitet werden.

**Es lebe der Kampf der Völker des mittleren Osten!**

**Proletarier aller Länder vereinigt euch!**

**Proletarier und unterdrückte Völker aller Länder vereinigt euch!**

DEMONSTRATION: FREIHEIT FÜR

# KURDISTAN & PALÄSTINA!



AZADÎ JI BO KURDISTAN - AZADÎ JI BO FILISTÎN

الحرية لكرديستان - الحرية لفلسطين

15.11.15 | 15 UHR | RATHAUS NEUKÖLLN | BERLIN

DER KAMPF UM BEFREIUNG IST INTERNATIONAL!



W. S. d. P.: Khalida Jarrar, Karl-Marx-Str. 12

*Gemeinsame Solidarität mit Kurdistan und Palästina - Plakat für Soli-Demo in Berlin im vergangenen November*

# Die Waffe der Kritik (und Selbstkritik) - Antworten an unsere Leserinnen und Leser

Als Redaktionskollektiv „Kommunismus“ möchten wir uns für die unterschiedlichsten Rückmeldungen und zahlreichen Kritiken bedanken, die wir von Euch, den LeserInnen der Zeitschrift Kommunismus, und allen GenossInnen aus verschiedenen kommunistischen Parteien und revolutionären Organisationen erhalten haben. Als Marxisten-Leninisten wissen wir, dass Kritik und Selbstkritik eine der wichtigsten Waffen sind, mittels derer wir uns weiterentwickeln. Dies gilt sowohl im engeren Sinne für uns als 'Kommunistischer Aufbau' wie im breiteren Sinne der kommunistischen und revolutionären Bewegung. Wir sind GenossInnen und Menschen, die Fehler machen. Wir brauchen daher auch eure Hilfe, um diese zu überwinden. Daher möchten wir euch ausdrücklich auffordern und ermutigen, uns noch vermehrt eure Gedanken, Rückmeldungen und Kritiken zukommen zu lassen. Insbesondere die Arbeiter-GenossInnen, die proletarischen Frauen und die Jugendlichen aus den Massen möchten wir bestärken, ihre Gedanken zu äußern.

Im Nachfolgenden wollen wir auf einige Kritiken eingehen, die wir erhalten haben. Wir haben versucht, diese in sinnvolle Oberpunkte zu gliedern und zu beantworten.

## **Kritiken am 'Kommunistischen Aufbau'**

Wir haben eine Reihe von Kritiken erhalten, die über die Zeitung 'Kommunismus' hinausgehen und den 'Kommunistischen Aufbau' und unsere Politik betreffen. Anmerkungen wie z.B. die Inhalte der Zeitung sind gut, aber wie sieht es mit eurer Praxis aus, sind offensichtlich nicht im Rahmen einer Zeitung zu beantworten. Der 'Kommunismus'

ist nur ein, wenn auch wichtiges Mittel und nicht identisch mit der ganzen Politik des 'Kommunistischen Aufbaus'. Für euer Urteil über uns als politische Organisation gilt weiterhin das, was wir in der Einleitung zu der Broschüre „Kommunistische Partei im 21. Jahrhundert“ geschrieben haben: „*Daher können wir nur ein offenes 'Angebot' machen. Die Praxis ist das Kriterium der Wahrheit. Nehmt uns beim Wort und bildet euch eine eigene Meinung, ob wir typisch linke Schwätzer sind oder einen ernsthaften Beitrag zur Revolution leisten wollen.*“ Als Marxisten-Leninisten vertreten wir darüber hinaus die Position, dass es ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis geben kann – und umgekehrt. Daher ist es normal, dass man erst Aufgaben theoretisch durchdringt und über Dinge redet, bevor man sie tut, denn das bedeutet es, sich von einer revolutionären Theorie leiten zu lassen. Wir denken, dass es grundsätzlich richtig ist, schon heute strategische Vorschläge für die Bewegung zu machen, auch wenn wir als Struktur erst beginnen, erste Schritte in diese Richtung machen. Unser Ziel dabei ist eben nicht, unsere eigene Politik zu legitimieren, sondern eine Diskussion innerhalb der Gesamtbewegung anzustoßen; verbunden mit der Hoffnung, dass diese aufgenommen und weitergeführt wird.

## **Kritiken am Konzept: Zentralorgan, Theoriezeitung oder kommunistische Propaganda in die Massen tragen?**

Eine Reihe von Kritiken bezieht sich auf das Konzept und die politische Funktion des 'Kommunismus', das entweder als widersprüchlich, unverständlich etc. angesehen oder als an den Bedürf-

---

nissen der Bewegung vorbeigehend kritisiert wird. Wir möchten daher aus unserer Sicht nochmal erläutern, was die Funktion des 'Kommunismus' ist und was die Zeitung derzeit nicht leisten kann. Eine theoretische Definition des Konzepts der Zeitung könnte vielleicht wie folgt lauten: Der 'Kommunismus' erfüllt die Aufgabe eines Zentralorgans einer jungen, noch unreifen ML-Organisation in einer sehr frühen Phase des Parteaufbaus. Die wichtigsten zwei Funktionen der Zeitung sind nach unserer internen kollektiven Diskussion:

1. Die Herausbildung einer politischen Linie des 'Kommunistischen Aufbaus' und die Propagierung/Bekanntmachung dieses politischen Gesichts nach außen, vor allem in die interessierte Öffentlichkeit der kommunistischen und revolutionären Bewegung sowie unter den fortgeschrittensten ArbeiterInnen in den Massen und spontanen Bewegungen.
2. Die vorhandene Diskussion in der kommunistischen und revolutionären Bewegung aufgreifen und einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Debatte zu leisten, d.h. also die brennenden Fragen der Bewegung aufzugreifen (z.B. wie macht man eine Revolution in Deutschland?) und einen theoretischen Beitrag zu ihrer praktischen Lösung mit zu entwickeln.

Damit kann der 'Kommunismus' offensichtlich nicht alle vorhandenen Bedürfnisse abdecken. Insbesondere der weit verbreitete Wunsch nach guter kommunistischer Agitation, z.B. in Form einer professionell geschriebenen und leicht verständlichen Massenzeitung, wird durch 'Kommunismus' nicht erfüllt. Wir fänden es gut, wenn es eine solche Zeitung gäbe. Wir werden als Organisation zukünftig viele weitere Formen – hoffentlich – guter kommunistischer Agitation und Propaganda entwickeln. Aber aktuell gilt für uns, dass wir uns noch ideologisch aufbauen müssen, d.h. zu vielen Themen erst mal selbst Grundlagen zu erarbeiten haben. Erst auf dieser noch zu schaffenden Grundlage werden wir imstande sein, den ML auf tagespolitische Fragen anzuwenden. Denn das bleibt unser Ziel: den ML als Wissenschaft auf der Höhe der Zeit zu nutzen und nicht nur durch Wiederholung von vor 100 Jahren geschriebenen Texten zu popularisieren.

## **Kritiken am Stil und der Verständlichkeit**

Es hat einige Kritiken an der schweren Verständlichkeit der Texte gegeben, die teils mit Beispielen erläutert wurden. Die GenossInnen haben dabei mehrheitlich betont, dass es ihnen mit ihrer Kritik nicht darum gehe, das Niveau der Diskussion runter zu schrauben. Wir stimmen dem zu und üben Selbstkritik für handwerkliche Schwächen. Wir werden uns zukünftig verstärkt darum bemühen, komplexe Themen und vielfältige Zusammenhänge in einer möglichst allgemeinverständlichen Form darzustellen. Um das journalistische Niveau der Artikel zu heben, werden wir zukünftig neben der kollektiven inhaltlichen Diskussion und der technischen Erstellung (Rechtschreibung und Layout) eine inhaltliche Endredaktion als zusätzlichen Arbeitsschritt einführen, durch den die Verständlichkeit der Texte erhöht werden soll.

## **Inhaltliche Kritiken**

Neben der Auseinandersetzung um die Form der Artikel und das Konzept der Zeitung haben wir eine Reihe von Kritiken an politischen Inhalten bekommen, die wir im Nachfolgenden benennen und zumindest kurz darauf eingehen wollen.

## **Kritik am Kaderverständnis**

Dieser Punkt, den wir in unserem vorläufigem programmatischen Selbstverständnis als prinzipielle Frage festgehalten haben, hat wohl die meiste Kritik hervorgerufen. Auch wenn die Kritik naturgemäß keineswegs einheitlich ist, lässt sich vielleicht als Tendenz daraus verallgemeinern: KA „beantwortet“ viele Fragen mit der Betonung der Notwendigkeit der Kader, der leninistischen Partei neuen Typs, des revolutionären Klassenkriegs und der Führung durch eine Avantgarde. Dabei wird ein Kaderverständnis propagiert, das der heutigen Situation nicht angemessen sei und Einseitigkeiten beinhalte. Wir finden diese Kritik sehr wichtig, insbesondere auch weil sie von vielen GenossInnen gekommen ist, die sich selbst auf den leninistischen Parteistandpunkt stellen. Wir verstehen dies als eine Aufforderung, unser Verständnis des Leninis-

---

mus in der Partei- und Kaderfrage zu vertiefen. Nach einem entsprechenden kollektiven Diskussionsprozess werden wir zukünftig auch öffentlich darauf eingehen. Wir freuen uns schon heute, wenn wir durch unsere Beiträge, und seien sie auch zu begrenzt oder gar einseitig, einen Beitrag dazu leisten, dass die Diskussion über die Organisation der Revolutionäre in der kommunistischen Bewegung wieder angestoßen wurde und vertieft fortgeführt wird.

### **Kritiken am 3. Weltkrieg**

An mehreren Stellen hatten wir vom bevorstehenden großen Krieg, der Unvermeidbarkeit zwischen-imperialistischer Kriege und der Tendenz zum 3. Weltkrieg geschrieben, was ebenfalls öfters kritisiert wurde. Wir haben diese Kritik zum Anlass für eine interne Debatte genommen und unsere Position in dem neuen Text 'Krieg dem Krieg - Imperialistische Raubkriege als Kampf um die Neuaufteilung der Welt und unsere antimilitaristischen Aufgaben' in dieser Ausgabe präzisiert. Dabei versuchen wir klarzustellen, dass zwischen-imperialistische Kriege auch in Form großer Kriege („3. Weltkrieg“) einerseits unvermeidbar sind, andererseits trotz der aktuellen Verschärfung der imperialistischen Widersprüche und zunehmender Stellvertreterkriege in den nächsten Jahren unserer Einschätzung nach noch nicht konkret auf der Tagesordnung stehen.

### **Kritik an Syriza-Artikeln**

Unsere Artikel zu Griechenland haben ebenfalls relativ viel Echo hervorgerufen. Die Kritik geht bei vielen GenossInnen dahin, dass wir Syriza nur allgemein als fast schon beliebiges Beispiel für den Reformismus kritisiert haben, aber eine konkrete Widerlegung fehlt. Wir stimmen dem, wie auch schon im ersten Artikel angedeutet, ausdrücklich zu, sehen uns aber weiterhin nicht imstande, dies zu leisten. Trotzdem denken wir, dass es auch richtig und als Teil einer anstehenden ideologischen Auseinandersetzung mit dem Postmarxismus bzw. den post-modernen Theorien notwendig ist, allgemeine Entwicklungstendenzen des Reformismus darzustellen und zu kritisieren.

### **Detailkritiken**

Wir haben zahlreiche konkrete Kritiken an einzelnen inhaltlichen Formulierungen erhalten. Als ein Beispiel möchten wir auf die von uns verwendete Formulierung „türkische Revolutionäre“ hinweisen. Die Kritik, dass in der Türkei KurdInnen, TürkInnen, AraberInnen und andere nationale Minderheiten leben und in den Reihen der Revolutionäre am Kampf gegen Faschismus und für Demokratie und Sozialismus teilnehmen, ist vollkommen berechtigt.

### **Zum Schluss ...**

Kritik (und Selbstkritik) werden leider auch in der revolutionären und kommunistischen Bewegung noch viel zu oft falsch verstanden. Für Marxisten-Leninisten handelt es sich einfach um eine wirkungsvolle Methode der revolutionären Selbstveränderung. Viele GenossInnen verstehen Kritik aber im bürgerlichen Sinn als etwas Negatives. Um dem Rechnung zu tragen und da wir hier sehr oft den Begriff „Kritik“ verwendet haben (von uns aber im Sinne des ML gemeint!), wollen wir erwähnen, dass wir auch viele positive Rückmeldungen erhalten haben. Mit so viel Zuspruch aus ganz verschiedenen Ecken hatten wir vorher nicht unbedingt gerechnet. Gerade weil in Deutschland der Antikommunismus so tief in den Köpfen verankert ist und weil es in der politischen Widerstandsbewegung eine fest verwurzelte Tradition des Sektierertums, der gegenseitigen Abgrenzung und der Ausgrenzung des Marxismus-Leninismus gibt. Rückmeldungen wie z.B. „Ich gehöre zwar nicht zu eurer Strömung, aber ich finde eure Gedanken interessant“ und aufmunternde Worte wie „Macht weiter so“ verstehen wir vor diesem Hintergrund als ein weiteres Anzeichen für eine beginnende Gärung. Die Dinge geraten in Bewegung, wenn auch vorerst noch langsam und unter der Oberfläche. Auf dieses Neue wollen wir aufbauen und in einer genossenschaftlichen Diskussion auch über den Rahmen des 'Kommunistischen Aufbaus' hinaus die brennenden Fragen der Bewegung zunächst theoretisch klären, um sie dann gezielter praktisch lösen zu können.



# Lesetip: 'Die Wolokolamsker Chaussee'

*Alexander Beks Erzählung 'Die Wolokolamsker Chaussee' schafft ein seltenes Kunststück. Seine biografische Schilderung der Erlebnisse des kasachischen Kommandeurs Baurdshan Momysch-Uly, der unter enormem Zeitdruck aus dem „Nichts“ eine Truppe formt, die im verzweifeltsten Moment des Durchbruchs der faschistischen Wehrmacht auf Moskau im Spätherbst 1942 in die Schlacht geworfen wird und über sich hinaus wächst; die von dem großen General und Kommunisten Panfilow angeleitet werden und die wiederum dialektisch in der Praxis eine neue Form der Kriegsführung entwickeln, die Panfilow dann strategisch verallgemeinert, ist nicht nur ein großes Werk der Kriegsliteratur. Es ist vielmehr eine meisterhafte theoretische Ausarbeitung vieler Fragen des Marxismus-Leninismus wie z.B. des Revolutionärsseins, der Kaderpolitik, kommunistischer Führung, der Dialektik von Avantgarde und Massen in literarischer Form. Das Buch ist hart, ungeschönt, ehrlich, es beschreibt den revolutionären Kampf so wie er ist und verweigert sich jeder Idealisierung. Schon der Einstieg ist ein Schock und auch im Verlauf sterben die Guten reihenweise, darunter auch Panfilow, der wusste wie wichtig es für die Moral der Geführten sein kann, dass die Führer an der vorderen Front verweilen und von einer feindlichen Granate weggerafft wird. Zum Einstieg haben wir eine der wenigen „soften“ Stellen aus der Ausbildung des Bataillons ausgesucht, die nichts desto trotz sehr viel mit ganz brennenden Fragen der heutigen Bewegung zu tun hat.*

## Der Tabakmarsch

Ich werde nicht alle Einzelheiten über die Ausbildung der Soldaten erzählen. Nur über einen Marsch will ich sprechen, der in der bis jetzt unge-

schriebenen Bataillonschronik der 'Tabakmarsch' heißt. Es waren etwa sieben oder acht Tage vergangen, seitdem ich das Bataillon übernommen hatte. Wir waren schon ausgerüstet. Wir übten uns im Schießen, lernten robben, marschieren, im Sprung vorgehen und uns verschanzen.

Eines Abends bekamen wir den Befehl: im Morgengrauen aufbrechen, fünfzig Kilometer bis zu einem Kennzeichen im Flußtal marschieren, dort nächtigen und gegen Abend des nächsten Tages den Rückmarsch antreten. Ebenso schwere Märsche waren auch anderen Bataillonen befohlen worden – General Panfilow hatte sie angesetzt.

Die Soldaten bereiteten sich auf den Marsch vor, legten sich frühzeitig schlafen, und noch vor Sonnenaufgang stand das Bataillon marschbereit. Einer, der nie Soldat gewesen ist, wäre sicherlich von der Truppe beeindruckt gewesen: Die Reihen waren gut ausgerichtet; an den Karabinern blinkten die Bajonette; die Soldaten standen wie ein Mann in voller Ausrüstung, mit eingerollten Mänteln, mit Schutzmasken und Feldspaten in grünlichen, noch nicht verblaßten Hüllen, mit Stahlhelmen, die am Rucksack befestigt waren; an den Koppeln hingen Handgranaten und schwere Patronentaschen. Bei vielen schien mir die Patronentasche besonders schwer zu sein: Sie zog das Koppel übermäßig tief herunter. Ich sah lose eingerollte, wulstig überstehende Mäntel, Rucksäcke mit nicht festgespannten Tragriemen, Brotbeutel, die auf dem Bauch hingen. Nur wenige Soldaten zeichneten sich durch wirklich soldatische Korrektheit aus. Unter ihnen befand sich Kurbatow.

Ich rief ihn aus der Reihe und sagte: 'Genossen! Hier steht ein Gruppenführer, der sich so ausgerüstet hat, wie es sich für einen Soldaten gehört; ihm wird der Marsch leichter fallen als anderen. Seht nur her, wie bei ihm alles sitzt, wie festgezogen die Riemen sind! Ich habe euch das zwanzigmal

erklärt und gezeigt; aber ihr versteht es trotzdem nicht. Wahrscheinlich ist meine Sprache nicht hart genug. Ich werde nun nicht mehr mit euch reden, sondern überlasse dies euren Mänteln, euren Spaten, euren Rucksäcken. Mögen sie mit euch reden. Ihr glaubt, sie hätten keine Zunge? Sie haben eine! Eine schärfere als meine! Soldat Garkuscha, zu mir!

Der immer lächelnde, stupsnasige Garkuscha lief herbei. Der Brotbeutel rutschte nach vorn und pendelte beim Laufen.

'Marschfertig?'

'Marschfertig, Genosse Bataillonskommandeur.'

'Stell dich neben Kurbatow. Soldat Golubzow, zu mir!' Golubzows eingerollter Mantel war so dick, daß er ihm fast auf die Backe rutschte. Der Rucksack hing nicht auf dem Rücken, sondern tief im Kreuz.

'Marschfertig?'

'Marschfertig, Genosse Bataillonskommandeur.'

'Stell dich neben Garkuscha.'

Nachdem ich zehn Soldaten vorgerufen hatte, an denen alles besonders auffällig baumelte, stellte ich sie an die Spitze der Kolonne. 'Bataillon stillgestanden! Rechts – um! Im Gleichschritt – marsch!'

Es ging los. Ich blieb an der Spitze und beobachtete die zehn Soldaten. Garkuscha rückte fortwährend seinen Brotbeutel zur Seite, der ihm gegen die Beine schlug.

Golubzow wollte die Mantelrolle wegschieben, da die groben Stichelhaare des Mantelstoffs seinen Hals scheuerten.

Einem dritten war der Feldspaten hinderlich.

Im Gehen versuchten sie, sich zu helfen. Das gelang aber nicht.

Nach einer knappen halben Stunde streckte Garkuscha den Bauch vor, um dem Beutel einen Halt zu geben. Als er meinem Blick begegnete, versuchte er, besonders herzlich zu lächeln. Golubzow wand den Hals hin und her. Auch der Rucksack begann ihn zu stören. Er zwängte seine Hand unter den Riemen und wollte den Rucksack höher schieben. Garkuscha verlangsamte den Schritt.

Ich befahl: 'Garkuscha! Schritt halten! Nicht hinter Kurbatow zurückbleiben!'

Der verdammte Beutel pendelte wieder.

So marschierten wir sechs Kilometer. Dann befahl ich eine Rast. Wieder zeigte ich den Soldaten Kurbatow, dann rief ich: 'Garkuscha, zu mir!'

Gebückt lief er herbei. Im Zug lachte man.

'Nun, Garkuscha, melde: marschfertig.'

Er schwieg düster.

'Hat dein Brotbeutel mit dir gesprochen?'

'Jawohl.'

'Nun, dann erzähle mal den anderen, was er zu dir gesagt hat.'

Er schwieg.

'Erzähl nur, geniere dich nicht!'

'Was ist da zu erzählen? Unsereiner glaubt Worten nicht, na, denkt man, wenn wir erst mal angreifen.'

'Und hast du angegriffen?'

'Ich nicht, aber der Beutel ...'

Und Garkuscha stieß einen Fluch aus, den man nicht zu Papier bringen kann. Nachdem er sein Herz auf diese Weise erleichtert hatte, lachte er.

Ich rief Golubzow, den schwitzenden, mit rot getriebenem Hals.

'Und nun seht mal hierher, Genossen. Hat deine Mantelrolle mit dir gesprochen? Und der Rucksack auch? Erzähl, was sie dir beigebracht haben.'

So berichteten alle, einer nach dem anderen, wie sie von ihren Sachen geplagt worden waren. Dann sagte ich: 'Wer hat es also schwer, wenn der Mantel zu dick gerollt ist, wenn der Brotbeutel nicht an der richtigen Stelle ist? Der Soldat oder der Bataillonskommandeur? Der Soldat! Ich habe euch das zwanzigmal erklärt, aber ihr habt wahrscheinlich gedacht: In Gottes Namen! Tun wir's ihm zu Gefallen, damit er uns nichts anhaben kann! Und habt es irgendwie gemacht. Doch nun stellt sich heraus, dass es nicht 'ihm zu Gefallen', sondern, 'euch zu Gefallen' befohlen wurde. Manchem haben die toten Gegenstände das jetzt beigebracht. Während der Rast kann jeder seine Ausrüstung neu ordnen. Sollte mich einer auch jetzt noch nicht verstanden haben, so werde ich ihn vor der Truppe mit den Dingen reden lassen. Er wird sich davon überzeugen, dass die Dinge eine schärfere Zunge haben als ich.'

Nach dieser Rast brauchte ich niemand mehr vortreten zu lassen. Niemand wollte noch mit den Dingen reden, alle hatten begriffen.

Das Bataillon zog weiter.